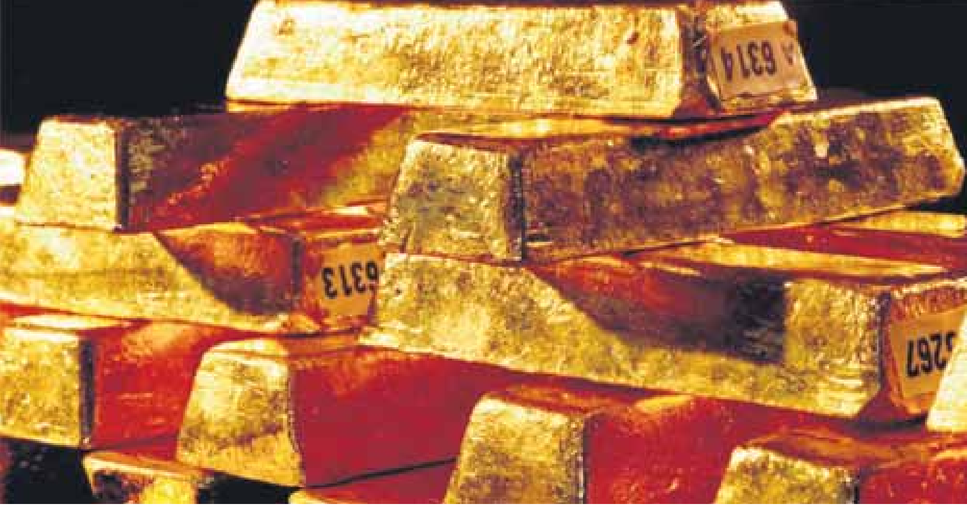
Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 31. Januar 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Sicherheit: Die Bundesbank verfügt über 3427 Tonnen Gold. Bisher hat sie alle Begehrlichkeiten der Politik abgewiesen. Bild: ddp

Schielen nach dem Gold

Anleger und Politiker besinnen sich auf die »letzte Instanz« des Wirtschaftens

Angesichts einer Kaskade schlechter Nachrichten reiben sich die Untergangspropheten die Hände. Sie erwarten eine „Flucht ins Gold“ als angeblich „letzter Instanz“ aller Anleger. Ein Krisensymptom ist jedenfalls die Eile, mit der die Bundesregierung ihr Konjunkturpaket vorantreibt.

„Am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles“, mit diesem Reim brachte schon Goethe das Wirtschaftsgeschehen auf einen knappen Nenner. Vor allem in Krisenzeiten, wenn Banken reihenweise krachen, Staatsschulden explodieren und die Zahlungsfähigkeit ganzer Länder auf der Kippe steht, haben Untergangspropheten und das von ihnen gern als letzte Zuflucht gepriesene gelbe Metall gegen den Trend Konjunktur. Tatsächlich erweist sich der legendäre Stoff auch jetzt als ziemlich wertbeständig. Obwohl der Goldpreis bereits vor Ausbruch der Krise Rekordhöhen erreichte, ist er in Dollar gerechnet nur wenig abgebröckelt. In Euro gerechnet erreichte das Edelmetall sogar erst vor wenigen Tagen mit genau 700 Euro pro Feinunze einen neuen Rekord.

Dieses Bild akzentuiert sich noch, wenn man den Wert des Goldes beispielsweise in Aktien, Industriemetalle, Lebensmittel oder in Immobilien bestimmter Länder umrechnet. Beobachter weisen darauf hin, daß von einer eigentlichen „Flucht ins Gold“, wie sie beispielsweise nach dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan Ende 1979 zu beobachten war, keine Rede sein kann. Genau das sei aber wieder möglich, wenn die Politik der massiven Geldmengenausweitung, wie sie insbesondere die US-Notenbank betreibt, zu anziehenden Preisen führt. Der einzige Trost: Die Notenbanken sitzen selbst auf großen Goldbeständen, was die Währungen vor dem Schlimmsten bewahren könnte.

> 1979/80 gab es die letzte große »Flucht ins Gold«

Wie ernst die Lage geworden ist, bestätigen nicht nur haarsträubende Meldungen vom US-Arbeitsmarkt oder die Hertie-Pleite. Daß die Bundesregierung laut darüber nachdenkt, die Aktionäre der maroden Großbank Hypo Real Estate zu enteignen, läßt tief blicken. Mit insgesamt bereits 92 Milliarden Euro stützt der Bund dieses Institut, nun wird über das Mittel der Enteignung nachgedacht, weil die angeblich „systemrelevante“ Bank anders nicht zu retten sei.

Auch die neue Hektik der Bundesregierung mit dem zweiten Konjunkturpaket dürfte die Deutschen kaum beruhigen. Die Kabinettssitzung dieser Woche wurde eigens um einen Tag auf Dienstag vorgezogen, um das Paket noch am Freitag in den Bundestag bringen zu können. Die Verabschiedung könnte dann – wer wollte abergläubisch sein? – am Freitag, den 13. Februar über die Bühne gehen. Übrigens schielt auch bereits die Politik nach dem Gold der Bundesbank. Der CDU-Finanzexperte Steffen Kampeter meinte ungeduldig: „Ich frage mich, wie groß muß eigentlich die Finanzkrise werden, damit die Goldreserven als Interventionskraft berücksichtigt werden?“

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Zufall?

Zwei Jahre auf Bewährung und eine Geldstrafe. Klaus Zumwinkel, der seit dem Jahr 2002 967000 Euro Steuern hinterzogen hat, hat den Gerichtssaal als freier Mann verlassen. Es bleibt ein Unbehagen, das sich beim Blick auf die Details zum Ekel verdichtet. Nicht nur die – von der Staatsanwaltschaft bestrittene, aber doch eigentlich offensichtliche – Absprache der Prozeßparteien befremdet. Besonders abstoßend ist, daß weitere 214000 Euro, die Zumwinkel im Jahre 2001 hinterzogen hat, durch eine „Panne“ der Staatsanwaltschaft nicht zur Anklage zugelassen wurden. Die Strafverfolgungsbehörden hätten sich bei der für sie absehbaren Verjährung um drei Tage vertan, will man uns weismachen. So kam es, daß der Hinterziehungsbetrag knapp unter die Millionengrenze fiel, bis zu der gerade noch eine Bewährungsstrafe ausgesprochen werden kann. *Kann* – wohlgemerkt. Das Gericht hätte angesichts der bereits seit 1986 andauernden Hinterziehung und der von ihm festgestellten „kriminellen Energie“ durchaus auf die (teilweise) Verbüßung der Haftstrafeerkennen können.

Aber soll man bei der „Panne“ der Staatsanwaltschaft, die über Haft oder Freiheit eines immer noch millionenschweren Industriellen entschied, überhaupt an Zufall glauben? Ein anderer, bedrückender Eindruck drängt sich auf. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden könnten ein Stück ihrer Integrität verloren haben. Zumwinkel war übrigens dreist genug, sich nur Stunden nach dem für ihn günstigen Ende auch noch zu beschweren. In dem Verfahren sei gegen Gesetze verstoßen worden, sein Vertrauen in den Rechtsstaat habe gelitten. – Nicht nur seines.

»Das ist der rechtliche Standard, den wir angemahnt haben«

Auch CDU/CSU-Bundestagsfraktion will »fachgerechte Aufklärung« des Marienburger Massengrabes – v. Gottberg: Großer Fortschritt

Nach dem Ende des strengen Frostes haben an der Marienburg in Westpreußen unter den Augen der internationalen Presse die Exhumierungsarbeiten wieder begonnen. Bis zu 2037 geborgene Tote melden einzelne Medien, wobei eine breite Berichterstattung eingesetzt hat. Selbst der „Spiegel“ hat nun ausführlich, gut recherchiert und sogar ohne Polemik gegen die Vertriebenen über den grausigen Fund berichtet. Auch die Politik nimmt sich des Themas ansatzweise an. Wie vor einer Woche dargestellt, sind Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes nach Marienburg gereist. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme begrüßte den Umstand, „daß junge Polen sich für die Aufklärung dieser Massengräber einsetzen“ als „hervorragendes Zeichen der Versöhnung“. „Die Union“, so Fromme im Namen der Bundestagsfraktion von CDU und CSU, „tritt für eine schnelle und fachgerechte Aufklärung und eine anschließende würdevolle Bestattung der Opfer ein.“ In seiner Presseerklärung gab er sogar zwei Telefonnummern der polnischen Staatsanwaltschaft an, an die sich Zeugen wenden können: 0048/55/2722-811 und -494. Nach der oft übervorsichtigen Behandlung des Themas „Vertreibungsexzesse“ durch die Politik ist es sicher auch bemerkenswert, nun auf einer Pressemitteilung der CDU gleich den Hinweis auf ein weiteres Massengrab im alten Ostdeutschland zu lesen. Beim Dorf Steinbach nahe Schwiebus seien weitere Skelette gefunden worden, die im Frühjahr exhumiert werden sollen, zitiert Fromme den deutsch-polnischen Verein „Pomost“ (Die Brücke).

Wilhem v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), hat den offeneren Umgang mit diesem traurigen Erbe der Vertreibung begrüßt. „In der Vergangenheit wurden solche Funde meist wenig beachtet. Klare Hinweise auf Grablagen hatten keine Ermittlungen zur Folge. Mit Erleichterung hat die Landsmannschaft Ostpreußen vermerkt, daß im Falle des Marienburger Fundes anders vorgegangen wird“, erklärt v. Gottberg. Das sei ein „großer Fortschritt“ und werde von der Landsmannschaft Ostpreußen begrüßt.

> LO-Sprecher: Beisetzung in Danzig wäre sinnvoll

Der Einsatz der Unionsfraktion für „schnelle sowie fachgerechte Aufklärung“ unter Hinweis auf die zuständige Staatsanwaltschaft sei „genau der völkerrechtliche Standard im Umgang mit solchen Funden, den wir seit langem angemahnt haben“, erklärte v. Gottberg und sicherte zu, die Landsmannschaft Ostpreußen werde, wo sie könne, die Ermittlungen unterstützen. Auch wenn die Chance wohl gering sei, noch lebende Täter zur Verantwortung zu ziehen, müsse „zumindest nach ihnen gesucht und der Tathergang aufgeklärt werden“. Wünschenswert sei es zudem, genetische Proben der Gebeine zu entnehmen, um den umgekommenen Menschen mit Hilfe überlebender Angehöriger nach und nach ihre Namen wiedergeben zu können.

„Die Landsmannschaft Ostpreußen befürwortet eine Beisetzung der Marienburger Opfer auf dem Soldatenfriedhof in Danzig. Es müssen nur die Gräber von Zivilisten klar als solche erkennbar und eindeutig von den Soldatengräbern unterscheidbar sein.“ Der LO-Sprecher erinnerte angesichts der positiven Haltung der Unionsfraktion an die einstimmig von allen im Bundestag vertretenen Parteien verabschiedete Resolution vom 23. Juni 1994 über die Rechte von Vertriebenen, Zitat: „Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte ...“ LO-Sprecher v. Gottberg: „Was damals anläßlich des Bosnienkrieges auch von SPD und Grünen mitgetragen wurde, muß auch für die deutschen Vertriebenen gelten.“ Das mindeste Recht eines bei der Vertreibung namenlos zu Tode gekommenen sei aber, daß versucht werde, seine Identität zu klären und ihm eine auf Dauer geschützte und würdige letzte Ruhestätte zu geben. *K. B.*

Lesen Sie mehr dazu auf S. 2

MELDUNGEN

Österreich will Gerechtigkeit

Wien – Österreich setzt sich nach wie vor für eine auch finanzielle Wiedergutmachung des nach dem Zweiten Weltkrieg verübten Vertreibungsunrechts ein. Nach österreichischen Medienberichten erklärte der stellvertretende Leiter des Völkerrechtsbüros im Wiener Außenministerium, Helmut Tichy, im Auftrag des neuen Außenministers Michael Spindelegger (ÖVP) in einem Schreiben, „daß Österreich keine Gelegenheit versäumt ... das Unrecht der Benesch-Dekrete zu betonen“. Wien bemühe sich „laufend in bilateralen Kontakten darum, weitere Schritte in Richtung einer Aufarbeitung der Vergangenheit zu erreichen. Wir fordern in diesem Zusammenhang sowohl ein Unrechtsbekenntnis als auch eine finanzielle Geste“, so der Völkerrechtler. „Auch sind wir überzeugt, daß es im Geiste gutnachbarschaftlicher Beziehungen ... möglich sein muß, einen offenen Dialog über alle Fragen der Vergangenheit zu führen.“ *K.B.*

Antifa kontra Ostpreußen

Lüneburg – Für den 31. Januar haben niedersächsische Linksextremisten zu einer Demonstration gegen das Ostpreußische Landesmuseum aufgerufen. Die veranstaltende „Antifaschistische Aktion“ steht offenbar außerhalb des menschenrechtlichen Grundkonsenses der Bundesrepublik, wie folgende Einlassungen im Demonstrationsaufruf zu erkennen geben. „Der Terminus ‚Vertreibung‘ war und ist ein revanchistischer Kampfbegriff. ... Schlimm genug, daß die ‚Vertriebenen‘ von ihrer verlorenen Heimat faseln – aber auch noch daran geknüpfte politische Forderungen zu stellen, ist absolut anmaßend.“ Zu den Hauptvorwürfen gegen das Museum gehört, daß in einer Sonderausstellung zum Thema „Jagd“ mit rund 200 Exponaten auch ein von Hermann Göring geschossener Hirsch zu sehen war, ohne daß in der Beschriftung Abscheu vor dem Nationalsozialismus zum Ausdruck kam. Die Lokalpresse ließ im Vorfeld wenig Distanz von dem linksextremistischen Demonstrationsaufruf erkennen. Der Bund Junges Ostpreußen (BJO) kündigte an, er werde am 31. Januar in Lüneburg für das Ostpreußische Landesmuseum „Flagge zeigen“. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Getrickst?

Während der ifo-Geschäftsklimaindex im Januar unerwartet wieder leicht anstieg und offenbarte, daß die Wirtschaft langsam wieder vertrauensvoller in die Zukunft blickt, kann der Steuerzahler den Rechenkünsten der Bundesregierung nicht trauen. Die FDP unterstellte Steinbrück bei seinem Nachtragshaushalt in Höhe von 36,8 Milliarden gar „Taschenspielertricks“ angesichts der vielen Staatsbeteiligungen. Die Summe von 74,3 Milliarden Euro wäre realistischer. *Bel*

1.525.159.277.397 €

Vorwoche: 1.522.471.604.946 €
Verschuldung pro Kopf: 18 586 €
Vorwoche: 18 553 €

(Dienstag, 27. Januar 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bisher nur Mosaiksteinchen

Die Aufklärung des Marienburger Massengrabes geht nur schleppend voran – Grabung bald abgeschlossen

Die Exhumierung des Massengrabes in Marienburg wird demnächst abgeschlossen. Über Tathergang, Täter und Opfer sind weitere Informationsfetzen bekanntgeworden. Von einer annähernd schlüssigen Aufklärung ist man noch weit entfernt.

Bodo Rückert, der Heimatkreisvertreter von Marienburg, war vom 20. bis 24. Januar als Gast des regionalen Fernsehens und Begleiter eines ZDF-Teams in seiner Heimatstadt. Dort hatte er Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Marienburger Bürgermeisters Rychlowski, an dem auch der Stadtratvorsitzende und der Stadtsekretär teilnahmen.

Bürgermeister Rychlowski dankte dem Heimatkreis Marienburg für die neutral gefaßte Berichterstattung auf dessen Internetseite und für die Hilfe bei der von beiden Seiten angestrebten Aufklärung. Dabei würdigte er auch die gute Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Marienburg.

Die Arbeiten an der Fundstelle würden, so berichtete Rückert anschließend, in den folgenden Wochen abgeschlossen. Nach dem deutsch-polnischen Kriegsgräberabkommen aus dem Jahr 2003 werde die Federführung dann auf den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) übergehen. Dessen Präsident habe gegenüber den polnischen Behörden die Bereitschaft zur Übernahme der Opfer angezeigt und zwei Soldatenfriedhöfe benannt, davon einen bei Danzig, der auch seitens der Landsmannschaft Ostpreußen als letzte Ruhestätte dieser Opfer befürwortet wird. Die Vertreter der Stadt Marienburg äußerten dabei viel Respekt für den Wunsch des Heimatkreises, die Toten in Marienburg selbst beizusetzen, allerdings liege die Entscheidung darüber nicht bei ihnen.

Bürgermeister Rychlowski und Rückert vereinbarten außerdem, einander weiterhin über den neuesten Sachstand zu unterrichten und weiter vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. – An dieser Stelle ist ein Fehler in der letzten Ausgabe der *PAZ* zu korrigieren. Dort hätte die Meldung über den Besuch Rückerts in Marienburg mit dem Satz enden müssen: „Dabei hat Rückert Verantwortliche und Öffentlichkeit eingehend über die Sicht des Heimatkreises informiert.“ Von diesem Satz sind zu unserem Bedauern bei der Übermittlung an die Druckerei die letzten zwei Zeilen verlorengegangen.

Was die historischen Fakten über das Massengrab angeht, so sind nach und nach folgende „Mosaiksteinchen“ bekanntgeworden, die sich aber noch nicht zu einem schlüssigen Gesamtbild fügen:

- Nach Angaben des Herder-Instituts hat der Priester Konrad Will Anfang April 1945 auf dem Marienburger Friedhof rund 700 Personen bestattet, die bei dem russischen Angriff auf die Stadt und den anschließenden Kämpfen (also zwischen Ende Januar und dem 9. März) ums Leben gekommen waren. In seinen umfangreichen Aufzeichnungen erwähnt er mit keinem Wort ein Massengrab im Zentrum der Stadt. Dies spricht gegen die Annahme, daß die Masse der rund 2000 Toten bei Kämpfen ums Leben gekommene Zivilisten gewesen wären. Ganz abgesehen davon, daß eine so hohe Zahl an Toten in den sechswöchigen Kämpfen unwahrscheinlich ist, weil die Stadt weitgehend evakuiert worden war.
- Der Stadtsekretär von Marienburg, Piotr Szwediwski, berichtet über die Zeugenaussage einer damals zehnjährigen Deutschen, die während der Kämpfe um die Stadt mit ihrer Mutter in einem Nachbarort geblieben und kurz danach in die Stadt zurückgekehrt sei. Dort hätten die Toten stellenweise „wie die Heringe“ auf der Straße gelegen. Ihrer Mutter und anderen hätten die Sowjets befohlen, die Toten zu bergen. Auf Pferdewagen seien sie zum Sportplatz in der Nähe des nun gefundenen Massengrabes gekarrt worden. Sollte dies zutreffen, dann wären diese Toten – deren Zahl nicht bekannt ist – offenbar ein Teil der im Massengrab gefundenen.
- Bei diesen Kämpfen wurde die Marienburg selbst und Verwaltungsgebäude in der Stadt, in denen die Rote Armee deutsche Soldaten vermutete, intensiv beschossen. Insgesamt wurde Marienburg aber weniger schwer zerstört als andere umkämpfte Städte der Region, etwa Elbing.
- Marienburg war auch eine „Stadt der Kriegslazarette“, doch wurden die Verstorbenen der Lazarette auf den Friedhöfen Marienburgs bestattet.
- Die ersten polnischen Beamten kamen nach diesen Angaben des Herder-Instituts, die wir nach „polskaweb“ zitieren, bereits ab dem 20. April 1945 in die Stadt.
- Laut „polskaweb“ fand sich im Marienburger Stadtarchiv nun eine Aufzeichnung, wonach im Juni 1945 in Stadt und Kreis Marienburg noch 2050 (von einst 37 000) Deutschen anwesend waren. Rein zahlenmäßig paßt dies durchaus zur Zahl der im Massengrab gefundenen Toten, doch eine direkte Gleichsetzung verbietet sich, weil dies die weitgehende Auslöschung der im Sommer 1945 noch in Marienburg lebenden Deutschen Monate nach Kriegsende bedeuten würde. Dieses dramatische Schicksal hat zwar die in Königsberg verbliebenen Deutschen nachweislich getroffen. Es war aber nicht geheimzuhalten und demzufolge seit jeher bekannt. Im polnischen Bereich gibt es für derartig extreme Ereignisse bisher auch keine Hinweise.
- Die verbreitete Darstellung, im Marienburger Grab sei außer den unbekleideten Toten rein garnichts gefunden worden, trifft offenbar so nicht zu. Von polskaweb vebreitete Bilder sprechen jedenfalls eine andere Sprache.
- Unklar ist weiterhin die Zahl der durch Kopfschuß Getöteten. Das polnische Institut des Gedenkens (IPN), das offenbar die Ermittlungen an sich gezogen hat, spricht nur noch von 20 Schädeln mit Einschußlöchern. Die direkt an der Exhumierung Beteiligten sprachen nach der Bergung von etwa 1500 Toten hingegen von zehn bis zwölf Prozent, also bereits bis dahin etwa 160 Fällen. Der polnische Journalist Andrzej Stach wiederum spricht von etwa 100 Schädeln mit Einschußlöchern. Nach seiner Darstellung seien die Einschüsse aber in unterschiedlichem Winkel geschehen, so daß sie auch Folge von Kampfhandlungen sein könnten.
- Polnischen Berichten zufolge wurde das Massengrab bereits Anfang der achtziger Jahre, in der Regierungszeit von Woijciech Jaruselski, beim Bau einer Wasserleitung angeschnitten.
- Seitens der drei deutschen BKA-Ermittler und der Vertreter des VDK gibt es nach Informationen der *PAZ* noch keine Aussagen über ihre Befunde vor Ort.

Fazit: Bisher sind noch kaum gesicherte Aussagen über Todeszeitpunkt, Täter und Identität der Opfer möglich. Die Berichterstattung soll fortgesetzt werden. *K. B.*



Einige Schädel hatten Einschußlöcher: Wurden die 2000 Verscharrten ermordet? Bild: eastway

Wahlkämpfer propagieren ein starkes Israel

Selbst Außenministerin Livni deutet an, sie könne sich den »Transfer« der israelischen Araber vorstellen

Bei den ersten Umfragen nach dem Ende des dreiwöchigen Gaza-Krieges zur Parlamentswahl am 10. Februar liegt der rechtsgerichtete Likud-Block des Oppositionsführers Benjamin Netanjahu vorn. Als weitere Folge der Militäroperation prognostizieren Demoskopen eine hohe Wahlbeteiligung.

Die Befragungen der israelischen Fernsehsender „Kanal 2“ und „Kanal 10“ zeigen ähnliche Ergebnisse. Für Netanjahu werden rund 30 Sitze (gegenüber jetzt 12) im neuen israelischen Parlament erwartet. Der schärfste Kritiker der Räumung der israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen, der deswegen 2005 aus der Regierung ausschied, hat damit beste Aussichten, der nächste Premierminister zu werden. Auch in direkter Wahl läge Netanjahu mit 37 Prozent der Stimmen weit vor Außenministerin Tzipi Livni mit 21 Prozent.

Livnis Kadima-Partei gelang es offenbar auch durch den Gaza-Feldzug nicht, die Gunst der Wähler zurückzuerobern. Ihrer Partei werden 23 bis 26 Sitze prognostiziert, gegenüber 29 bei der letzten Wahl. Ehud Barak, dem Vorsitzenden der Arbeitspartei Awoda und jetzigem Verteidigungsminister, konnte durch die Militäroperation im Gaza-Streifen seine Popularität ebenfalls nicht steigern. In direkter Wahl würden ihn nur 14 Prozent wählen, seiner Partei werden nur 14 Sitze (bisher 19) vorhergesagt.

Der israelische Wahlkampf, der noch im Herbst des letzten Jahres als „langweilig“ galt, gewinnt durch die Auseinandersetzung mit der Hamas im Gaza-Streifen an Schärfe und Fahrt. Außenministerin Livni und das israelische Parlament, die Knesset, sind zu gewagten Manövern bereit. Bei einer Diskussion mit Schülern ließ Livni durchblicken, daß sie zum „Transfer“ von 1,4 Millionen arabischen Israelis bereit sei, falls es zur Gründung eines Palästina-Staates käme. „Ich werde

Benjamin Netanjahu liegt laut Umfragen vorne

in der Lage sein, die palästinensischen Einwohner Israels, die wir israelische Araber nennen, anzusprechen und ihnen zu sagen, eure nationale Lösung liegt anderswo“, so Livni wörtlich. Daß ausgerechnet die liberale Außenministerin mit Andeutungen in Richtung einer Umsiedlungspolitik Wahlkampf machen würde, hatte niemand erwartet und sorgte dafür, daß diese Nachricht bei arabischen Medien den Spitzenplatz einnahm. Hinzu kam, daß Mitte Januar eine Mehrheit in der Knesset den zwei arabischen Parteien die Teilnahme an der kommenden Parlamentswahl kurzerhand verbot. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden mit den Terroristen von der Hamas kooperieren und das Existenzrecht Israels bestreiten.

Obwohl dieser Vorstoß des israelischen Parlaments vor dem Obersten Gerichtshof kaum Aussicht auf Erfolg eingeräumt wird, wirft diese Aktion ein bezeichnendes Licht auf die Lage Israels. Während die israelisch-jüdische Bevölkerung nahezu einhellig den Gaza-Vorstoß unterstützte, formierte sich die israelisch-arabische Bevölkerung auf den Straßen zu Demonstrationszügen. Das sorgte für einen tiefen Riß im Land. Die Nachfahren der Palästinenser, die nach der Gründung des Staates Israel im Land blieben und heute etwa 1,4 Millionen Menschen ausmachen, werden als Bedrohung des jüdischen Charakters des Landes wahrgenommen. Konservative Politiker haben daher immer wieder laut darüber nachgedacht, daß die arabischen Muslime und Christen in arabische Nachbarländer umgesiedelt werden sollten. Nun schlug mit Tzipi Livni erstmals eine Politikerin aus dem Zentrum des politischen Spektrums ähnliche Töne an.

Daß Livni tatsächlich plant, jeden fünften israelischen Staatsbürger des Landes zu verweisen, ist

Vom »Transfer« redete bisher nur Israels äußerste Rechte

aber kaum anzunehmen. Da die Politikerin als gewiefte Taktikerin gilt, vermuten politische Beobachter vielmehr, daß die Außenministerin hier ihrer Partei ein schärferes Profil geben will. Da ihre Politik der Verständigung und der Kompromisse bei vielen israelisch-jüdischen Bürgern als Ursache für den Raketenhagel der Hamas gesehen wird, versucht sie nun kurz vor dem Urnengang noch eine Kursänderung. Der Erfolg scheint allerdings zweifelhaft. Die konservativnationalen Strömungen in Israel sehen sich derzeit im Aufwind. Viele Bürger fürchten um den Erhalt des Staates Israel, sollte die arabische Bevölkerung weiter wachsen und sich durch islamistische Prediger weiter radikalisieren. So wurden selbst im konservativen Likud-Block Kandidaten des rechten Randes auf aussichtsreiche Listenplätze gewählt.

Für Verblüffung sorgte derweil Benjamin Netanjahu, der als israelischer Falke gilt. Ihm wurde vorgeworfen, er habe die Internetseite der damaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Obama/Biden kopiert. Mit Ausnahme eines wie ein Heiligenschein wirkenden Strahlenkranzes bei den Amerikanern ist die Seite in Aufbau und Farbe bei Netanjahu fast identisch – außer der Schreibweise, die im Hebräischen bekanntlich von rechts nach links geht. Netanjahu, der 2005 massiv davor gewarnt hatte, den Gaza-Streifen zu räumen und so „zu einer Basis des islamistischen Terrorismus zu machen, der den Staat bedroht“, sieht seine Analyse der Lage bestätigt.

Für Spannung vor dem Urnengang ist bei allen Seiten gesorgt. Hieß es noch im Dezember, daß nur 48 Prozent der jungen Wähler zwischen 18 und 25 zur Wahl gehen wollten, so zeigen jüngste Umfragen einen anderen Trend. 76 Prozent der unter 44jährigen wollen nun zur Wahl gehen, insgesamt erwarten die Demoskopen eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent, 17 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Wahl. *H. E. Bues*

Berlin 2039

Von HARALD FOURIER

Als Willy Brandt Kanzler wurde, waren die Deutschen noch eine Nation. Auch wenn sie auf zwei Staaten verteilt lebten und unterschiedliche politische Systeme hatten. Im Westen gab es weniger als zwei Millionen Gastarbeiter, die vorzugsweise aus Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland kamen und mehr oder minder gut integriert werden konnten. Die kulturellen Gräben waren gering. Es gab nur eine Handvoll Moscheen im ganzen Land.

Rückblickend betrachtet erscheinen auch die Unterschiede zwischen Ost und West weitaus kleiner, als mancher damals annehmen konnte. Wenn wir die politischen Zwangsmaßnahmen der SED-Diktatur abziehen, dann bleibt wenig von echter Ost-Identität übrig. Deswegen ging die Vereinigung 1990 auch so schnell.

Heute ist das ganz anders. Die Nation driftet auseinander, obwohl sie die staatliche Einheit hat. Bedenken wir: Vor wenigen Wochen demonstrierten in Berlin Palästinenser gegen Israel und Israel-Freunde gegen die Hamas. „Der Nahe Osten in Berlin“ nannte der „Spiegel“ diesen „Import-Krieg“. Wenigstens blieb es friedlich.

Das war vor genau zehn Jahren anders, als Kurden das israelische Generalkonsulat stürmen wollten. Die Israelis erschossen drei von ihnen. Vor einem Jahr dann jagten Türken Kurden mit Macheten durch Kreuzberg.

Waren die Kurden bis dahin eher als Opfer wahrgenommen worden, so standen sie am vergangenen Wochenende übrigens als Täter am Pranger, als Tausende in Berlin gegen das niederträchtige Verhalten von Kurden in der Türkei demonstrierten, die mit aberwitzigen Begründungen versuchen, eines der ältesten christlichen Klöster Kleinasiens zu schließen.

Zuwanderung und Globalisierung bringen uns Probleme ins Land, von denen frühere Generationen noch nicht einmal ahnten, daß es sie gibt. Die Kritiker der multikulturellen Gesellschaft haben in diesem Punkt absolut recht behalten: Statt daß Zuwanderer und Alteingesessene zusammenwachsen, bringen die Neulinge nicht nur ihre Kultur, sondern auch ihre ganz eigenen politischen Sichtweisen und Konflikte mit, die sie dann hierzulande austragen. Auch in der zweiten und dritten Generation ist ihnen das Gemeinwohl ihrer „neuen Heimat“ Deutschland oft weit weniger wichtig als das Schicksal ihrer Herkunftsländer.

Es wäre die Aufgabe der Politiker, am zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls auch daran zu erinnern, daß es am 9. November 1989 nicht nur um Bananen und Begrüßungsgeld ging. Denn wenn wir nichts tun, um die Einheit der Nation zu erhalten, dann ist Deutschland im Jahr 2039 so etwas wie der Turmbau zu Babel, wo keiner mehr den anderen versteht.

Gewaltwelle reißt nicht ab

Wieder brennen in Berlin Autos – Attentäter in der linksextremen Szene vermutet



Der alltägliche Skandal: Unbekannte haben in Berlin Friedrichshain Fahrzeuge in Brand gesteckt. Die Berliner Polizei ist ohnmächtig, sie hat nach über 350 abgefackelten Autos seit dem Jahr 2002 noch nicht einmal einen konkreten Tatverdacht.

Bild: Davids

Mindestens 19 Autos wurden in den ersten drei Wochen des Jahres in Berlins Straßen abgefackelt. Das Echo in Medien und Politik ist mäßig. Gewöhnt sich die Hauptstadt an die Gewalt, die vermutlich von linksextremen „Klassenkämpfern“ ausgeht?

Für die Besitzer teurer Autos wird esiln der Berliner Innenstadt immer ungemütlicher. Die Serie von Brandanschlägen gegen Nobelkarossen und Firmenwagen reißt nicht ab. Am Donnerstag vergangener Woche schlugen die unbekannten Täter erneut zu und steckten in einer einzigen Nacht fünf Fahrzeuge in Brand. Es handelte sich um Autos der Deutschen Bahn im Bezirk Friedrichshain. Gegen 0.10 Uhr wurden sie abgefackelt. Als die Feuerwehr eintraf, brannten die Fahrzeuge bereits lichterloh.

Gegen ein Uhr war das Feuer mit Schaum gelöscht. Der langandauernde Brand hat gleich noch zwei weitere Wagen in Mitleidenschaft gezogen. Und die Täter konnten – wie sonst auch – in der Dunkelheit entkommen.

Kaum waren die Trümmer dieses Terroranschlags beseitigt, da kam bereits die nächste Meldung: wieder ein Brandanschlag. Gleicher Bezirk, zwei Tage später, gleiche Uhrzeit (zwischen null und ein Uhr). In der Eldenaer Straße brannte ein Porsche aus, die Flammen beschädigten ein danebenstehendes Fahrzeug. Ein paar Straßen weiter brannte der Lieferwagen einer Zustellfirma. Mit einem Feuerlöscher konnte das Feuer gelöscht werden.

Auf mindestens 19 Autos sind in den ersten drei Wochen dieses Jahres bereits Anschläge verübt worden. Von einem abnehmenden Trend kann 2009, wenn das so weitergeht, nicht mehr die Rede sein. 2008 war die Zahl der zerstörten Fahrzeuge gegenüber 2007 leicht zurückgegangen.

Das alte Jahr hatte mit einem Fanal geendet: Zwischen Weihnachten und Neujahr brannten 15 Vehikel. Und in diesem Jahr geht es munter weiter. Die Botschaft der Täter an die rund eine Million Berliner Autobesitzer: Wer einen teuren Wagen fährt, der muß in Angst um sein Eigentum leben, auf das es die mutmaßlichen Linksextremisten, die hinter den Attentaten stehen, abgesehen haben.

> Der Senat zeigt wenig Interesse an der Anschlagserie

So geht es jetzt schon seit zwei Jahren. Seit dem G 8-Gipfel in Heiligendamm 2007 registriert die Polizei eine massive Zunahme linksextremer Straftaten. Die Zahl der linken Gewaltdelikte stieg von 2006 auf 2007 um mehr als 50 Prozent.

Die Polizei fischt im Trüben und gibt dies auch zu. Polizeisprecher Bernhard Schrodowski sagte dem Sender n-tv zum aktuellen Fall, seine Behörde könne noch immer „keinen konkreten Verdacht äußern“. Und das nach über 350 verbrannten Autos seit 2002.

Es ist noch nicht mal bewiesen, daß es sich überhaupt – wie allgemein angenommen – um Linksextremisten handelt. Es gibt kein Bekennerschreiben, keine terroristische Organisation, die sich mit den Taten brüstet, so wie das bei der RAF und anderen linksradikalen Banden der Fall war.

Andererseits sprechen die Gewaltakte eine klare Sprache: 1. Die Anschläge richten sich gegen Nobelkarossen wie Mercedes, BMW oder Porsche. Zum Jahreswechsel war auch mal ein Jaguar dabei. Das riecht nach Klassenkampf, einem „linksradikalen Motiv“ also.

2. Die andere Gruppe von Fahrzeugen, die gezielt vernichtet werden, sind Firmenwagen. Und zwar nicht irgendwelche, sondern solche aus den Branchen Logistik, Sicherheit und Telekommunikation – typische „Globalisierungsgewinner“ also. Auch hier spricht das Motiv eine deutliche Sprache.

3. Es gibt in Berlin eine gewaltbereite linksextreme Szene, die mehrere hundert oder tausend Personen umfaßt. Sie terrorisieren auch kleine Ladenbesitzer, mißhandeln Kinogäste und Touristen, verunglimpfen ihre Feinde als „Faschisten“ und verüben weiter Roheitsdelikte. Kleine Fahndungserfolge der Polizei runden das Bild ab. Ende Juli 2007 gingen ihr drei Männer ins Netz, die angeblich der „Militanten Gruppe“ angehören und in Brandenburg einen Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge durchführen wollten. Insgesamt gehen 25 Anschläge in und um Berlin auf das Konto dieser linken Organisation.

Aber die Justiz hat sich selbst ein Bein gestellt: Der Bundesgerichtshof hat die „Militante Gruppe“ nicht als terroristische Organisation eingestuft. Deshalb sind die drei Täter auf freiem Fuß. Der Prozeß gegen sie läuft – schon 18 Verhandlungstage lang. Ein Ergebnis ist jedoch kaum in Sicht.

Staat und Gesellschaft reagieren erstaunlich gelassen auf diese jüngste linke Gewaltwelle. Jedesmal, wenn sich ein Anschlag ereignet hat, dann wird verkündet, der Staatsschutz habe die Ermittlungen übernommen. Ergebnisse haben die Spezialermittler aber keine vorweisen können. Und bei der Polizei gibt es noch nicht einmal eine Sonderkommission.

Politiker wie Innensenator Erhart Körting (SPD) denken zwar öffentlich über stärkere Telefon- und Videoüberwachung nach. Die Angst der Autobesitzer in Kreuzberg oder Prenzlauer Berg ließe sich aber nur durch Fahndungserfolge beseitigen. Auf sie wartet die ganze Stadt. *Markus Schleusener*

Tempelhof-Schließung wird Millionengrab

Blumenwiese? Rotlichtbezirk? Suche nach Alternativ-Nutzung des riesigen Flughafengeländes gerät zur Farce

Ende Januar sollten sie stehen, die Vorschläge für eine Neunutzung des Tempelhofer Flughafengeländes, so die forsche Ankündigung von Berlins rot-roter Landesregierung. Ohne jede Not hatte der Senat vor einem Vierteljahr die Schließung des Flughafens Tempelhof (THF) verfügt.

Kleinlaut wurde die Präsentation einer Nachnutzung nun auf Mai vertagt. Denn mittlerweile wird auch für die, die es bislang nicht glauben wollten, zunehmend deutlich, daß zu einem Weiterbetrieb des weltweit einmaligen „Zentralflughafens“ keine vernünftige und erst recht keine wirtschaftliche Alternative erkennbar ist. Nichts demonstriert dies sichtbarer als die vergangene Woche für drei Tage der Öffentlichkeit vorgestellten ersten Ideen, die Ergebnisse eines sogenannten „Call for Ideas“ (Ideenwettbewerbs). Diese wurden von den Verantwortlichen – in erster Linie dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, der Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (beide SPD) und ihrer Senatsbaudirektorin Regula Lüscher – in hohen Tönen gepriesen: als Beispiele für die potentielle „Entwicklung“ Tempelhofs.

Die Wahrheit sieht jedoch traurig aus: Von den 80 eingereichten Entwürfen hatte eine von der Stadtbaudirektorin betreute Jury zwölf ausgewählt, die in den kommenden Monaten weiterentwickelt werden sollen. Dazu zählen einmal mehr die fruchtlosen Ideen weiterer Wohnquartiere, für die es gar keine relevante Nachfrage gibt. Vorgestellt wurde auch eine Blumenwiese oder der besonders pikante Plan eines Rotlichtviertels. Die hektische Suche nach ebenso abenteuerlich wie deplaciert wirkenden Vorschlägen ist auch ein Ergebnis der roten Zahlen, die seit der Schließung Tempelhofs dramatisch in die Höhe schnellen.

Alle Fachleute hatten das Finanzdesaster vorausgesagt, doch der rot-rote Senat wollte nicht hören. So hatte er seinerzeit den Schließungsbescheid des Flughafens Tempelhof mit jährlichen Betriebsverlusten in Höhe von zehn Millionen Euro zu rechtfertigen versucht. In Wirklichkeit aber, schätzen Experten, beliefen sich diese nur auf etwa fünf Millionen.

> Senat hatte den Flughafen ohne Not dichtgemacht

Zudem hatten Kenner der Materie mehrfach dargelegt, daß der Flugbetrieb selbst gar keinen Verlust verursachte, sondern die Defizite ausschließlich auf die zu 50 bis 80 Prozent unvermieteten Gebäudeflächen zurückzuführen seien. Die aber hätten, da das Gebäude unter Denkmalschutz steht und von daher so oder so erhalten werden muß, bereits damals intensiv vermarktet werden können. Doch der Senat hatte entsprechenden Angeboten hochmütig eine Absage erteilt.

Inzwischen hat der Fraktionschef der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, Martin Lindner, gedroht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Er hegt den Verdacht, daß das Parlament über die zu erwartenden Kosten getäuscht worden ist. Erste Bestandsaufnahmen scheinen dies zu bestätigen. So erklärte Sven Lemiss von der BIM (Berliner Immobilien-Management GmbH), der seit dem 1. November vergangenen Jahres die Verwaltung des Gebäudekomplexes obliegt, daß sich der Jahresverlust bei geschlossenem Flughafen sogar auf 14 Millionen Euro belaufen könnte. Und selbst das scheint noch gering angesetzt. Auf Grundlage der vom Bund prognostizierten monatlichen Kosten von einer Millionen Euro und weiteren sieben bis acht Millionen Euro für Sicherheitsmaßnahmen geht ein neugegründeter Verein mit dem Namen „Das Thema Tempelhof“ von insgesamt mindestens 20 Millionen jährlicher Kosten aus.

Nicht eingerechnet in diese Bilanz sind die horrenden Ausbaukosten für den Flughafen Tegel. Denn da die von Tempelhof bislang aufgefangenen Flugbewegungen nunmehr von Tegel mitgetragen werden, wird hier die Kapazität erweitert. Die dafür anfallenden Ausbaukosten beziffern sich auf 50 Millionen Euro. Verlorenes Geld, denn: Tegel soll nach Eröffnung des neuen Großflughafens bei Schönefeld in jedem Falle dichtgemacht werden. Hinzu treten die bislang unbekannten Sozialplankosten für entlassene Mitarbeiter. So hatte Wowereit in bezug auf den Flughafen Tempelhof noch im Jahr 2004 von 32 Millionen Euro Schließungskosten gesprochen. *Christian Dorn*

Streit um Bade-Burka

Im kommenden Sommer will der Berliner Senat „versuchsweise“ das Tragen sogenannter „Burkinis“ in den öffentlichen Bädern der Stadt erlauben. Der Burkini (ein Wortgeschöpf aus Bikini und Burka, der radikalislamischen Ganzkörperbekleidung für Frauen) verhüllt den gesamten Körper bis auf Hände, Füße und Gesicht.

Die oppositionelle Berliner CDU stört sich vor allem an der Begründung der Maßnahme des rot-roten Senats. Aus dem Rathaus hieß es, die „Burkini“-Erlaubnis sei ein Zeichen religiöser Toleranz. Kritiker nicht nur von der Union wenden ein, daß gerade diese Begründung den Druck auf gemäßigte Musliminnen erhöhe. Nichtradikale Mohammedaner bestehen darauf, daß spezielle Verhüllungsvorschriften für Frauen – seien es Kopftücher, Burkas oder anderes – nicht aus den Lehren ihres Propheten abzuleiten seien und daher Frömmigkeit nicht daran festgemacht werden dürfe. *H.H.*

Zeitzeugen



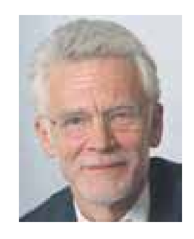
Maria Böhmer – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration reagierte schnell auf den Brief der Schulleiter und berief ein Treffen mit einigen von ihnen ein. „Wir kämpfen heute mit den Versäumnissen der Vergangenheit", die nicht in drei bis vier Jahren zu beheben seien, beschönigt die 58jährige CDU-Politikern nichts.

Hartmut Blees – „Jede Hilfe ist uns recht – auch die von einer Integrationsbeauftragten", so der Schulleiter der Moses-Mendelssohn-Gesamtschule in Berlin-Mitte. „An meiner Schule kommen 65 Prozent der Kinder aus sozial schwachen Familien, 80 Prozent haben einen Migrationshintergrund", so der Mit-Unterzeichner des Brandbriefes. Eine derartige Mischung erfordere eine spezielle pädagogische Aufmerksamkeit.



Günter Piening – Berlins Beauftragter für Integration und Migration verweigerte sich dem Treffen von Maria Böhmer. In der jetzigen Situation sei der Eindruck entstanden, daß die Probleme an den Schulen mit dem hohen Ausländeranteil zu tun hätten. Da er diesen in seinen Augen falschen Eindruck nicht unterstützen wolle, sei er dem Treffen ferngeblieben, erklärte der 52jährige Soziologe, der den Grünen nahesteht.

Safter Cinar – Der 1946 in Brüssel geborene Sohn türkischer Einwanderer unterstützt das Verhalten von Günter Piening. Der Sprecher des Türkischen Bunds in Berlin-Brandenburg (TBB) mißbilligt die Linie, nach der „die Menschen mit Migrationshintergrund als Verursacher von Problemen" dargestellt werden. Der Migrationsbeauftragter des Deutschen Gewerkschaftsbundes kam im Rahmen seines BWL-Studiums 1967 nach Berlin.



Jürgen Zöllner – Berlins Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung läßt sich nicht von den aufgebrachten Schulleitern unter Druck setzen. Zwar kündigte er im Rahmen des vom Bund beschlossenen Konjunkturprogrammes Geld für die Sanierung der baufälligen Schulgebäude an, doch Geld für zusätzliche Lehrer könne er jetzt nicht zusagen. Der 1945 geborene SPD-Politiker betonte, daß ihm die genannten Probleme keineswegs neu seien.

Schulwesen in Auflösung

Berliner Senat will mit Dialog statt Konsequenz Ausländerkinder unterrichten

„Mit Einstimmigkeit wurde festgestellt, daß der Bezirk Mitte vor seinem bildungspolitischen Aus steht." Diese Warnung stammt aus dem Brandbrief von 68 Berliner Schulleitern. Ein hoher Migrantenanteil, wenig Geld, falsche oder veraltete Konzepte, zu wenig Lehrer und ein schleichender Abschied vom Leistungsgedanken – das ist heute der Stand an vielen Berliner Bildungseinrichtungen.

„Eine kleine, überschaubare Gesamtschule in Berlin-Mitte mit dem Schwerpunkt Englisch", so wirbt die Willy-Brandt-Oberschule für sich. Überschaubar ist dort vor allem das Ende des geregelten Unterrichts. An der Willy-Brandt-Oberschule – 93 Prozent der Schüler dort haben einen Migrationshintergrund – gelten jetzt neue Lernkonzepte. Die Schule des 20. Jahrhunderts funktioniere nicht mehr, so der Direktor. In „Lernbüros" eignen sich die Schüler ihr Wissen mit Karteikarten weitestgehend ohne Lehrer an. Noten und Leistungsdruck gibt es dabei nicht.

Berlins Schulen kommen seit dem geschlossenen Hilferuf der Lehrer der Rütli-Hauptschule im Stadtteil Neukölln vor drei Jahren kaum mehr zur Ruhe. Unterrichtsausfälle und fehlende Unterstützung seitens der Politik zeichnen das Bild eines Schulwesens in Auflösung, das viele Schüler nicht mehr erreicht. Schulschwänzen wird zum Massenphänomen.

Aufgrund zahlreicher Probleme hielt die Leiterin der Rütli-Schule 2006 Unterricht für nicht mehr durchführbar. Sie konnte nicht mehr. Versetzungsanträge vieler Kollegen lagen der Schulbehörde vor, doch Ersatz war nicht zu organisieren. Damals waren es vor allem arabische Migranten, die jeden Respekt vor der Schule vermissen ließen. Kollegen weiterer Berliner Schulen – damals überwiegend Hauptschulen – bestätigten das Bild. Ihr Hilfeschrei in Briefform erschreckte die Öffentlichkeit.

Was einst als Auflösungserscheinung der Hauptschule galt, weitet sich über Problemkieze aus, ergreift das ganze Berliner Schulsystem. Und das in einer Zeit, in der ein selbstverordneter Denkprozeß der Berliner Regierungskoalition zu „Rütli" zu keinerlei Lösung gereift ist. Sprich: Eine Reform der Hauptschule oder ihre Auflösung bleiben aus. Zwar gibt es ab diesem Jahr die zentrale Berliner Schülerdatei mit Daten zum individuellen Förderbedarf jedes Schülers wie auch zu auffälligem Verhalten. Doch selbst als Intensivtäter bekannte Schüler haben bisher kaum mehr als die Versetzung an eine andere Schule zu befürchten.

Werte werden nicht anerkannt

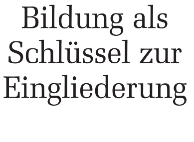
Bildungssenator Zöllner will abwarten, bis Empfehlungen fürs Berliner Abgeordnetenhaus ausgearbeitet sind. Rütli hingegen wurde damals schnell und teuer äußerlich saniert, Deeskalation und Dialog als innere Richtlinien aus der Krise gefeiert. Anderswo im Berliner Raum hat sich deswegen kaum etwas verändert. Konsequenz gegenüber lernunwilligen Intensivtätern paßt kaum ins Konzept – damals wie heute. Abkassieren statt reformieren scheint das Berliner Modell: Eltern von Schulschwänzern droht nach dem Willen des Senats bald ein erhöhtes Bußgeld von bis zu 5000 Euro.

Richter und Polizisten können bezeugen, wie wenig im politischen Berlin der Abstieg der Schule ernstgenommen wird. Wer die Mängel aus unmittelbarer Anschauung benennt, wird zum Freiwild vermeintlich progressiver Politik. So die Jugendrichterin Kirsten Heisig aus Neukölln. Schulschwänzer wie Intensivtäter müßten schneller und konsequenter bestraft werden, so Heisig. „Das sind plumpe Forderungen aus der einseitigen Wahrnehmung ihrer Tätigkeit", erwidert der SPD-Integrationsexperte Raed Saleh. „Man darf es sich nicht zu einfach machen und die Ursachen in einem ethnischen, religiösen oder kulturellen Hintergrund suchen." Was aber, wenn genau da einige Ursachen liegen?

„Wer meint, es reiche aus, jungen Migranten einen deutschen Personalausweis zu schenken, ist schiefgewickelt", sagt der Berliner Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Bodo Pfalzgraf. „Unsere Erfahrungen zeigen, daß gerade dieser Personenkreis das deutsche Wertesystem verachtet." – „Pauschale Verurteilungen", heißt es dazu aus der SPD. *S. Gutschmidt*



Schulklasse in Berlin-Moabit: Fast alle Schüler haben einen Migrationshintergrund. Bild: Pressefoto Peters



Bildung als Schlüssel zur Eingliederung

Bildung ist der Schlüssel zur Integration, heißt es. Wenn das stimmt, dann ist es jetzt amtlich, daß sehr viele Zuwanderer aus der Türkei noch nicht in Deutschland angekommen sind. Die aktuelle Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung belegt, daß nur 14 Prozent der Schüler mit türkischem Hintergrund Abitur machen, 30 Prozent von ihnen verlassen hingegen ohne Abschluß die Schule (bei den Deutschen ein Prozent).

Institutsdirektor Reiner Klingholz wurde erst im Rahmen der Studie bewußt, daß nicht die Türken mit 17,7 Prozent die größte Einwanderergruppe darstellen. Dies seien mit 25 Prozent die deutschen bzw. deutschstämmigen Aussiedler. In früheren

Türken liegen bei der Integration auf dem letzten Platz

Studien wurden sie oft nicht als Zuwanderer erfaßt, zumal sie nicht wie die Türken auf bestimmte Stadtteile in Großstädten konzentriert wohnen, sondern über das ganze Land verteilt sind und sich dadurch deutlich besser integriert haben. Auch bei den Nachforschungen, welche Ausländergruppe öfter mit deutschen Ehepartnern verheiratet ist oder die deutsche Staatsbürgerschaft hat, schnitten die aus der Türkei Zugewanderten besonders schlecht ab. Doch neben dem Bildungsstand und der Beschäftigung seien genau dies wichtige Kriterien, um zu beurteilen, inwieweit eine Gruppe in die deutsche Gesellschaft integriert ist. Vor allem bei den Türken erschwere zudem eine sehr niedrige Frauenerwerbsquote die Integration. Mütter, die sich in hauptsächlich von Türken bewohnten Stadtteilen bewegen und daheim nur Türkisch sprechen und türkisches Fernsehen sehen, können an ihre Kinder nur wenig weitergeben. *Bel*

Folgenloser Schock

Aus der Krise der Rütli-Schule 2006 wurden kaum Lehren gezogen

Im Frühjahr 2006 wurde die Berliner Rütli-Schule im Problemkiez Neukölln landesweit bekannt, weil ihre Lehrer geschlossen nicht mehr weiterwußten. In einem Brief beschrieben sie in bisher ungekannter Offenheit die Zustände an ihrer Hauptschule und erstmals auch die, die sie unmittelbar dafür verantwortlich sahen – Schüler, denen das deutsche Wertesystem fremd ist, die aus „bildungsfernen Schichten" mit „Migrationshintergrund" stammend weder von den eigenen Eltern noch vom Schulsystem erreicht werden. 83 Prozent ihrer Schüler hätten einen Migrationshintergrund, so die Rütli-Lehrer 2006.

Politik und Medien schenkten dem Fall viel Aufmerksamkeit – wegen der Ausmaße der Gewalt an der Schule, aber auch, weil bis dato seitens der Politik gepflegte Theorien, warum Kinder nichtdeutscher Herkunft Probleme mit dem hiesigen Schulsystem hätten, die Probleme nicht mehr erklären konnten. Statt vermeintlicher Ausgrenzung und Diskriminierung, ausgeübt vom deutschen Schulsystem, war „in vielen Klassen das Verhalten im Unterricht durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auftreten" seitens der Schüler geprägt. Lehrer würden gezielt mit Gegenständen beworfen, so daß sie aus Angst ihr Mobiltelefon in den Unterricht mitnähmen, hieß es im Brief der Pädagogen. Der Krankheitsstand unter den Lehrern hatte ein Rekordniveau erreicht – sie hatten vor der allgegenwärtigen Gewalt kapituliert.

Hauptschulen wurden schlechtgemacht

Disziplinarische Maßnahmen griffen nicht, denn sie waren meist am Ideal einsichtiger Schüler orientiert und nicht an denen, die es als „besondere Anerkennung im Kiez" ansehen, „wenn aus einer Schule möglichst viele negative Schlagzeilen in der Presse erscheinen".

Die anschließende Reformdebatte richtete sich dann überwiegend gegen die Institution Hauptschule, die veraltete Lehrpläne aufweise und selbst gute Schüler chancenlos auf den Arbeitsmarkt entlasse. Die Schulform gehöre als Schüler demotivierendes Relikt abgeschafft – so der Tenor der Medien. Daß tatsächlich eher das bisherige Integrationsmodell gescheitert war, bestätigte ausgerechnet Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD): Er würde seine Kinder, wenn er welche hätte, auch nicht auf eine Kreuzberger Schule schicken. Verantwortlich handelt, wer sich mit der Schul-Situation in den Problemstadtteilen abfindet, so Wowereits Signal – und seitdem melden sich Eltern um, damit ihre Kinder nicht im falschen Stadtteil eingeschult werden. Das Konzept einer Integration durch Mischung aller Schüler besteht nur noch auf Behördenpapier. Die soziale Trennung der Schüler Berlins beschleunigt sich seither, ebenso ihre Trennung nach Herkunft. Wer kann, meidet die Schulen der Stadtteile Kreuzberg, Wedding, Tiergarten und Neukölln. Dort haben inzwischen drei Viertel der Schulen einen Migrantenanteil von über 50 Prozent. Die Rütli-Schule ist dagegen saniert und personell besser ausgestattet worden. Einzelne Schulleiter engagieren sich seither noch stärker – ein Gesamtkonzept steht dagegen aus. *S. G.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1217**

Im Abwrackfieber

Parteien wollen sich als tatkräftig präsentieren, dabei bleiben Grundsätze auf der Strecke

Deutschland im Abwrackfieber: Nach längerer Flaute in den Autohäusern versuchen nun Tausende, ihr altes Gefährt zu verschrotten und mit 2500 Euro Staatsknete ein neues zu erwerben. Ein ähnliches Fieber grassiert auch in den Parteien: Angesichts der Krise scheuen alle den Ruf des Bremsers. Darum verschrotten sie reihenweise alte Überzeugungen.

Die „Opposition", FDP und Grüne, überbieten sich derzeit darin, der Regierung zupaß zu sein. Konnte Guido Westerwelle noch kurz nach der Hessenwahl kaum laufen vor Kraft, und stellte Bedingungen für eine Duldung des Konjunkturpakets, überholten ihn die Grünen flugs rechts und liefen ihm den Rang ab als Merkels Mehrheitsbeschaffer. Nur ein bißchen mehr Öko sollte die Reform sein, sonst ging das schon, meinte sinngemäß Renate Künast, deren Kollege Fritz Kuhn das Konjunkturpaket kurz zuvor noch als unverantwortliche „Voodo-Ökonomie" abgetan hatte. Aber hatte nicht auch Westerwelle das Konjunkturpaket, dem zustimmen zu wollen er nun andeutete, zuvor als „größtes Schuldenpaket der Geschichte" verdammt?

Nicht viel besser steht es heute um die „Grundsatztreue" von Union und SPD: Die Partei Ludwig Erhards wandelt auf den Spuren von John Maynard Keynes und seiner staatlichen Nachfrageförderung in der Krise. Noch besser: Wer gestern noch die Überlegenheit des Marktes predigte, verstaatlicht heute Banken, denkt über eine „Bad Bank" nach, die den Kreditinstituten praktisch aus dem Staatshaushalt ihre verzockten Milliarden ersetzen soll, spannt Rettungsschirme über ganze Branchen.

Und die Haushaltspolitiker, etwa SPD-Finanzminister Peer Steinbrück, der nach seiner grandiosen Show bei der Bankenrettung nun, beim Konjunkturpaket, nichts mehr mitzureden hat, oder auch der CDU-Haushaltsexperte Steffen Kampeter, wirken wie graue Buchhalter, während nebenan das große Ausgabenfieber ausgebrochen ist. Ausgerechnet Steinbrück, der noch im vergangenen Sommer mit der wahlkämpfenden CSU um jede Million erbittert feilschte, muß nun die größte Neuverschuldung aller Zeiten unterschreiben.

An eine wirksame Schuldenbremse, selbst wenn sie ins Grundgesetz geschrieben würde, glaubt angesichts der grassierenden Ausgabenhysterie kaum jemand; denn Papier ist bekanntlich geduldig. Hatte die Koalition nicht in den Boomjahren 2006 bis 2008 die Gelegenheit, Schulden zurückzuzahlen? Nachdem sie das nicht getan hat, fragt man sich schon, wie das dann in der Krise gehen soll. Die parlamentarische Demokratie denkt nun einmal in Wahlperioden, nicht in Generationen. Die Akteure im politischen Berlin verschrotten ihre eigenen Überzeugungen dieser Tage mit einer Dynamik, daß selbst die schnellsten Posenreißer kaum nachkommen.

Linkspartei verliert an Zustimmung

Eigentlich können sich die Staatswirtschaftler Oskar Lafontaine und Gregor Gysi grinsend zurücklehnen und die Hände reiben. Die SPD, sogar die Union, erfüllen große Teile des PDS-Wahlprogramms: Verstaatlichung der Banken, großzügige Ausgabenprogramme, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes. Doch die Wähler sehen das nicht als „Erfolg" der SED-Nachfolger (ist es ja auch nicht), sondern als Folge der Krise, und vor der haben sie Angst. Deshalb steigen derzeit auch die Aktien der ungeliebten Großen Koalition. Große Krisen erfordern große Mehrheiten, was aber nicht unbedingt zu großer Politik führt, sondern oft zum Kompromiß-Krampf zwingt. Die Union strebt ein Bündnis mit der FDP an, weil so eine bürgerliche Politik eher möglich wäre – stimmt aber gleichzeitig der Einführung von SPD-Mindestlöhnen in sechs Branchen zu. Ein deutlicheres Konterkarieren des Redens durch das Tun geht nicht.

Bemerkenswert ist, daß die Linkspartei aus der Krise keinen Profit schlagen kann – nebenbei bemerkt eine klare Widerlegung der Marx'schen Verelendungstheorie, der zufolge das verarmende Proletariat in der Krise zu Extremen und Revolten neigt. Verelendung trifft derzeit nur auf die Linkspartei selber zu, gerade im Westen der Republik, wo nicht SED-Altkader, sondern meist Anarchisten, Trotzkisten, alte DKP-Leute und andere Gestörte das Sagen haben: Gegenseitige Bespitzelungen, Stasi-Vorwürfe, öffentliche Schmähungen, Bedrohungen, Handgreiflichkeiten auf Parteitagen, Austritte ganzer Ortsverbände. Auch die Befürworter einer rot-roten Volksfront innerhalb der SPD sind deutlich stiller geworden. Von Andrea Nahles, Klaus Wowereit und anderen Parteilinken jedenfalls hört man das Wort Linkspartei derzeit nicht. Nach der nächsten Bundestagswahl scheint zumindest eine rot-rot(-grün)e Mehrheit derzeit sehr unwahrscheinlich – den Zahlen und auch der Stimmung in den Parteien nach.

Auch Gesine Schwan, auf dem Papier Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, klagt über mangelnden Rückhalt seitens derjenigen, die sie ins Rennen geschickt haben. Kein Wunder: Schwan ist die personifizierte Vorbereitung eines rot-roten Bündnisses und als solche den SPD-Wahlstrategen lästig geworden.

Eine Ampel und ein Jamaika-Bündnis dürften an der Abneigung zwischen Grünen und FDP scheitern, die um ähnliche Wähler kämpfen. Wenn es also am 27. September nicht für Schwarz-Gelb reicht, steht erneut eine Große Koalition auf der Tagesordnung – mit all den Folgen, die wir bereits erleben: Abschleifen des je eigenen Profils der Volksparteien, und in der Folge deren Ausbluten, dessen Nutznießer die FDP und Grünen sein dürften. *Anton Heinrich*



Auf Kosten der Kinder: Parteien denken nur in Wahlperioden, nicht in Generationen. Bild: ddp

MELDUNGEN

Junglehrer machen Druck

Berlin – Nur wenige Tage nach dem Brandbrief von 68 Schulleitern erhielt der Berliner Schulsenator Jürgen Zöllner erneut unangenehme Post. Über 100 junge Lehrer wollen in ein anderes Bundesland wechseln, in dem sie mehr verdienen und verbeamtet werden. Insgesamt wird die „Initiative Verbeamtung jetzt!" von 270 Lehrern unterstützt. Berlin hat bereits jetzt Probleme, freie Lehrerstellen zu besetzen. Die Probleme an den Schulen (siehe Seite 4) erfordern zudem zusätzliches Personal. Diese Notlage kennen die Junglehrer und wollen ihre Position der Stärke nutzen. So sei es unfair, daß ein Oberschullehrer mit Familie in anderen Bundesländern 700 Euro netto mehr bekommt. *Bel*

Unrecht nicht voll faßbar

Berlin – Bis Ende Juni 2008 sind 1472 Anträge von SED-Opfern auf eine „besondere Zuwendung", abgelehnt worden, weil die Betroffenen nicht mindestens sechs Monate in Haft waren. Eine „gewisse Pauschalierung" war aus Sicht der Bundesregierung dabei unausweichlich. Eine „Härtefallregelung" sei nicht vorgesehen, teilt sie mit. Insgesamt seien bis Ende Juni 2008 über 60 000 Anträge gestellt worden. Fast 40 000 davon seien bewilligt worden. Die Regierung ist weiterhin der Auffassung, daß das geltende System der Rehabilitierung und der damit verbundenen sozialen Ausgleichsleistungen eine „tragfähige Grundlage der Entschädigung von DDR-Unrecht" bildet. Die vom SED-Regime begangenen Unrechtsakte seien, gemessen an rechtsstaatlichen Maßstäben, in ihrem vollen Umfang nicht faßbar. Es sei nicht möglich, das Unrecht einer in 40 Jahren gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auszugleichen. *idea*

Russki-Deutsch (2):

Nasdrowje

Von Wolf Oschlies

Im Jahr 2003 feierten die Russen das 500jährige Bestehen des „Zaren-Wässerchens", des Wodka. Dazu schickte ARD-Korrespondentin Anja Bröker aus Moskau ein launiges Feuilleton, das so endete: „Nasdrowje – schmeißt die Gläser an die Wand!" Allein dieser Rat hätte genügt, alle Deutschen zu Ort und Anlaß aufzuklären: „Nasdrowje" ist das russische Pendant von „Prost", weiß doch jeder!

Auch, daß Nasdrowje „zur Gesundheit" heißt. Das stimmt – mit kleinen Korrekturen. Erstens hat die russische Sprache „polnoglasie" oder „Voll-Lautierung", die auf Vokal-Konsonant-Folge achtet. „Gesundheit" heißt „sdorowje", im „Russki-Deutsch" fehlt also ein O. Zweitens wird beim Trinken „sa sdorowje" (für die Gesundheit) gewünscht, während „na sdorowje" beim Essen Verwendung findet: „kuschajte na sdorowje" – essen Sie zur Gesundheit (möge es Ihnen bekommen). Und drittens ist das (um ein O verkürzte) „nasdrowje", genauer „na zdrowie", ein polnischer Trinkwunsch. Der kann, analog „zuprosten", auch als Verb „zdrówkac" angebracht werden, oft lässig „zdrów" (gesprochen „sdruf") verkürzt.

So etwas fällt unter „historische Grammatik", deren Kenntnis zum Erkennen der Verwandtschaft slawischer Sprachen verhilft. Ausgenommen die Serben, die sich „ziveli" (wir sollen leben) zutrinken, kennen alle Slawen „nasdrowje", allerdings den Sprachgesetzen ihres Idioms angepasst: „na zdraví" (tschechisch), „na zdrave" (bulgarisch) etc. Als Nichtslawe kann man da kaum einen Fehler machen, sofern man nicht zum deutschen „Prost" greift. Denn „prost" heißt „simpel" oder „primitiv" und auf Rumänisch sogar „dumm, albern, blöde". Also, Vorsicht!

Oder einfach „nasdrowje" sagen, egal wo man gerade ist. Dieser russische Wunsch ist sogar bei Deutschen aus der Schweiz im Umlauf: „Die USA ist auf dem besten Weg, den Markt auszuschalten und seinen Erzfeind Rußland links zu überholen" (seufzte kürzlich ein Kommentator), Nasdrowje! Seit es in der Bundesrepublik rund drei Millionen russische Muttersprachler gibt, ist „Na dann, Nasdrowje" selbst als Neujahrswunsch frequent. Vielleicht garniert mit dem neuen „Nasdrowje Wodka", der (laut Hersteller) „das moderne Rußland und die russische Seele verkörpert".

EU-Vertrag im Visier

Neue Klage in Karlsruhe eingereicht

Der äußerst EU-freundlichen Bundesregierung ist es unangenehm, daß die deutsche Ratifikationsurkunde zum Lissabon-Vertrag, obwohl vom Bundespräsidenten Horst Köhler längst unterzeichnet, noch nicht in Rom hinterlegt ist. Außer Deutschland haben sonst nur die „EU-Querulanten" Irland, Tschechien und Polen ihre Urkunden noch nicht eingereicht. Doch da beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe noch die Klagen des CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler und der Linkspartei gegen den EU-Vertrag anhängig sind, muß erst das Ergebnis der für den 10. und 11. Februar anberaumten Verhandlung abgewartet werden.

Doch während dieser Termin in Berlin mit Ungeduld erwartet wird, gibt es schon eine neue Klage. Die Beschwerdeführer um den ehemaligen Vorstandschef der Thyssen AG Dieter Spethmann haben Mitte Januar einen 200 Seiten umfassenden Schriftsatz beim Verfassungsgericht eingereicht. Unter den Klägern befinden sich neben Spethmann der Vorsitzende des Aktionsbündnisses Soziale Marktwirtschaft und Volkswirtschaftler Joachim Starbatty, der frühere CSU-Europaabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg und der Wirtschaftsjurist Markus Kerber. Sie lehnen es ab, daß ihre Klage am 10. und 11. Februar mitverhandelt wird, und pochen auf einen eigenen Termin, damit eine intensive Auseinandersetzung möglich wird.

Eine Art »Ermächtigungsgesetz«

Bereits Peter Gauweiler entschied sich für den Gang nach Karlsruhe, weil er in dem Lissabon-Vertrag einen Verstoß gegen die souveräne Staatlichkeit Deutschlands und gegen das Demokratiegebot sieht. Die neuen Kläger gehen noch weiter und behaupten, daß die Unverständlichkeit des Vertragswerkes verschleiere, daß es sich „in der Sache um ein Ermächtigungsgesetz" handle, das „alle Politikbereiche den Administrations- und Politikeliten von Kommission, Rat und Europäische Parlament ausliefere".

Außerdem beklagen die Beschwerdeführer, die sich selbst als Befürworter der europäischen Integration bezeichnen, fortgesetzte Verstöße gegen den Stabilitätspakt, anmaßende Kompetenzüberschreitung durch die Europäische Kommission, rechenschaftslose Herrschaft und Auflösung der Gewaltenteilung. *R. Bellano*

Endstation Peking?

Dem deutschen Transrapid droht das Aus

Noch einmal, vielleicht zum letzen Mal, werden für den Transrapid die Weichen gestellt. Und dann könnte es heißen: Endstation Peking.

Das Memorandum, das die Magnetbahn-Entwickler Siemens und ThyssenKrupp dem chinesischen Premier Wen Jiabao bei seinem derzeitigen Berlin-Besuch unterschriftsreif vorlegten, eröffnet jedenfalls den Weg zur Übergabe von Kerntechnologien an die Transrapid-Partner in Fernost. Im Klartext: Die Chinesen profitieren von der jahrzehntelangen milliardenteuren Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Deutschland, machen das durchaus mögliche Exportgeschäft ohne uns, und sollte sich die ideologiegeprägte Stimmung hier einmal ändern, dann können wir den einstmals deutschen „Tlanslapid" für teures Geld in Peking zurückkaufen.

Mittelständler wollen Magnetbahn retten

Noch gibt es allerdings eine Chance, die Zukunftstechnologie Transrapid in Deutschland zu halten. Parallel zum Berlin-Besuch des chinesischen Regierungschefs präsentiert der ostfriesische Unternehmer Rolf Trauernicht ein Konzept, das die alten Planungen einer Magnetbahn-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin aufgreift, die Anfang 2000 von der rot-grünen Bundesregierung aus politischen Gründen aufgegeben worden waren. Statt dessen boxte Bahnchef Mehdorn eine ICE-Trasse durch, die jetzt bereits wieder für einen dreistelligen Millionenbetrag komplett saniert werden muß.

Trauernicht beziffert die Kosten einer Transrapid-Strecke Berlin-Hamburg mit 7,5 Milliarden Euro und verweist zum Vergleich auf die deutlich teureren aktuellen Konjunkturpakete. Die Finanzierung stellt er sich ähnlich vor wie beim Bau der Autobahn A 31: Mit Mitteln aus dem eigenen Vermögen sowie aus der mittelständischen Wirtschaft der Region hatte er die Fertigstellung einer 42 Kilometer langen Lücke ermöglicht.

Unterstützung finden Rolf Trauernicht und seine mittelständischen Mitstreiter bei der niedersächsischen Landesregierung, aber auch bei Niederländern, Polen und Tschechen, die hier den Kern eines transeuropäischen Magnetbahnnetzes sehen. (S. auch Kommentar auf Seite 8.)

Hans-Jürgen Mahlitz

MELDUNGEN

Spanien läßt Rückkehr zu

Madrid – Als Anfang 1939 der Spanische Bügerkrieg zu Ende ging, gab es fast 500000 Flüchtlinge, die meisten von ihnen in Südfrankreich. Mehr als die Hälfte kehrte bald darauf zurück, ein großer Teil jedoch – überwiegend die Anhänger der unterlegenen Linken – blieb im Ausland, die meisten wanderten weiter nach Lateinamerika. Wie die Tageszeitung „Welt“ berichtet, will die Regierung Zapatero den Nachkommen dieser Flüchtlinge nun die Rückkehr in ihr Herkunftsland erleichtern, indem sie bis 2010 problemlos die spanische Staatsangehörigkeit beantragen können. Die Regelung bietet auch späteren Wirtschaftsemigranten bis zum Jahr 1955 die Rückkehr an. Die Regierung in Madrid rechnet mit bis zu 500000 Rückkehrern, spanische Zeitungen beziffern die Zahl der Berechtigten auf bis zu 1,5 Millionen. *PAZ*

Vertreibungen in Südossetien

Berlin – Nachweislich seien laut Human Rights Watch (HRW) im Kaukasuskrieg 2008 zahlreiche Kriegsverbrechen begangen worden. Auf 200 Seiten hat die Menschenrechtsorganisation nun der Öffentlichkeit einen auf 460 Interviews basierenden Bericht zugänglich gemacht, der die Menschenrechtsverletzungen Georgiens und Rußlands aufführt. So soll Georgien mit dem Beschuß der südossetischen Hauptstadt bewußt Menschenleben gefährdet haben. Es sei von bis zu 400 Toten auszugehen. Rußlands Armee wiederum habe bei ihrem Vormarsch die bei ihnen mitmarschierenden südossetischen Verbände nicht von Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden abgehalten. So wurden die Gebiete gezielt „ethnisch gesäubert“. Während Rußland alle Vorwürfe von sich weist, hat Georgien mit HRW zusammengearbeitet. Hauptproblem sei laut HRW jetzt die Rückkehr der georgischen Flüchtlinge nach Südossetien. *Bel*

Ramsan Kadyrows langer Arm

Der Doppelmord von Moskau rückt Tschetschenien wieder ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit

Es passierte am hellichten Tag. Am 13. Januar wurde in einem Vorort von Wien ein tschetschenischer Flüchtling auf offener Straße erschossen, am 19. Januar geschah der Doppelmord an dem Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa im Zentrum Moskaus. In beiden Fällen führt die Hauptspur nach Tschetschenien.

Zunächst war die Verunsicherung über den Mordanschlag, der sich am frühen Nachmittag auf einer belebten Straße unweit des Zentrums von Moskau ereignete, groß. Obwohl viele Menschen zum Zeitpunkt der Tat unterwegs waren, konnte kein Phantombild des Täters erstellt werden. Überwachungskameras zeigten ihn nur von hinten. Der Attentäter konnte unerkannt über die nahegelegene U-Bahn-Station entkommen. Als einziges Beweismaterial stellte die Polizei das Projektil einer Makarow-Pistole sicher. Es handelt sich um einen Waffentyp, mit dem die russische Polizei ausgerüstet ist.

Das Rätselraten über Motive und Hintergründe des Mordes begann. Im Verdacht standen Skinheads, weil Anastasija Baburowa, die erst seit Oktober für die unabhängige Moskauer Zeitung „Novaja gazeta“ tätig war, und davor bei der „Izvestia“ PR-Artikel schrieb, über Aktivitäten der Rechtsradikalen recherchierte. Vier Tage vor seinem Tod hatte Anwalt Markelow Morddrohungen per SMS mit faschistischem Inhalt erhalten. Nach der Tat veröffentlichte die „Novaja gazeta“ Einträge von Internet-Blogs rechtsradikaler Gruppen, die den Mord in hämischen und verunglimpfenden Worten verherrlichten. Für wahrscheinlicher halten die meisten Beobachter jedoch, daß der Mord im Zusammenhang mit Tschetschenien zu sehen ist. Es gibt deutliche Parallelen zum Fall der 2006 getöteten Journalistin Anna Politkowskaja. Der Anwalt Markelow hatte eng mit ihr zusammengearbeitet. In vielen Fällen verteidigte er Tschetschenen, die Opfer von Gewalt russischer Soldaten oder ihrer eigenen Regierung geworden waren. Markelow übernahm auch aussichtslose oder gefährliche Fälle. Alexander Lebedew, Oligarch und neben Michail Gorbatschow Miteigentümer der „Novaja Gazeta“ vermutet, daß Markelow bei einem seiner letzten Aufenthalte in Tschetschenien den Namen des Mörders von Anna Politkowskaja erfahren haben könnte und deshalb sterben mußte. Daß es sich bei dem Mörder um einen Profikiller gehandelt haben muß, beweist der Einsatz eines Schalldämpfers und das geschickte Austricksen der Überwachungskameras.

Dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow wird schon länger vorgeworfen, ein Terroristen-Netzwerk aufgebaut zu haben. Umar Ismailow, ein ehemaliger Leibwächter Kadyrows, der am 13. Januar in Wien erschossen wurde, wollte als Augenzeuge gegen seinen Ex-Chef aussagen. Er beschuldigte Kadyrow, in den Jahren 2003 bis 2005 Mißhandlungen und Ermordungen durch seine Handlanger beigewohnt zu haben. Ismailow hatte bei der russischen Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und eine Beschwerde gegen Kadyrows Regime beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Er mußte aus Tschetschenien fliehen und beantragte in Wien politisches Asyl. Er galt als besonders belastender Zeuge, weil er selbst drei Monate in einem Geheimgefängnis verbracht hatte, wo er nach eigenen Angaben von Kadyrow persönlich mißhandelt wurde.

Ramsan Kadyrow, den der damalige russische Präsident Wladimir Putin gleich nach der Ermordung seines Vaters Achmed Kadyrow im Mai 2004 zum Vizeregierungschef machte, wird ein autoritärer Regierungsstil nachgesagt. Nachdem Kadyrow im Jahr 2006 die laut Verfassung erforderlichen 30 Jahre alt war, um Präsident zu werden, verdrängte er den gewählten Präsidenten Alu Alchanow aus seinem Amt, und seit 2007 ist er Regierungschef. Seitdem wird in Tschetschenien ein Personenkult um Ramsan Kadyrow betrieben. Großflächige Porträts mit Aufschriften wie „Ramsan, wir sind stolz auf dich“, zieren die Gebäude. Gestützt aus dem russischen Haushalt, verschrieb er sich dem schnellen Wiederaufbau der Kaukasusrepublik. Heute ist Grosny wieder eine blühende Stadt. Ramsan Kadyrow ist ein Präsident, der auch die Islamisierung der Bevölkerung vorantreibt. Seine Brotherren in Moskau scheinen es hinzunehmen.

Bislang schweigen sowohl Präsident Medwedew als auch Premier Putin zu den Mordfällen wie auch zu den Alleingängen der tschetschenischen Regierung. Kritische Journalisten in Moskau fürchten um ihr Leben. „Novaja Gazeta“-Chefredakteur Dmitrij Muratow forderte vom FSB, mit Waffen versorgt zu werden. Antwort erhielt er nicht. Entsetzen herrscht in den Zeitungsredaktionen über die Gleichgültigkeit der Bevölkerung und der politischen Parteien über die Morde. *M. Rosenthal-Kappi*



Grosny 2009: Aus Ruinen entstand eine moderne Stadt nach russischem Vorbild, aber mit islamischen Regeln. Bild: pa

Hilfe ist Politikum

Neutrale Helfer sind in Gaza nicht realistisch

Wer Wert auf Medienpräsenz legt, fliegt dieser Tage zur Trümmerbeschau nach Gaza, um „Bestürzung“ auszudrücken und Soforthilfe zu versprechen. Allerdings gibt es kleinere Probleme, denn der höhere Auftrag lautet, unbedingt zu vermeiden, was nach dem Libanon-Krieg 2006 passierte: Damals wurden auf Groß-Konferenzen Milliarden versprochen, doch nur teilweise oder spät bezahlt, und vieles versickerte – all das ist ja normal und nicht weiter schlimm. Dumm war nur, daß die Hisbollah gleich nach Ende der Kämpfe jeder geschädigten Familie ein ansehnliches Bündel Dollar-Scheine in die Hand drücken ließ und weiteren Prestige-Gewinn erzielte. Das ging deswegen so unbürokratisch, weil die Unterschlagung von Spenden ein schwerer Verstoß gegen einen der fünf Grundpfeiler des Islam wäre.

Israel hat bereits angedroht, jede Hilfe, die direkt an die Hamas zur Weiterverteilung gehen sollte, gewaltsam zu verhindern. Die Verwaltungseinrichtungen, die eine „neutrale“ Verteilung durchführen könnten, wurden aber von Israel systematisch zerstört. Und die EU-Politiker, die das Verteilen unbedingt der abgewirtschafteten Fatah überlassen wollen oder zumindest auf einer Mitregierung der Fatah in Gaza bestehen, machen wieder einmal die Rechnung ohne den Wirt. Denn wie ein Hamas-Sprecher erklärte, werde die Fatah, „die es nicht geschafft hat, auf israelischen Panzern zurückzukehren“, dies „auch nicht auf Betonmischern“ fertigbringen. Mit der Verteilung von Geld – es gibt Anzeichen, daß schon Spenden fließen, nicht nur aus dem Iran – hat die Hamas aber ebenfalls ein Problem. Denn anders als im Libanon gibt es in Gaza nichts zu kaufen, vor allem kein Baumaterial.

Die EU will sich auf „humanitäre Hilfe“ beschränken, sprich: die Menschen einfach durchfüttern. Aber nicht nur, daß von den benötigten 600 Lkw-Ladungen pro Tag derzeit nur 180 in das Freiluftgehege Gaza hineingelassen werden, man darf doch nicht die Grenzabfertigung auf palästinensischer Seite der Hamas-Polizei überlassen! Wie sich inzwischen herausstellt, ist auch ein großer Teil der Agrarflächen im Gaza-Streifen durch Blindgänger unbrauchbar geworden und fällt zumindest für die nächste Ernte aus. *RGK*

Plädoyer für die Familie

Auch viele Deutsche beim sechsten Weltfamilientreffen – Von den Medien verschwiegen

Von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ging am 18. Januar in Mexiko-City das 6. Weltfamilientreffen zu Ende. Über eine Million Menschen aus 98 Ländern feierten zum Abschluß des Kongresses einen Gottesdienst und hörten per Satellit eine Botschaft von Papst Benedikt XVI.

Woran liegt es, daß solche Großereignisse, von denen es auch im Jahr 2009 nur wenige geben wird, hierzulande von den Medien kaum oder gar nicht zur Kenntnis genommen werden? Gäbe es kein Internet, man könnte von diesem Weltereignis kaum etwas erfahren. Auf Initiative der katholischen Kirche treffen sich alle drei Jahre, nun bereits zum sechsten Mal, Familien aus der ganzen Welt. Sie wollen auf die globale Lage der Familie aufmerksam machen. Für viele Politiker und Medienschaffende ist das ein unbequemes Thema, was die Menschen hier bewegt. Als sich zuletzt in Spanien 2006 rund zwei Millionen Menschen trafen, um für die traditionellen Werte der Familie einzutreten, sah sich die linksgerichtete Zapatero-Regierung, die die Homo-Ehe eingeführt und Blitzscheidungen ermöglicht hatte, hart kritisiert.

> Nicht nur ökonomische Aspekte sehen

Die Teilnehmer des diesjährigen fünftägigen Großtreffens, das unter dem Motto „Die Familie, Erzieherin menschlicher und christlicher Werte“ stand, erhoben die Forderung, die Familie als Menschenrecht zu verankern. Viele Referenten wehrten sich dagegen, die Familie als reines Wirtschaftsgut zu sehen. „Ich merke immer wieder bei Politikern“, sagte der Erzbischof von Sao Paulo, Kardinal Odilo Scherer, „daß sie die Familie unter ausschließlich ökonomischen Aspekten betrachten.“ Statt dessen wäre es wichtiger, den „anthropologischen Wert“ in den Vordergrund zu stellen. Wer die Familie beschädige, um die Wirtschaft zu retten, mache alles falsch, so der Kardinal.

Wirtschaftliche Interessen einerseits und andere Vorstellungen vom Zusammenleben andererseits sind heute zu einer globalen Bedrohung für die Familien geworden. Der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft und letzten Zufluchtsstätte“ müsse höchste Priorität eingeräumt werden, forderte Papst Benedikt in seiner Ansprache. Die Familie dürfe nicht mit anderen Lebensformen verwechselt werden. Angesichts des massiven Drucks politischer Parteien in vielen Ländern, Partnerschaften homosexueller Paare mit der Ehe zwischen Mann und Frau gleichstellen zu wollen, sei dies eine reale und weltweite Gefahr. Das Leben im Kreis der Familie zu pflegen sei eine Schule der Menschlichkeit, der Solidarität und der Liebe, betonte der Heilige Vater.

> Erziehungsleistung steuerlich honorieren

Eine große Gruppe aus Deutschland ließ sich durch die weite Entfernung zu dem mittelamerikanischen Land nicht von der Teilnahme am Weltfamilientreffen abhalten. Unter ihnen auch der Kölner Weihbischof Heiner Koch als Abgesandter der deutschen Bischofskonferenz. Er forderte zur Änderung von Gesetzen auf, die in den verschiedenen Ländern den Familien das Leben schwermachten. Als ein positives Beispiel nannte er die steuerliche Freistellung von Erziehungsleistungen. Besonders beeindruckt zeigte sich Koch davon, daß sich in Mexiko-City nicht nur „Idealfamilien“ getroffen hätten, sondern auch viele Familien aus Konfliktregionen. Eine Familie aus Pakistan habe über die Auswirkungen der politischen Konflikte in ihrem Land berichtet, andere Familien aus Afrika über Armut, Aids und Drogen.

Breiten Raum nahm auf dem Weltfamilientreffen der Lebensschutz für ungeborene und ältere Menschen ein. Die auf der „Expo-Familia“ vertretenden Lebensschutzorganisationen sehen neben den Ungeborenen heute auch die Älteren in Gefahr. Angesichts von neuen Forderungen nach Sterbehilfe für Senioren erscheinen die ältesten Familienmitglieder zunehmend bedroht. Im Gegensatz dazu berichteten Teilnehmer aus Afrika, Amerika und Asien von einer Familienkultur, die tief von Respekt und Lebensweisheit der Älteren geprägt ist. *Hinrich E. Bues*

Widerstand in den eigenen Reihen

Merkel unter Druck: Viele in der CDU fordern einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs

Steuersenkungen oder nicht – das ist jetzt die Frage, die die Union umtreibt. Auf der Suche nach einem eigenen Profil brechen vor allem in der CDU verdrängte Fronten wieder auf.

Manche in der CDU dürften dieser Tage an Friedrich August von Hayek, den 1992 verstorbenen Vordenker der Liberalen und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, gedacht haben. In seiner „Verfassung der Freiheit“ schimpfte der 1899 geborene Wiener: „Es waren immer die Konservativen, die dem Sozialismus Zugeständnisse gemacht haben und ihm zuvorkamen. Als Befürworter des Weges des Mitte, ohne eigenes Ziel, waren die Konservativen von dem Glauben geleitet, daß die Wahrheit zwischen den Extremen liegen muß – mit dem Ergebnis, daß sie ihre Position verschoben, so oft sich an einem der Flügel eine extreme Bewegung zeigte.“

Seit dem Leipziger CDU-Parteitag 2003, von dem strikt marktwirtschaftliche Signale ausgingen, bemängelt eine wachsende Zahl von Mitgliedern und Anhängern der Union ein Abgleiten ihrer Partei auf sozialdemokratische Pfade. Nachdem der Unmut lange eher unterschwellig und nur von wenigen offen formuliert wurde, drängt das ernüchternde Abschneiden der Union in Hessen, dem ein strahlender Sieg der FDP gegenüberstand, die Kritiker nach vorn.

Jahrelang traten Vertreter des Wirtschaftsflügels, wie der rührige Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Josef Schlarmann, eher als einsame Rufer auf, deren Protest folgenlos an der Parteispitze um Kanzlerin Merkel abzuprallen schien. Schlarmanns Vorwurf der „Sozialdemokratisierung“ und des Verrats an den Reformversprechen von 2003 und vom Wahlkampf 2005 verhallte: Während sich die SPD als Abwehrmaßnahme gegen die aufkeimende Linkspartei aus der Agenda-Politik Gerhard Schröders häppchenweise davonschlich, bezog die CDU in den Augen Schlarmanns vorheriges SPD-Terrain.

Hayek läßt grüßen. Auch was das Vorwegnehmen sozialistischer Forderungen angeht, welche die Sozialdemokraten selbst (noch?) gar nicht gestellt haben: „Als ich im Radio hörte, SPD-General Hubertus Heil warnt CDU vor Verstaatlichung von Firmen, war ich platt“, zitiert der „Focus“ einen namentlich nicht genannten CDU-Strategen. Heil, erfreut über die Wirkung seiner Attacke, legte sofort nach. Kanzlerin Merkel stehe „für programmatischen Nebel“, so der Generalsekretär.

Verunsichert durch die Ergebnisse der Hessenwahl formiert sich nun Widerstand gegen den wirtschaftspolitischen Kurs der CDU bis in die Spitze der Partei. Auf einer dem Vernehmen nach temperamentvoll verlaufenen Vorstandssitzung am „Montag nach Hessen“ ging Merkel MIT-Chef Schlarmann frontal an. Der hatte zuvor das gute Abschneiden der FDP als Zeichen dafür gedeutet, daß CDU-Stammwähler den Kurs der „Sozialdemokratisierung“ nicht länger mittrügen und zu den Liberalen abwanderten. Nachdem die Kanzlerin Schlarmann angegriffen hatte, ließ sie ihm Berichten zufolge keine Gelegenheit zur Gegenrede, was die Stimmung weiter verdüstert haben dürfte.

Mittlerweile versuchen Merkel-Treue wie Union-Fraktionsgeschäftsführer Norbert Röttgen die FDP-Forderungen nach Steuersenkungen als unrealistisch zu entkräften, um Druck von der wirtschaftspolitischen Flanke ihrer Partei zu nehmen. Steuersenkung und Schuldenreduzierung gingen nicht gleichzeitig, so Röttgen.

Damit aber zielt er an der zentralen Kritik vorbei, die Liberale und den Wirtschaftsflügel der Union vereint: Als Marktwirtschaftler zweifeln sie grundsätzlich am Erfolg staatlicher Konjunkturprogramme, da alle vergangenen verpufft seien.

Was die Marktwirtschaftler aufbringt ist, daß hier Geld ausgegeben wird, das dann bei strukturellen Reformen etwa des Steuerrechts, Stichwort: Vernachlässigung der Mittelschicht, fehlt. Aus Angela Merkels Mund erscheint ihnen das Versprechen, eine strukturelle Steuerreform sei nur vertagt, und nicht auf Sankt Nimmerlein verschoben, zunehmend wie ein Lippenbekenntnis.

Merkels Appelle zur Geschlossenheit („Forderung: Klappe halten“ übersetzte sie ein Delegierter des jüngsten CDU-Bundesparteitags) fruchten inzwischen auch nicht mehr bei ihren CDU-Landesfürsten. So forderte der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger Merkel öffentlich zu einer „klaren Kursbestimmung entlang der marktwirtschaftlichen Grundsätze der Union“ auf. „Eine Steuerreform auf Pump ist nicht gerecht“, so Oettinger.

Und auch aus dem Saarland gibt es Gegenwind: „Man kann auch in der Großen Koalition deutlich machen, wo außerhalb der Regierungspolitik die originären Positionen der Union liegen. Das ist uns nicht ausreichend gelungen“, kritisiert Peter Müller, der bei den Landtagswahlen im Sommer sein Amt gefährdet sieht.

Und während Merkel bereits mit offenem Widerstand in den eigenen Reihen zu kämpfen hat, versucht nun auch die CSU die Schwesterpartei zu einem „eindeutigen und glaubwürdigen Bekenntnis zu weiteren Steuersenkungen zu bewegen“ *Hans Heckel*



Offener Dissens: Seehofer (r.) will die Steuern senken, Oettinger (Mitte) eine radikale Bankensanierung mit noch mehr Schulden. Die Bundeskanzlerin lehnt bisher beides ab, viele irritierte Wähler wenden sich der FDP zu. Bild: pa

MELDUNGEN

USA und China im Streit

Washington / Peking – Der Ton zwischen den USA und der Volksrepublik China hat sich mit dem Stabwechsel von George W. Bush zu Barack Obama schlagartig verschäft. Obamas künftiger Finanzminister Timothy Geithner wirft Peking vor, den Kurs der Landeswährung Yuan abwärts zu manipulieren, um sich Handelsvorteile zu verschaffen. Der Vizechef der chinesischen Notenbank, Su Ning, konterte, die USA sollten erst einmal „Selbstkritik“ für die von ihnen verursachte Weltwirtschaftskrise üben, bevor sie anderen Vorwürfe machten. US-Ökonom Charles Freeman äußerte sich besorgt über den Streit: „Das könnte die Büchse der Pandora öffnen. Wir brauchen die Chinesen, sie kaufen unsere Staatsanleihen und Hypothekenpapiere.“ China besitzt mit 1,95 Billionen die mit Abstand größten Dollarreserven außerhalb der USA, abrupte Verkäufe würden die US-Währung destabilisieren. Die Regierung Bush ging entsprechend behutsam mit Peking um. *H.H.*

Allianz will ins Bankgeschäft

München – Mitten in der Bankenkrise hat der Versicherungskonzern Allianz angekündigt, eine eigene Bank gründen zu wollen. Dafür will der Branchenprimus seine Tochtergesellschaft Oldenburgische Landesbank (OLB) nutzen. Die OLB war bis vor kurzem Teil der Dresdner Bank, verblieb nach dem Verkauf der Dresdner an die Commerzbank jedoch im Besitz der Allianz. Künftig, so gab Allianz-Deutschland-Chef Gerhard Rupprecht bekannt, sollen Allianz-Girokonten und Allianz-Kredite angeboten werden. Vertrieben würden die Produkte über die mehr als 10 000 Allianz-Agenturen, Start sei im April. *H.H.*

Was von Nokia blieb

Arbeitslosigkeit in Bochum, Geheimniskrämerei in Klausenburg

Vor gut einem Jahr wurde bekannt, daß Nokia sein Werk in Bochum schließen wolle. 2300 Arbeitsplätze sollten innerhalb weniger Monate verschwinden. Und alles, so schien es, zugunsten eines im Aufbau befindlichen Werkes in Rumänien. Viele bezweifelten die Beteuerungen des finnischen Unternehmens, daß die Menschen in dem Werk in Jucu bei Klausenburg den Bochumern keineswegs die Arbeit wegnehmen würden, da die einen für den westeuropäischen Markt und die anderen für den osteuropäischen Markt Handys produzierten.

Die große Aufregung legte sich allerdings genauso schnell, wie sie gekommen war. Heute, ein Jahr später, ist ein Großteil der deutschen Nokia-Arbeiter faktisch arbeitslos. Auf dem Papier gelten sie jedoch nur als „arbeitssuchend“, da sie bei der Peag Transfergesellschaft in Lohn stehen. Dieser wird aus Mitteln der Arbeitsagentur gezahlt. Nokia stockt dann auf 80 Prozent des ehemaligen Gehaltes auf. Diese Vereinbarung gilt jedoch nur für zwölf Monate, und da das Werk im Sommer 2008 selbst für den letzten Arbeiter die Tore schloß, verlassen die letzten auch im Sommer die Peag. Sie kommen also mitten in der Weltwirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt zurück, nachdem sie bereits ein Jahr begleitet von Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen vergeblich Arbeit gesucht haben. Jene, die bereits im ersten Halbjahr 2008 bei Nokia freigesetzt wurden, werden in den nächsten Wochen die Arbeitslosenstatistik in Bochum hochtreiben. Noch im Dezember freute sich die Stadt über eine Arbeitslosenquote von neun Prozent, die niedrigste seit 25 Jahren. Doch dieser Erfolg war unter anderem nur möglich, weil die noch verbliebenen 1450 Nokia-Mitarbeiter offiziell bei der Peag „beschäftigt“ waren. Einige andere hingegen fanden bereits wieder eine Tätigkeit. Manche Nokia-Ingenieure profitierten von der Neuansiedlung des kanadischen Blackberry-Herstellers RIM.

Entlassene gelten noch nicht als arbeitslos

Andere fanden bei dem im Rahmen des Programms „Wachstum für Bochum“ auf dem alten Nokia-Gelände angeworbenen Hersteller von Computerscannern Scanbull Vertical Images eine neue Aufgabe. Doch das waren nur knapp 100. Zudem beschäftigte das Nokia-Werk zu über 50 Prozent Frauen, die von der Schichtarbeit profitierten, da sie aus familiären Gründen nur zu bestimmten Zeiten arbeiten können. Für sie eine vergleichbare Tätigkeit zu finden ist schwierig.

Da Nokia sich mit 20 Millionen Euro an dem Programm „Wachstum für Bochum“ der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bochum beteiligte, hat das Land die angedrohte Rückforderung der gewährten Subventionen in Höhe von 60 Millionen Euro fallen lassen. Die Finnen sind also trotz Abfindungen und Beteiligung an Sozialprojekten relativ günstig davongekommen. Und auch in Rumänien wird massiv gespart. Zwar konnten in Jucu nicht die geplanten Zwölf-Stunden-Schichten durchgesetzt werden, doch die Löhne liegen selbst unter dem rumänische Durchschnitt. Aber da die Werkarbeiter, übrigens wieder zu über 50 Prozent Frauen, froh sind, in der strukturschwachen Gegend überhaupt Arbeit zu haben, hat Nokia Narrenfreiheit. Selbst die Tatsache, daß das Unternehmen im Rahmen der Weltwirtschaftskrise bereits 600 der 1800 Arbeiter wieder entlassen hat, wird im Kreis Klausenburg heruntergespielt. Da das Werk sich vollständig von der Öffentlichkeit abschottet – der Bürgermeister darf angeblich nicht einmal die Telefonnummer weitergeben – erfährt die Öffentlichkeit nicht viel darüber, was hinter den Mauern des einst als Hoffnungsträger gefeierten Werkes vorgeht. *Bel*

Gefangen im Euro

Zweifel an Zahlungsfähigkeit einiger Staaten der Währungsunion

Die schwindende Kreditwürdigkeit mehrerer Euro-Länder wird zunehmend zur Gefahr für den Zusammenhalt der Währungsunion. Diese Befürchtung, über welche diese Zeitung bereits am 15. November 2008 berichtet hat, wird unter dem Eindruck der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise von einer wachsenden Zahl prominenter Experten geteilt. Sogar die EU-Kommission äußerte sich Mitte Januar beunruhigt.

Die Sorgenkinder heißen Griechenland, Spanien, Portugal und Irland. Hintergrund: Um ihre Defizite zu finanzieren, geben Regierungen Staatsanleihen heraus. Dabei gilt wie bei Privatpersonen: Je höher die Bonität, desto geringer der Zins. Die höchste Kreditwürdigkeit in der Euro-Zone genießt Deutschland, das auf seine zehnjährigen Bundesanleihen derzeit nur rund drei Prozent Zinsen geben muß.

Alle anderen Länder müssen höhere Zinsen zahlen, da ihnen der Markt weniger vertraut. Das war lange kein Problem, da die sogenannten „Risikoaufschläge“, die etwa Spanien auf den deutschen Kurs drauflegen mußte, um auch seine Anleihen am Markt loszuwerden, bei höchstens einem halben Prozentpunkt lagen. Das hat sich dramatisch geändert, und die Entwicklung zeigt weiter in eine bedenkliche Richtung. Griechenland und Irland etwa müssen mittlerweile fast doppelt so hohe Zinsen zahlen wie Deutschland, Spanien und Portugal etwa das Anderthalbfache. Wie bereits im Falle Spaniens erwarten Analysten zudem, daß Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit dieser Länder hinabstufen könnten. Die international bekannte Agentur „Standard & Poor's“ hatte das iberische Land von der höchsten Bonitätsstufe „AAA“ auf „AA+“ reduziert.

Gemeinsame Anleihen zu Lasten der Starken?

Die höheren Anleihezinsen setzen einen Teufelskreis in Gang, denn durch sie wird die gerade jetzt exorbitant hohe Schuldenaufnahme noch teurer, was die finanzielle Lage weiter zuspitzt, woraufhin die Bonität noch mehr unter Druck gerät.

Ein möglicher, aber äußerst radikaler Ausweg wäre ein Ausstieg schwacher Länder aus der Währungsunion. Danach könnte das Land wieder seine eigene Währung drucken, und so per Inflation ihre Schuldenlast real mindern. Nach Auffassung des Ökonomen Paul Donovan von der Schweizer Großbank UBS müßte der Staat dafür allerdings zunächst Bankrott anmelden, worüber sein Bankensystem in die Brüche ginge. Das Nachsehen hätten auch die Inhaber der Staatsanleihen dieser Länder.

EU-Währungskommissar Joaquín Almunia hat stattdessen vorgeschlagen, zur Lösung des Problems künftig gemeinsame Euro-Anleihen aufzulegen. Dann verschuldeten sich alle Euro-Staaten zum gleichen Zinssatz.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wies den Vorschlag des Spaniers allerdings umgehend zurück. Denn in dem Maße, in dem die Belastungen für die schwachen Euro-Nationen dann zurückgingen, würden sie für die starken wachsen. Die Hauptlast trüge eindeutig Deutschland.

Zudem würde eine solche Regelung einen Kernbestandteil des Maastrichter Vertrages zur Stabilität des Euro de facto außer Kraft setzen. In dem Vertrag ist geregelt, daß kein Euro-Land ein anderes aus der Pleite retten darf. Damit sollte übermäßigem Schuldenmachen auf Kosten der Partner vorgebeugt werden. Der Almunia-Vorschlag liefe jedoch praktisch auf eine Art Dauerbürgschaft hinaus, auf die ein Land Schulden machen kann, für die ein stabilerer Partner mit seiner höheren Bonität geradestehen müßte. *H.H.*

Milliardengräber

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Noch sind wir Export-Weltmeister. Aber die Konkurrenz holt auf; bald schon könnten wir den Titel los sein. Wie gut, daß wir auf anderen Feldern „vorgesorgt“ haben. Unbestritten nämlich sind wir Weltmeister beim Ausheben technologischer Milliardengräber. Was haben deutsche Wissenschaftler, Ingenieure und Tüftler nicht schon alles erforscht, erfunden und bis zur Serienreife entwickelt! Und was haben wir nicht alles schon leichtfertig aus der Hand gegeben: Computer, Faxgerät, Videorekorder, Hybridantrieb – sie alle wurden bei uns erfunden und anderswo vermarktet.

Oder die friedliche Kernenergienutzung: Unsere Kernkraftwerke gelten bis heute als die sichersten weltweit. Firmen wie Siemens/KWU sicherten den Wohlstand des Landes und Zigtausende von Arbeitsplätzen – bis rot-grüne Ideologen den Ausstieg erzwangen. Das konnte ihnen auch deshalb gelingen, weil Konzerne und konservative Politiker sich kaum dagegen wehrten.

Vom Exportschlager zur Industrieruine, dieses Schicksal droht nun auch dem Transrapid. Unsere Politiker, die mit Hilfsprogramm-Milliarden nur so um sich werfen, sollten einmal nachrechnen, wie viele Steuergeld vom Schnellen Brüter bis zur Magnetbahn-Versuchsstrecke in den Sand gesetzt wurden – heute würde das zur Krisenbewältigung locker reichen – ohne neue Schulden.

Sehnsuchtsland

Von Rebecca Bellano

Integration gescheitert“, so das Fazit einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Vor allem Türken versagten, so die Forscher, die mit ihren Ergebnissen für helle Aufregung sorgten. Jetzt überschlagen sich die Experten und Politiker mit Lösungsvorschlägen, um den überwiegend schlecht ausgebildeten Türken eine gleichberechtigte Teilhabe im deutschen Alltag zu ermöglichen. Vielleicht liegen die Antworten auf die Frage, was bei der Integration der Türken schiefgelaufen ist, gar nicht so fern. Ein Blick auf jene Zuwanderergruppen, die sich weitgehend in die deutsche Bevölkerung eingegliedert haben, ist hier hilfreich.

Auch der Vater der Verfasserin dieser Zeilen kam in den 60er Jahren nach Deutschland, genau wie ihre Schwiegermutter in spe. Der eine aus Italien, die andere, Angehörige der aramäischen Minderheit, aus der Türkei. Beide kamen nach Deutschland, weil sie, wie so viele Gastarbeiter, der Armut in ihrer Heimat entkommen wollten, aber auch, weil dieses Land im Norden für sie für Fortschritt und zugleich Tradition stand. Beide waren blutjung, kannten in diesem von ihnen bewunderten Deutschland niemanden und mußten daher sofort die deutsche Sprache erlernen. Sie fanden Arbeit, bildeten sich weiter und heirateten Deutsche. Ihre Kinder wurden selbstredend als Deutsche erzogen, sogar nationalbewußter als andere, denn für ihre zugewanderten Elternteile war Deutschland das Land ihrer Sehnsüchte, das zwar im harten Alltag seinen Märchenglanz verloren hatte, trotzdem aber immer noch sehr viel Ansehen genoß.

Bei den muslimischen Türken hingegen genießt Deutschland nicht viel Ansehen, viele sind nicht stolz darauf, gerade hier zu leben. Für sie steht Deutschland für Wohlstand und viele Verwandte in greifbarer Nähe. Geheiratet wird untereinander. Spätestens im Alter geht es ins hier erarbeitete Häuschen in der Türkei. Wozu sich also integrieren?

Grenze zum Mißbrauch

Von Hans Heckel

Überraschend ist nur der – späte – Zeitpunkt. Das Murren in der Anhängerschaft der CDU, ihre Partei „sozialdemokratisiere“ sich zusehends zur Unkenntlichkeit, ist seit Jahren zu vernehmen. Angetrieben wurde die Unruhe nicht zuletzt durch den unscharfen Eindruck, den Angela Merkel an der Basis hinterläßt.

Einerseits wird sie geachtet, von manchen gar leise bewundert, für die unprätentiöse Art, in der sie die Union aus den Tiefen der Spendenaffäre von 1999/2000 Schritt für Schritt wieder an die Macht führte und seit 2005 das nolens volens schwankende Schiff einer Großen Koaliton steuerte. Andererseits forschen selbst überzeugte Merkelianer vergebens nach einem klaren politischen Standpunkt der Kanzlerin. Vorgänger Gerhard legte zwar einige Volten hin: Erst linker Juso-Chef, dann sanft roter Volksbeglücker von Hannover, danach Spaßkanzler und schließlich harter Agenda-Mann. Aber Schröder verband solche Sprünge stets mit dem großen Auftritt, mit dramatischen, laut in die Öffentlichkeit getragenen Erklärungen. Das machte seine jeweilige Position zumindest für jedermann sichtbar.

Wenig davon bei Merkel. Bislang konnten ihr Unmutsäußerungen über ihre unklare Position indes nicht viel anhaben. Sie konnte es sich offenbar leisten, das Murren zu überhören. Doch nun, da dramatische inhaltliche Weichenstellungen auf dem Plan stehen, wird Führung verlangt, und zwar auch weltanschauliche und nicht bloß die, welche sich im Austarieren streitender Lager und Personen erschöpft, in der reinen Machtbalance also.

> Merkel muß klären: Steht die CDU noch zur Marktwirtschaft?

Die Standardbegründung für den uferlosen Staatsinterventionismus, die aus dem Umfeld der Kanzlerin zu hören ist, lautet, zu all den Milliardenhilfen gebe es (um den Preis einer Katastrophe) keine Alternative. Das mag in Teilen stimmen und wird dann selbst von entschiedenen Marktwirtschaftler resigniert eingestanden. Doch kann dies keine Ausrede dafür sein, daß jedwede marktwirtschaftliche Ordnungsregel scheinbar ohne Ansehen des Falls übergangen wird. Die Banken, die Industrie, die Bauern, bald wohl auch die Versicherer – immer länger wird die Liste der Sektoren, aus denen nach staatlichen Rettungsschirmen gerufen wird.

Spätestens der Fall von Schaeffler und Conti läßt den Verdacht aufkommen, daß dabei die Grenzen zum Mißbrauch fließend sind. Beide Unternehmen haben sich mit teuren Übernahmen verzockt und rufen jetzt nach dem Staat, die unionsgeführten Länder Bayern und Niedersachsen öffnen prompt die Börsen ihrer Bürger.

Hier vermählen sich regionale Standortpolitik und sozialismusverdächtige Staatsintervention zu einem Gebräu, das die CDU-Chefin und Kanzlerin nicht schlucken darf, ohne daß die Glaubwürdigkeit der Union als marktwirtschaftliche Partei weiteren Schaden nimmt.



Fremdwort Eigenverantwortung: Maria Elisabeth Schaeffler, 1941 in Prag geboren, hat sich mit der feindlichen Übernahme des Autozulieferers Continental schwer verhoben. 22 Milliarden Euro Schulden sollen ihre Schaeffler KG und die Continental AG zusammen haben. Jetzt sollen Bayern und Niedersachsen – also der Steuerzahler – mit einer Milliarde aushelfen. Es wäre ein sozialer und ordnungspolitischer Sündenfall.

Bild: pa

Auf ein Wort



Wer die Geschichte ignoriert, der hat keine Zukunft

Von Jörg Schönbohm

Beinahe hätte niemand Notiz davon genommen, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich erstmals in ihrer Amtszeit der Birthler-Behörde eine Visite abstattete. Die Resonanz in den Medien war eher verhalten. Aufmerksamkeit erweckte der Besuch erst, nachdem Peter-Michael Diestel, Parteifreund der Kanzlerin und ehemals Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident der DDR, den Besuch des Stasi-Archivs als ein „falsches Signal“ bezeichnete. Er sei es schlichtweg satt, 45 Jahre DDR „auf das Thema Stasi“ zu reduzieren, so Diestel in einem Interview. Außerdem dürfe man nicht vergessen, daß die Stasi juristisch gesehen „keine kriminelle Vereinigung“ gewesen sei. Zudem kenne er viele „führende Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit (MfS), die einen hervorragenden Beitrag geleistet haben beim Aufbau der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung“. Daher hätte er es auch als richtig empfunden, wenn die Stasi-Bestände unmittelbar nach der Wende vernichtet worden wären.

Diese Ansicht teilt Diestel mit zahlreichen Politikern der Linkspartei. Regelmäßig stellen die SED-Nachfolger den Sinn und Zweck der Behörde in Frage und fordern unverhohlen ihre vorzeitige Auflösung. Auch der Parteivorsitzende der Linken Oskar Lafontaine meinte diesbezüglich, daß Deutschland andere Sorgen habe als etwaige Stasi-Spitzel zu überführen.

Es stimmt natürlich, daß unser Land in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise alle Kraft benötigt, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir die Augen vor unserer Vergangenheit verschließen dürfen. Wer die Geschichte ignoriert, hat auch keine Zukunft.

Auch 20 Jahre nach dem Mauerfall kommt der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) eine wichtige Aufgabe zu. Fast 40 Millionen Karteikarten und über 180 Kilometer Aktenordner bilden das weltweit größte und umfassendste Archiv des kommunistischen Repressionsapparats. Seit 1991 gab es über sechs Millionen Anträge auf Akteneinsicht. Im gleichen Zeitraum wurden über 500 000 Anträge zu Fragen der Rehabilitierung, Wiedergutmachung oder Strafverfolgung bearbeitet. Das Interesse der Bürger an den Stasi-Akten ist ungebrochen. Für viele, die in der DDR unter Verfolgung und Unterdrückung litten, ist die Einsichtnahme in die Akten ein wichtiges Mittel, um das Erlebte zu verarbeiten. Die Opfer haben einen Anspruch auf Aufklärung.

> Manche hätten gerne die Vernichtung der Stasi-Akten gesehen

Die Forschungsergebnisse der Birthler-Behörde klären jedoch nicht nur über Verbrechen der Vergangenheit auf, sondern legen auch die Struktur von alten Stasi-Cliquen in der Gegenwart offen. So läßt sich beispielsweise mit Hilfe der MfS-Unterlagen nachweisen, daß von den knapp 200 Abgeordneten, die die Linke zurzeit in bundesrepublikanische Parlamente entsendet, jeder zehnte als IM für die Stasi gespitzelt hat. Nach wie vor geben die ehemaligen Verantwortungsträger und Systemprofiteure in der Linkspartei den Ton an.

Verständlicherweise legen die Täter von einst keinen gesteigerten Wert darauf, daß die Arbeit der Birthler-Behörde fortgesetzt und noch mehr über die Vergangenheit zu Tage gefördert wird. Hier wird ganz gezielt versucht, die eigenen Verstrickungen im SED-Unrechtsstaat zu verschleiern.

Ungeniert organisieren sich ehemalige MfS-Leute heute in regelrechten Stasi-Traditionsvereinen. Das „Schwert und Schild der Partei“ lebt weiter in zahllosen Interessensverbänden mit so wohlklingenden Namen wie „Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde“ (GBM), „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GRH) oder „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (ISOR).

Selbst ranghohe Offiziere des MfS sehen heute nichts Anrüchiges mehr daran, sich zu Ehemaligen-Konferenzen zu treffen. Ausgelassen frönt man dort dem Geschichtsrevisionismus, parliert über die „Erfolgsbilanz“ der Stasi und feiert sich selber als „Kundschafter des Friedens“.

> Ranghohe Stasi-Offiziere parlieren stolz von ihren »Erfolgen«

Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil in der öffentlichen Wahrnehmung der menschenverachtende Charakter des DDR-Regimes zunehmend in Vergessenheit gerät.

Gezielte Geschichtsverfälschung und die sogenannte Ostalgie lassen letztlich nur noch die Erinnerung an einen vermeintlich fürsorglichen Solidarstaat zurück – die DDR als „gutgemeintes, aber leider mißglücktes Experiment“. Kaum einer spricht noch aus, was die DDR wirklich war: eine verbrecherische Diktatur. Die Mauertoten, die Unterdrückung der Opposition, die gesellschaftliche Indoktrination und die Beschränkung der Meinungs- und Reisefreiheit sprechen eine andere Sprache.

Das systematische Vergessen und Verdrängen hat katastrophale Folgen. Eine im vergangenen Jahr durchgeführte Schülerumfrage ergab, daß nur etwa die Hälfte der Befragten die DDR für eine Diktatur hält. Ein Drittel der Pennäler gab sogar an, daß die Stasi in ihren Augen ein ganz normaler Geheimdienst gewesen sei, wie ihn jeder Staat hat.

Auch in diesem Bereich kommt der Birthler-Behörde eine wichtige Aufgabe zu. Neben der Erforschung von Struktur und Wirkungsweise des Stasi-Apparates zählt eben auch die historisch-politische Bildungsarbeit und die gesellschaftliche Werteerziehung zu ihrem zentralen Auftrag. Durch vielfältige Informations- und Bildungsangebote trägt die Birthler-Behörde aktiv zur Entwicklung eines gesamtdeutschen Geschichtsverständnisses bei.

Insbesondere der jungen Generation muß vermittelt werden, daß die DDR und die Stasi nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Sie gehören untrennbar zusammen. Natürlich darf die DDR nicht auf ihren Geheimdienst reduziert werden. Dennoch wäre der Arbeiter- und Bauernstaat ohne den Repressions- und Überwachungsapparat des MfS nicht denkbar gewesen.

Geradezu symbolhaft steht die Birthler-Behörde für den anhaltenden historischen Aufarbeitungswillen unserer wiedervereinigten Nation. Daß diese Aufarbeitung auf der Grundlage der Stasi-Unterlagen heute möglich ist, ist nicht zuletzt ein Vermächtnis der friedlichen Revolution von 1989. Dieses wertvolle Vermächtnis gilt es zu beschützen und zu bewahren.

Eine große Fülle von Talenten

Vor 200 Jahren wurde Felix Mendelssohn-Bartholdy geboren – Das Musikleben seiner Zeit geprägt

Zum dritten Mal seit 2007 wird der Mendelssohn-Preis der Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Stiftung in Leipzig vergeben. Die diesjährigen Preisträger sind Helmut Schmidt, Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly und der Schauspieler Armin-Mueller Stahl. Die Preise werden am 2. Februar während eines festlichen Gala-Konzerts im Gewandhaus überreicht.

Auch wenn Felix Mendelssohn-Bartholdy am 3. Februar 1809 in Hamburg geboren wurde und in Berlin aufwuchs, so ist der Name des Meisters der klassischen Musik vor allem mit Leipzig verbunden. Dort wirkte er zwölf Jahre lang als Kapellmeister im Gewandhaus. Heute ist die Stadt das Zentrum der Mendelssohn-Forschung. Sie beherbergt die Gesamtausgabe seiner Werke (Sächsische Akademie der Wissenschaften) und Briefe (Universität Leipzig und Deutsche Forschungsgemeinschaft) und bewahrt seine letzte und einzige private Adresse. 1845 war Mendelssohn mit seiner Frau und den fünf Kindern in die heutige Goldschmidtstraße 12 gezogen. Sein Musiksalon wurde schnell zum Treffpunkt berühmter Zeitgenossen, wie Clara Schumann, Franz Liszt, Hector Berlioz, Niels W. Gade und Joseph Joachim. Mit großer Energie engagierte sich der Hausherr für deren Musik und für Uraufführungen ihrer Werke im Gewandhaus.

Als Erster vom Pult aus dirigiert

1991 wurde auf Initiative von Kurt Masur die Internationale Mendelssohn-Stiftung gegründet. Dank deren Engagement ist die Mendelssohnsche Wohnung in der Beletage des spätklassizistischen Gebäudes seit November 1997 in ihrem Originalzustand wieder zugänglich. In dem berühmten Musiksalon finden sonntags auch wieder Konzerte statt. Eine Entdeckung sind die Zeichnungen und Aquarelle von Mendelssohns Hand. Sie offenbaren die Vielfalt seiner Talente. Das Haus beherbergt außerdem das Musikwissenschaftliche Institut der Universität Leipzig samt seiner Bibliothek.

Für keinen anderen Komponisten gibt es mehr Denkmale in Leipzig als für Felix Mendelssohn-Bartholdy. Außer der 1947 in der Parkanlage am Mendelssohn-Ufer an der Beethovenstraße / Harkortstraße aufgestellten Bronze-Büste von Walter Arnold entstanden alle nach der Wende. Am 10. März 1993 wurde im Foyer des Neuen Gewandhauses die Bronzestatue von Joachim Jastram enthüllt. Es war das erste Denkmal in Leipzig nach der Wende überhaupt. Zur Eröffnung des Mendelssohn-Museums erhielt der Eingang ein Porträtrelief und der Garten eine von Felix Ludwig geschaffene Bronze-Büste.

Im selben Jahr schuf Gottfried von Stockhausen in der Thomaskirche ein Memorialfenster (Südfront). Zuletzt wurde am 18. Oktober 2008 gegenüber der Thomaskirche der Nachbau des Mendelssohn-Denkmals feierlich enthüllt, das einst vor dem Alten Gewandhaus stand.

Als Sohn des Bankiers Abraham Mendelssohn und Enkel des berühmten Philosophen Moses Mendelssohn fehlte es weder am Willen, noch an den Mitteln, Felix Mendelssohns herausragende musikalische Begabung von Klein an zu fördern. Die Beifügung des Namens „Bartholdy“ erfolgte, nachdem die jüdische Familie 1816 zum Christentum konvertiert war. Als Mittler zwischen den Religionen kommt Felix Mendelssohn-Bartholdy heute noch eine große gesellschaftliche Relevanz zu. Spiegelt seine Kirchenmusik, in deren Mittelpunkt die Oratorien „Paulus“ und „Elias“ stehen, doch drei Konfessionen wider.

Bereits mit neun Jahren gab Felix sein Konzertdebüt. Zu jener Zeit schrieb er bereits kleinere Kompositionen. Seine erste Sinfonie für Streicher schuf das „Wunderkind“ mit zwölf, die weltberühmte Ouvertüre zu William Shakespeares „Sommernachtstraum“ mit gerade 17 Jahren. Bereits 1822 wurden die ersten Werke des damals 13jährigen aufgeführt. Bei seinem frühen Tod – Mendelssohn wurde nur 38 Jahre alt – hinterließ er ein Œuvre von über 400 Kompositionen.



Genialer Musiker: Felix Mendelssohn-Bartholdy mit seiner Schwester Fanny, die sich als Komponistin auch einen Namen machte Bild: Ullstein

Zu seinen größten Verdiensten gehört zweifellos die Wiederentdeckung der Werke Händels und Bachs. Mit der Aufführung der Matthäus-Passion in der Berliner Sing-Akademie leitete Mendelssohn 1829 die Bach-Renaissance ein. Es war die erste Wiederaufführung der Passion seit Bachs Tod 1750. Sechs Jahre später wurde Mendelssohn mit 26 Jahren die permanente Leitung der Gewandhauskonzerte angeboten, eine der herausragendsten Stellen, welche die deutsche Musikwelt damals zu vergeben hatte. Mendelssohn war der erste Berufsdirigent, der nicht von seinem Instrument mit Hand- und Körperbewegungen, sondern von einem Dirigentenpult aus und mit einem Taktstock dirigierte. Unter seiner Leitung wurde Leipzig in den folgenden Jahren zu einem der wichtigsten Musikzentren Europas. Dazu reformierte Mendelssohn das städtische Musikleben grundlegend. Er setzte durch, daß das Gewandhausorchester unter städtisches Patronat gestellt wurde, die Musiker fest angestellt waren und Gehälter erhielten. Seinem Einsatz verdankt Deutschland auch die Gründung der ersten Musikschule. Mit der Eröffnung des Leipziger Konservatoriums 1843 wurden wesentliche Voraussetzungen für eine gründlichere Ausbildung junger Musiker geschaffen.

Bereits 1841 hatte König Friedrich Wilhelm IV. Mendelssohn nach Berlin berufen, um das dortige Musikleben und die Akademie der Künste zu beleben. Der preußische König hatte hochfliegende Pläne. Zwar wurde Mendelssohn im Herbst 1842 zum Preußischen Generalmusikdirektor ernannt. Doch Berlin zur Kunsthauptstadt im deutschsprachigen Raum zu machen, wollte sich nicht so recht realisieren lassen. Mendelssohn ließ sich daher von seinen Gewandhaus-Aktivitäten nicht abhalten, trotz der bis 1845 andauernden Verpflichtung in Berlin.

Am 18. März 1847 trat Mendelssohn letztmalig im Gewandhaus als Dirigent auf und legte einen Tag später die Leitung der Gewandhauskonzerte nieder. Seit Jahren plagten ihn physische und seelische Leiden. Nach zwei schweren Schlaganfällen starb er am 4. November 1847. Die Trauerfeier fand am 7. November in der Pauli-nerkirche statt. Noch am Abend wurde der Leichnam mit einem Extrazug nach Berlin überführt. Die Gräber der Familie Mendelssohn-Bartholdy befinden sich auf dem Dreifaltigkeits-Friedhof in Kreuzberg.

Nach dem Tod geriet der größte Teil des Mendelssohnschen Werkes in Vergessenheit. Mit Kurt Masur begann von Leipzig aus die Mendelssohn-Renaissance, zunächst mit den herausragenden Interpretationen der Jugendsinfonien, die der Maestro 1972 mit dem Gewandhausorchester eingespielt hatte. Wenig später folgten weitere Aufnahmen der Hauptwerke Mendelssohns, die dessen Ruf als Komponist von Weltgeltung nur bestätigten. *Helga Schnehagen*

MELDUNG

Preußische Schätze

Potsdam – Immer noch sind viele Kunstwerke verschollen, die zuvor in den preußischen Schlössern bewundert werden konnten. So freuen sich die Museumsfachleute besonders, wenn es ihnen gelingt, das eine oder andere Werk zurückzukaufen oder einen vergleichbaren Ersatz zu finden. Im aktuellen Besuchermagazin der Preußischen Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg „Porticus“ berichtet Schlösserdirektor Burkhardt Göres über die jüngsten Neuerwerbungen. Der Rückkauf eines Bildnisses des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg (1546–1608) sei ein Glücksfall, so Göres, da fast alle anderen Porträts aus dieser Reihe seit 1945 als verschollen galten. Nun wird das aus dem 17. Jahrhundert stammende Gemälde seinen Platz im Jagdschloß Grunewald finden, das zu Pfingsten nach langer Renovierung wieder eröffnet wird. Eine Miniatur des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und seiner Gemahlin Luise zeigt eine der frühesten Darstellungen des späteren Herrscherpaares. Auch dieser Kauf war ein Glücksfall, da nahezu die gesamte Miniaturensammlung der preußischen Schlösser zu den Nachkriegsverlusten gehört. Ein „Ersatz“ ist auch eine Marmorbüste Friedrich Wilhelms IV., die Christian Daniel Rauch 1851 schuf. Dieses eindrucksvolle Altersbildnis des Königs wird seinen Platz in Schloß Charlottenburg finden.

Nachkriegsverluste rissen große Lücken

Auch in der angewandten Kunst haben die Schloßmuseen große Verluste hinnehmen müssen. So freut man sich jetzt über einen Deckelpokal mit einer Ansicht von Berlin. C. G. Schneider aus dem schlesischen Warmbrunn schuf ihn um 1742. Jetzt soll der Glaspokal den Speisesaal von Schloß Babelsberg schmücken. In der Abteilung Möbel gelang der Kauf eines drehbaren Schreibtischsessels von David Roentgen (um 1785/90) für das Marmorpalais. – Jede Neuerwerbung schließe eine Lücke und sei „ein kleiner Schritt zur Vollendung der Gesamtkunstwerke“, so Burkhardt Göres. *os*

Harmonischer Zusammenklang von Licht und Farbe

Die Bremer Liebermann-Sammlung ist jetzt in der Berliner Villa des Künstlers am Wannsee zu sehen

Der Bremer Kunsthistoriker und Museumsdirektor Gustav Pauli (1866–1938) war von Beginn an ein entschiedener Förderer des Malers Max Liebermann (1847–1935). Als Anhänger der impressionistischen Moderne und als Freund Liebermanns legte er den Grundstein für die einmalige Liebermann-Sammlung der Kunsthalle Bremen, um die sich auch die nachfolgenden Direktoren, Emil Waldmann und Günter Busch große Verdienste erworben haben.

In der aktuellen Ausstellung unter dem Titel „Die Papageienallee am Wannsee“, die in der Liebermann-Villa am Wannsee zu sehen ist, werden über 40 Gemälde, Zeichnungen und Graphiken gezeigt. Es sind Hauptwerke der Bremer Sammlung, die zum Teil noch nie außerhalb der Hansestadt zu sehen waren. Dazu gehören so berühmte Gemälde wie die „Papageienallee“, „Die Kuhhirtin“, das große „Selbstporträt“ von 1916 sowie seltene Drucke und Handzeichnungen.

Die Sammlung umfaßt die gesamte Breite von Liebermanns Schaffen: das holländische Frühwerk mit Darstellungen vom kargen Leben auf dem Land ebenso wie die ab 1900 entstandenen Bilder von sommerlichen Stränden, dazu Kaffeegärten sowie Ansichten des blühenden Gartens in Wannsee. Das Ausstellungsprojekt bietet für kurze Zeit die einmalige Chance, diese internationale Spitzensammlung in Berlin zu sehen.

Das offene und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Max Liebermann und Gustav Pauli erfuhr nach Paulis Wechsel als Nachfolger Alfred Lichtwarks 1914 an die Hamburger Kunsthalle eine Intensivierung. Bei fast jeder Dienstreise besuchte er Liebermann und dessen Familie, sowohl im Haus des Künstlers am Pariser Platz als auch in der Villa am Wannsee.

Im Jahr 1909 hatte Liebermann ein großes Grundstück am Wannsee erworben. Dort ließ er sich von dem damals bekannten Architekten Paul Otto Baumgarten ein komfortables Landhaus errichten.



Max Liebermann: Papageienallee (Öl, 1902) Bild: Lars Lohrisch

Den 7000 Quadratmeter großen Garten entwarf Liebermann selbst, in enger Zusammenarbeit mit seinem Freund Alfred Lichtwark.

Der Garten ist eines der herausragenden Beispiele der Reformbewegung in der Gartenkunst nach 1900. In diesem Freiluftatelier entstanden über 230 Ölgemälde und zahlreiche Pastelle sowie Zeichnungen, von denen eine stattliche Anzahl 2004 in Hamburg und Berlin ausgestellt wurden.

Bald 100 Jahre nach dem Erwerb des Anwesens durch den Maler und nach einer durchaus wechselvollen Geschichte begann die Max-Liebermann-Gesellschaft mit der Wiederherstellung des Künstlerhauses und des ehemaligen Gartenparadieses. 2006 waren die Arbeiten abgeschlossen. Heute ist dort eine Möglichkeit, die Werke des Malers angemessen auszustellen.

Mit der Präsentation der Bremer Sammlung sind auch einige Bilder an der Ort ihrer Entstehung zurückgekehrt, darunter die große „Blumenterrasse“, die vor allem durch die leuchtend bunten Geranien fasziniert und die 1924 im Atelier am Wannsee entstand. Freunde der Kunst Liebermanns aber wird auch die berühmte „Papageienallee“ erfreuen. Ein Motiv, das Liebermann mehrmals im Amsterdamer Zoo gemalt hat. „Das Bild ist ein harmonischer Zusammenklang aus Licht und Farbe, ein Paradestück des Impressionismus“, schwärmt Martin Faass, Leiter des Museums in der Liebermann-Villa. „Liebermann entwirft darin die Vision eines irdischen Paradieses, in dem die Begegnung des Menschen mit sich selbst und der Natur zusammenklingt mit der Heiterkeit eines sonnigen Sommertages.“ *Silke Osman*

Die Ausstellung in der Liebermann-Villa, Colomierstraße 3, ist von Oktober bis März mittwochs bis montags von 11 bis 17 Uhr, von April bis September mittwochs bis montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, geöffnet, Eintritt 6 / 4 Euro; bis 4. Mai.

Förderer des Tourismus

Mit dem Beginn des alpinen Tourismus und der Erschließung der Ötztaler Alpen untrennbar verbunden ist der Name des Priesters und Alpinisten Franz Xaverius Senn. Der „Gletscherpfarrer“ kam am 19. März 1831 im zum Ötztal gehörenden Ort Längenfeld zur Welt. Als einfacher Bauernsohn standen ihm an und für sich keine großen Bildungsmöglichkeiten offen. Allerdings hatte der begabte Schüler das Glück, daß er in dem in der Sommerschule als Katechet unterrichtenden Benefizianten Christian Falkner einen verständnisvollen Förderer fand. Dieser ermöglichte dem Bauernbub, auf das Jesuitengymnasium in Innsbruck zu gehen und dort Abitur zu machen. Es folgten ein Jahr Philosophiestudium in München und ab 1853 der Besuch des fürstbischöflichen Seminars in Brixen. Nach der Absolvierung der vorgeschriebenen Kurse in Philosophie und Theologie wurde er 1856 zum Priester geweiht.

Als Kooperator wurde der Neupriester vom Bischof nach Zams ins Oberinntal geschickt. Weitere Stationen waren Serfaus und die Pfarre Landeck, wo er als Kaplan eingesetzt wurde. Nachdem 1860 die Kuratie St. Jakob in Vent frei geworden war, kam er als Provisor ins Tal. Mit der Übernahme dieses Seelsorgepostens im hintersten Ötztal hatte Senn nun erstmals eine eigene Stelle. Bald erkannte der Geistliche, daß der Lebensstandard der ihm anvertrauten Bevölkerung nur durch die Förderung des Tourismus angehoben werden



Franz Senn Bild: Wikipedia

konnte. Seine Idee war es, Wege und Steige anzulegen und Schutzhütten zu errichten. Dabei fand er nicht die von ihm erhoffte Unterstützung durch den 1862 gegründeten Österreichischen Alpenverein. Dieser war eher wissenschaftlich ausgerichtet und fürchtete bei einer nennenswerten finanziellen Unterstützung der Infrastrukturmaßnahmen einen teuren Präzedenzfall. Enttäuscht gründete Senn daraufhin mit Gleichgesinnten am 9. Mai 1869 in München den Deutschen Alpenverein (DAV). Aus dem Verein ist bis heute die größte Bergsteigervereinigung der Welt und der achtgrößte Sportverband Deutschlands geworden. Mit finanzieller Unterstützung dieses Vereins baute Senn die Infrastruktur derart aus, daß er als Begründer des Fremdenverkehrs in Tirol gilt.

Nachdem Senn 1871 in Brixen die Pfarrkonkursprüfung bestanden und damit die Befähigung zur Pfarrführung erworben hatte, bewarb er sich um die frei gewordene Pfarre Nauders im Oberen Gericht. Dem Wunsche wurde 1872 entsprochen. In Nauders hielt es Senn jedoch nicht lange. Es zog ihn zurück in die Berge. 1881 siedelte er als Pfarrer nach Neustift im Stubaital um. Dort lebte Senn noch einmal auf, aber er war bereits mit dem Tuberkelbazillus infiziert. Damals verlief die Krankheit in der Regel tödlich, und so waren auch Senn nur noch wenige Jahre gegeben, trotz Erholungsreise nach Meran. An seiner letzten Wirkungsstätte Neustift verstarb Franz Senn vor 125 Jahren, am 31. Januar 1884. *M. R.*

Deutschlands erster Bundespräsident

Vor 125 Jahren kam Theodor Heuss im schwäbischen Brackenheim zur Welt

Viele Westdeutsche haben als das erste Staatsoberhaupt „Papa Heuss“ in Erinnerung. Aber das Klischee des gemüt- und verständnisvollen Landesvaters wird der vielschichtigen Persönlichkeit des ersten Bundespräsidenten nicht gerecht.

Theodor Heuss war in vielerlei Hinsicht ein typischer Repräsentant des von Frankreich geprägten und liberalen deutschen Südwestens. Am 31. Januar 1884 kam er im schwäbischen Brackenheim als jüngster von drei Söhnen eines späteren Leiters des Heilbronner Tiefbauamtes zur Welt. In Heilbronn besuchte er bis zum Abitur ein humanistisches Gymnasium. Es folgte ein Studium der Volkswirtschaftslehre, aber auch der Kunstgeschichte, hatte Heuss doch durchaus Sinn für das Schöne. Das Studium schloß er in München mit einer Doktorarbeit über ein typisch südwestdeutsches Thema ab: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn.

Schon in diesen Jahren der Ausbildung und Persönlichkeitsreifung schloß sich Heuss dem Nationalsozialen Verein des Liberalen Friedrich Naumann an. Naumann war es denn auch, der den Schwaben im Jahre 1905 in die Reichshauptstadt holte. Heuss hatte zu diesem Zeitpunkt bereits sein Herz für den Journalismus entdeckt und betreute nun in Berlin als Redakteur den kulturell-literarischen Teil der „Hilfe“. Später brachte er sich dann auch in den politischen Teil von Naumanns Zeitschrift ein. 1912 zog es ihn als Chefredakteur der „Neckarzeitung“ kurz in seine Heimat, nach Heilbronn, aber bereits sechs Jahre später kehrte er in die Hauptstadt zurück, wo er in die Geschäftsführung des Deutschen Werkbundes eintrat, einer wirtschaftskulturellen Vereinigung vor allem von Künstlern, Architekten und Unternehmern, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Verschönerung von Industrieprodukten im Stile der Neuen Sachlichkeit bemühte. Ab 1920 war Heuss zusätzlich als Studienleiter und Dozent an der Hochschule für Politik tätig. Daneben betätigte sich Heuss in Berlin wieder journalistisch. Er redigierte bis 1922 die Wochenzeitschrift „Deutsche Politik“, gab von 1923 bis 1926 die Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ heraus und arbeitete anderen Presseorganen des In- und Auslandes regelmäßig zu.



Theodor Heuss mit dem Ehepaar Churchill – eines der wenigen Farbbilder des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Bild: Ullstein

In all dieser Zeit wich Heuss Naumann politisch nicht von der Seite. So war er dabei, als Linksliberale nach der Novemberrevolution die Deutsche Demokratische Partei (DDP) gründeten, deren erster Vorsitzender Naumann wurde. Für die DDP saß Heuss erst in der Schöneberger Bezirks- und später auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Von 1924 bis 1928 und dann wieder ab 1930 gehörte er dem Reichstag an.

Diesem politischen Engagement bereiteten die Nationalsozialisten nach ihrer „Machtergreifung“ schnell ein Ende. Wie seine Parteifreunde stimmte Heuss zwar für das Ermächtigungsgesetz, doch verlor er wie seine Parteifreunde noch im selben Jahr sein Reichstagsmandat. In jenem Schicksalsjahr enthoben die Nationalsozialisten Heuss auch seiner Funktionen beim Deutschen Werkbund und bei der Deutschen Hochschule für Politik. Ein Publikationsverbot zwang ihn 1936, aus der Redaktion und Herausgeberschaft der „Hilfe“ auszuscheiden. Fünf Jahre später fand Heuss jedoch eine feste Beschäftigung bei der „Frankfurter Zeitung“. In dieser liberalen Zeitung fand er mit vorwiegend historischen und kulturpolitischen Beiträgen seine Nische. Auf Anweisung Adolf Hitlers wurde den deutschen Zeitungen allerdings bereits schon im darauffolgenden Jahr verboten, Texte von Heuss abzudrucken. Unter dem Pseudonym „Thomas Brackheim“ und dem Kürzel „r.s.“ veröffentlichte er jedoch weiter in der Presse. Darüber hinaus verfaßte er – diesmal unter eigenem Namen – Biographien, unter anderem über Justus von Liebig und Robert Bosch. Politisch und größtenteils auch journalistisch kaltgestellt, übersiedelte er 1943 aus der Hauptstadt in die Provinz nach Heidelberg.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht erhielt Heuss zusammen mit Rudolf Agricola und Hermann Knorr von der US-Besatzungsmacht die Lizenz, mit der heute noch bestehenden „Rhein-Neckar-Zeitung“ eine der ersten Nachkriegszeitungen herauszugeben. Des weiteren ernannten die US-Amerikaner den Journalisten zum ersten „Kultminister“ des neugeschaffenen Landes Württemberg-Baden, ein Amt, das er bis 1946 bekleidete. Mit anderen Liberalen gründete er 1946 die Demokratische Volkspartei (DVP) für die er erst in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und dann bis 1949 im Landtag Württemberg-Badens saß.

Wenige Monate nach ihrer Gründung wurde Heuss noch im Jahre 1946 Vorsitzender der DVP in der US-Zone. Heuss' politische Karriere nahm Konturen an. Als 1947 die gesamtdeutsche Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gegründet wurde, wurden Heuss und der Vorsitzende der ostzonalen Liberal-Demokratischen Partei (LDP), Wilhelm Külz, deren Vorsitzende. Als das gesamtdeutsche Projekt DPD im Zuge der deutschen Spaltung scheiterte, wurde 1948 als liberale Partei der drei Westzonen die Freie Demokratische Partei (FDP) gegründet. Erster Vorsitzender der Partei und auch ihrer Fraktion im Parlamentarischen Rat wurde Heuss.

Nach der ersten Bundestagswahl und der Bildung einer bürgerlichen Koalition wurde der Vorsitzende der größten Koalitionspartei, der Union, zum Kanzler- und der Vorsitzende der zweitstärksten Kraft, der FDP, zum Präsidentschaftskandidaten. Beide setzten sich mit der Stimmenmehrheit der Regierungskoalition durch. Es spricht für die Beliebtheit von „Papa Heuss“, daß er bei der Wiederwahl 1954 anders als 1949 bereits im ersten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Mit 85,6 Prozent erzielte er das beste Ergebnis, mit dem je ein Bundespräsident aus einer Wahl der Bundesversammlung hervorgegangen ist. Es wurde sogar erwogen, das Grundgesetz zu ändern, um Heuss eine dritte Amtszeit zu ermöglichen, aber der Liberale wollte nach der zwölfjährigen Herrschaft Adolf Hitlers keinen Präzedenzfall schaffen. Nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit 1959 zog er sich in die Heimat und ins Privatleben zurück. Seinen Lebensabend verbrachte Theodor Heuss in einem als Altersruhesitz gebauten Haus in Stuttgart, wo er am 12. Dezember 1963 verstarb. *M. R. / C. W.*

Der echte Robinson Crusoe

Alexander Selkirk überlebte vier Jahre auf einer einsamen Pazifikinsel – Vorbild für Daniel Defoes Roman

Wohl jeder kennt Robinson Crusoe, die Hauptperson des gleichnamigen weltbekannten Romans des englischen Schriftstellers Daniel Defoe (1660–1731). Weniger bekannt ist, daß Defoe sich bei seiner Figur vom Schicksal eines Zeitgenossen hat inspirieren lassen. Der hieß Alexander Selkirk und kam 1676 in Lower Largo in der schottischen Grafschaft Fife zur Welt. Der Sohn eines Schuhmachers und Gerbereibesitzers zeigte schon in der Jugend eine rebellische Ader. So wurde er 1695 wegen ungebührlichen Verhaltens in der Kirche vor die Kirchenversammlung geladen. Ein sittsames Leben war nicht sein Ding. Vielmehr neigte er zu Alkohol und Schlägereien, und schon früh fand er Freude an der Freibeuterei. Als er wieder einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten war, entzog er sich der Strafverfolgung, indem er auf dem englischen Kaperschiff „St. George“ als Segelmeister anheuerte.

Im Gegensatz zu Crusoe hatte Selkirk sein Schicksal selbst gewählt

1703 stach die „St. George“ mit Selkirk an Bord in See, um ausgestattet mit einem britischen Kaperbrief vor der Küste Südamerikas Jagd auf französische und spanische Schiffe zu machen. Als die erhoffte Beute ausblieb, geriet Selkirk mit dem Kapitän William Dampier in Streit und wechselte auf die die „St. George“ begleitende „Cinque Ports“. Im Oktober 1704 landeten die Schiffe auf der Isla Ma a Tierra, da ihnen Süßwasser und Nahrungsmittel auszugehen drohten. Die seit 1966 „Isla Róbinson Crusoe“ heißende Insel gehört zum heutigen Juan-Fernández-Archipel, liegt auf der Höhe von Santiago etwa 670 Kilometer vor der chilenischen Küste, mißt 93 Quadratkilometer Fläche und war damals noch unbewohnt. Bei einer Inspektion stellte sich heraus, daß Selkirks Schiff stark durch Bohrmuscheln beschädigt war. Angesichts dieser Beschädigungen hielt Selkirk es für zu gefährlich, mit der „Cinque Ports“ wieder in See zu stechen. Allerdings stand er mit seiner Meinung alleine. Sein Kapitän zwang ihn jedoch nicht, weiter mitzufahren, sondern ließ ihn an Land zurück, zusammen mit einer Muskete mit Schießpulver und Kugeln, Tabak, Feuerstein, einem Kleidersack, einem Beil, einem Messer, Handwerkszeug, einem Kochkessel, einer Bibel sowie Nahrungsmitteln für zwei Mahlzeiten.

Selkirks Widerstand war gut begründet. Wenig später ging die „Cinque Ports“ mit dem größten Teil ihrer Besatzung unter. Selkirk hingegen fand auf der Insel, was er zum Überleben brauchte. Es gab Trinkwasser, Früchte, Gemüse, Fische, Schalentiere und Robben. Später ernährte sich Selkirk auch von den sogenannten Juan-Fernández-Schafen, Nachkommen der Ziegen, die der Seefahrer Juan Fernández 1574 auf die Insel gebracht und dort ausgesetzt hatte. Sie gaben ihm Fleisch, Milch und Leder, aus denen er sich, nachdem seine Kleidung verschlissen war, mit Hilfe eines Nagels neue nähte. Erst erlegte er sie mit der Muskete. Als ihm die Munition ausgegangen war, jagte er ihnen hinterher und fing sie, und schließlich ging er dazu über sie zu züchten. Der von den Seefahrern eingeschleppten Ratten erwehrte er sich, indem er wilde Katzen domistizierte und sich nachts in deren Nähe aufhielt. Pimentbäume dienten ihm zum Hüttenbau. Seelischen Halt fand er in dieser einsamen Zeit in der Bibel.

Auf der Suche nach Rettung erklomm Selkirk täglich einen 565 Meter hohen Grat in den Bergen, von wo aus er einen guten Blick über die gesamte Insel und auf den Pazifik hatte. 1709 war es dann soweit. Am 31. Januar gingen die beiden britischen Kaperschiffe „Duke“ und „Dutchess“ in der Bahía Cumberland vor Anker. Als Besatzungsmitglieder seine Insel betraten, begrüßte Selkirk seine Landsleute und bewirtete sie mit Ziegeneintopf. Am 2. Februar wurde Selkirk auf die „Duke“ gebracht. Deren Kapitän Woodes Rogers hat diesen Vorgang in einem Bericht über seine dreijährige Weltumseglung wie folgt beschrieben: „Unsere Pinasse kehrte unverzüglich vom Ufer zurück und brachte Bach-Krebse im Überfluß mit wie auch einen Mann, der mit Ziegenfellen bekleidet war und wilder anmutete als deren ursprüngliche Besitzer. Er hatte vier Jahre und vier Monate auf der Insel zugebracht.“ An Bord der „Duke“ wurde Selkirk als Maat eingestellt. Am 14. Oktober 1711 liefen „Duke“ und „Dutchess“ nach erfolgreicher Kaperfahrt in den Hafen von Eith, einer Kleinstadt östlich von London ein. Insgesamt war Selkirk acht Jahre, einen Monat und drei Tage unterwegs gewesen.

Der wahre Robinson Crusoe war ein trinkfreudiger Raufbold und Abenteurer

Nach seiner Rückkehr in die Heimat setzte Selkirk sein unstetes Leben fort. Er brannte mit einem 16jährigen Milchmädchen nach London durch und heiratete in Plymouth eine verwitwete Gastwirtin. Daraufhin wurde er des Heiratsschwindels bezichtigt. Und wieder scheint Selkirk sich daraufhin der Strafverfolgung durch Anheuern auf einem Schiff entzogen zu haben. Auf schwankendem Boden schlug denn auch Selkirk die letzte Stunde. Auf der britischen „Wymouth“ verstarb er am 12. Dezember 1721, vermutlich an Gelbfieber. Sein Seemannsgrab liegt vor der Küste Guineas.

Bereits zu Selkirks Lebzeiten, im Jahre 1712, war ein Bericht über sein Abenteuer in Rogers' Buch „Cruising Voyage“ erschienen. Im darauffolgenden Jahr folgte zum selben Thema ein Beitrag von Richard Steele in dessen Zeitschrift „The Englishman“. Vermutlich ließ sich Defoe durch diesen Text zu „Robinson Crusoe“ anregen, der mit seinem Erscheinungsjahr 1719 als der erste englische Roman gilt. Angeblich soll Defoe sogar Selkirk persönlich in einem heute noch existierenden Pub in Bristol getroffen haben. *Manuel Ruoff*

Als Konstrukteur so aktiv wie als Unternehmer

Vor 75 Jahren starb der Flugzeugbauer und Luftfahrtunternehmer Hugo Junkers

Hugo Junkers besaß als Konstrukteur wie Unternehmer eine beneidenswerte Phantasie, aber Weltwirtschaftskrise und „Machtergreifung“ kosteten ihn sein Lebenswerk.

Hugo Junkers kam am 3. Februar 1859 als drittes von sieben Kindern des Fabrikanten Heinrich Junkers und dessen Ehefrau Luise im rheinischen Rheydt zur Welt. Junkers besuchte die Höhere Bürgerschule in seiner Geburtsstadt, wechselte nach der Untersekunda 1874 an die Gewerbeschule in Barmen und legte dort 1878 das Abitur ab. Einem Praktikum in einer Maschinenfabrik in Rheydt folgte ein technisches Studium. Junkers begann an der Königlichen Gewerbeakademie in Berlin und wechselte nach einem Semester an die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg, die er 1881 Richtung Aachen verließ, wo er 1883 an der Technischen Hochschule das Examen zum Regierungsmaschinenbauführer machte. Nach diversen Anstellungen als Konstrukteur bei verschiedenen Firmen, während der er sich an der Technischen Hochschule weiterbildete, zog es ihn 1887 nach Berlin, wo er Schüler von Professor Adolph Slaby an der TH in Charlottenburg wurde. Slaby vermittelte Junkers nach Dessau an die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft (Contigas), um dort als Ingenieur bei der Konstruktion von Gasmotoren zu helfen.

Nun zeigte sich neben dem naturwissenschaftlichen das unternehmerische Talent Junkers. Im Jahre 1889 gründete er in Dessau mit Wilhelm von Oechelhaeuser, dem gleichnamigen Sohn des Contigas-Generaldirektors, eine Versuchsstation für Gasmotoren. 1892 gelang den beiden die Entwicklung des ersten Zweizylinder-Gegenkolben-Gasmotors. Da die Kenntnis des Heizwertes des eingesetzten Gases entscheidend für die Betriebsweise des Motors ist, entwickelte Junkers zeitgleich ein Gerät zur Messung dieses Heizwertes, den „Kalorimeter“. Ebenfalls 1892 gründete er in Dessau seine erste eigene Firma namens „Hugo Junkers – Civilingenieur Dessau“. Auf der Grundlage des Kalorimeters entwickelte er zwei Jahre später den ersten stehenden Gasbadeofen, den „Flüssigkeitserhitzer“. Kalorimeter, Warmwasser-Durchlauferhitzer, die sogenannten Junkers-Gasbadeöfen, und Gasdruckregler bildeten das Sortiment der Warmwasserapparatefabrik „Junkers & Co.“, die Junkers 1895 in das Handelsregister der Stadt Dessau eintragen ließ. In den folgenden Jahren baute er die Produktpalette mit Eigenentwicklungen systematisch aus, wozu auch das aus dem statisch feststehenden Gasbadeofen hervorgegangene leichte, an der Wand befestigte Modell namens „Junkers-Gastherme“ gehört.

Junkers hatte sich damit ein wirtschaftliches Standbein geschaffen, das ihm erlaubte, seiner Experimentierlust weiter nachzugehen. 1897 wurde er als ordentlicher Professor für Thermodynamik an die Technische Hochschule Aachen berufen. Dort wurde er zum Kollegen des Professors Hans Jacob Reissner, der ihn für die Luftfahrt begeisterte. Nachdem Junkers sich ja bereits mit dem Motorenbau beschäftigt hatte, widmete er sich nun auch der Aerodynamik. So wurde auf seine Initiative hin 1910 an der TH Aachen ein Windkanal gebaut. Neuland betrat er mit der „körperlichen Gestaltung der Tragflächen“, die nun aus Metall, unverspannt und freitragend sind. Die Innovation beim Flügelmaterial übertrug Junkers auf den Rumpf, und 1915 entstand in seiner Fabrik mit der J 1 das weltweit erste Ganzmetallflugzeug.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gründete Junkers auf Druck der Obersten Heeresleitung, die an einer Konzentration der


Hugo Junkers im Jahre 1931 in Berlin-Tempelhof bei der Vorführung des ersten Dieselflugmotors — Bild: pa

Kräfte interessiert war, mit Anton Herman Gerard Fokker 1917 die „Junkers & Fokker AG“ (IFA), die Militärflugzeuge herstellte. Mit dem „Eindecker-Flugzeug mit selbsttragenden Flügeln“, das Junkers 1918 zum Patent anmeldete, gelang dem Flugzeugbauer noch im Krieg eine weitere Innovation. Nach dem Krieg schied Fokker aus dem gemeinsamen Unternehmen aus, und aus der IFA wurde die „Junkers Flugzeugwerk AG“ mit Sitz in Dessau. 1919 präsentierte Junkers mit der F 13 das erste Ganzmetallkabinenverkehrsflugzeug der Welt. Noch im selben Jahr konnte mit acht Personen ein Höhenweltrekord aufgestellt werden. Der einmotorige Tiefdecker trug wesentlich zum Beginn der deutschen Verkehrsluftfahrt bei.

Junkers hatte die innovative Geschäftsidee, Abnehmer seiner eigenen Produkte zu werden. 1921 entstanden die „Junkers Luftbild“ die mit Junkers-Maschinen Luftbildvermessungen und geologische Erkundungen aus der Luft vornahm, sowie die „Abteilung Luftverkehr“, die Inlandflüge mit Flugzeugen von Junkers anbot. Aus letzterer ging 1924 die „Junkers Luftverkehr AG“ hervor, die ihrerseits 1926 auf Druck der Reichsregierung mit der „Deutschen Aero-Lloyd“ zur „Deutschen Luft-Hansa AG“ zusammengeschlossen wurde.

Doch nicht nur als Unternehmer und im Flugkörperbau, sondern auch im Triebwerksbau besticht Junkers durch seine Phantasie, beispielsweise in der Verwendung von Diesel als Antriebsmittel. 1929 bestand der erste betriebsbereite Junkers-Gegenkolben-Schweröl-Flugmotor einen Flugtest. Im darauffolgenden Jahr wurde die „Gesellschaft für Junkers Diesel-Kraftmaschinen mbH“ gegründet. Ebenfalls 1930 wurde die einmotorige Ju 52 fertiggestellt, der sogenannte Fliegende Möbelwagen. Zum Inbegriff der „Tante Ju“ wurde jedoch die wenige Jahre später nachgeschobene dreimotorige Variante. Diese Ju 52/3m wurde zum Standardflugzeug vieler Fluggesellschaften und im Zweiten Weltkrieg zum Lastesel der Luftwaffe.

Die Achillesferse der unter ihrem umtriebigen Namensgeber schnell expandierenden Junkers-Gruppe war ihre Liquidität. Das hatte schwerwiegende Konsequenzen, als während der aus den USA importierten Weltwirtschaftskrise Liquidität knapp wurde. 1932 mußten die Junkers-Werke die Zahlungen einstellen und Vergleich beantragen. Der gerichtlich eingesetzte Treuhänder bescheinigte dem Konzern Solidität und ein hohes wissenschaftliches Know-how, aber eben auch die Illiquidität. Nolens volens verkaufte Junkers deshalb mit „Junkers & Co.“ sein Stammwerk und ertragreichstes Unternehmen an die „Robert Bosch AG“.

Einen weiteren Schlag versetzte Junkers die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Bereits 1930 hatte er von der NSDAP einen mehrseitigen Drohbrief erhalten, in dem ihm seine ethischen und demokratischen Ansichten als Weltbürger vorgeworfen wurden. Es gibt auch die These, daß Junkers bei Hermann Göring in Ungnade gefallen sei, weil der Unternehmer eine Bewerbung des Weltkriegspiloten als Testflieger abgelehnt habe. Jedenfalls wurden Familienangehörige und enge Mitarbeiter Junkers in „Schutzhaft“ genommen und ihm selber ein Landesverratsprozeß angedroht. Unter diesem Druck übertrug Junkers ohne Gegenleistung die Mehrheit an der Luftfahrt- und Motorensparte seines Konzerns zusammen mit über 100 Patenten aus diesem Bereich noch im Jahre 1933 an das neugeschaffene Reichsluftfahrtministerium. Aus seiner bisherigen Wirkungsstätte Dessau wurde er verbannt.

Es spricht für den Tatendrang dieses Mannes, daß Junkers sich nun nicht etwa demotiviert ins Privatleben zurückzog, sondern sich vielmehr mit ganzer Kraft einem anderen seiner vielen Interessensgebiete widmete, dem Metallhausbau einschließlich Mobiliar, Klimaanlagen und Raumdurchleuchtung. 1934 gründete er in München, seinem Exilort, die „Forschungsanstalt Professor Hugo Junkers GmbH“. Bis zuletzt voller Ideen starb Hugo Junkers vor 75 Jahren, am 3. Februar 1934, in seinem bayerischen Exil. *Manuel Ruoff*

Ein Opfer der Heiratspolitik

Für Preußens Größe wurde Prinzessin Friederike Luise Markgräfin

Friederike Luise wurde am 28. September 1714 als sechstes von 14 Kindern ihrer Eltern, dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. und seiner Gattin Sophie Dorothea geborene Prinzessin von Hannover, geboren. Doch von den älteren Geschwister hatten nur Wilhelmine (1709–1758) und Friedrich (1712–1786) die ersten Lebensjahre überlebt.

Friederike kam in den Genuß besonderer mütterlicher Zuwendung, denn Königin Sophie Dorothea hatte hochgreifende Heiratspläne und malte sich für ihre Kinder ein Leben in einem größeren Luxus aus, als sie selbst ihn in Berlin und Potsdam genießen durfte. Doch dann wurde die zu einer auffallenden Schönheit herangewachsene Friederike das Opfer der Heiratspläne ihres Vaters.

Die Markgrafschaft Ansbach war ebenso wie die von Bayreuth seit der Trennung der süddeutschen von den brandenburgischen Hohenzollern im Jahre 1486 ein eigenständiges Territorium geworden. Grund dafür war das Hausgesetz, die sogenannte Dispositio Achilea von 1473. Aber die verwandtschaftlichen Beziehungen im hohenzollernschen Familienverband waren nie abgerissen, und süddeutsche Markgrafen oder ihre Söhne hatten auch als Kurfürsten von Brandenburg gewirkt. König Friedrich Wilhelm I. wollte die dynastische Verbindung aller Hohenzollern festigen und die Grundlage für eine spätere Expansion Brandenburg-Preußens in den süddeutschen Raum schaffen. Daher mußte Friederike ihren Verwandten Carl Wilhelm Friedrich von Ansbach (1712–1757) heiraten. Am 30. Mai 1729 fand die Hochzeit statt.

Carl Wilhelm hatte bis dahin unter der Regentschaft seiner Mutter gelebt. Nach der Heirat wurde er Markgraf. Als zu Weihnachten 1729 seine Mutter starb, mußte er die Geschicke seines Ländchens ohne Beistand regeln. Friederike war ihm in ihrer eigenen Unreife keine Hilfe. Im Gegenteil: Sie brachte die Hofgesellschaft gegen sich auf, und die jungen Eheleute entfremdeten sich, noch bevor sie ganz zueinander finden konnten. Carl Wilhelm ging auf die Jagd und gab Unsummen für die Falknerei aus. Friederike kümmerte vor sich hin. Bei einem Besuch im Juli 1730 versuchte Friedrich Wilhelm I., die Eheleute zur Vernunft zu bringen und seinen Schwiegersohn zu einem sparsameren Leben zu bewegen.


Friederike — Bild: Wikipedia

Immerhin muß es dann endlich ehelichen Kontakt gegeben haben, denn am 8. April 1733 wurde der erste Sohn geboren, der aber 1737 starb. Am 24. Februar 1736 kam ein zweiter Sohn zur Welt: Christian Friedrich Karl Alexander. Die Tatsache, daß es einen Stammhalter gab, hat die Eheleute etwas mit einander versöhnt, aber die Ehe blieb doch unbefriedigend, denn der Markgraf hatte sich einen einfachen Mädchen aus dem Volke zugewandt, mit dem er sogar eine morganatische Ehe einging.

Nach dem Tode ihres Gatten 1757 zog sich Friederike auf das Schloß Unterschwaningen beim mittelfränkischen Gunzenhausen zurück, das ihr bei der Geburt des ersten Kindes als lebenslanger Lehenssitz übertragen worden war. Hier verstarb sie am 4. Februar 1784.

Ihr Sohn Karl Alexander setzte die Dynastie nicht fort. Sowohl die vom Vater geerbte Markgrafschaft als auch das 1769 geerbte den hohenzollernschen Haus- und Reichsgesetzen an ihn gefallene Bayreuth verkaufte er 1791 an Preußen für eine lebenslange Pension, die er mit seiner Geliebten, Lady Elizabeth Craven (1750–1828), in England durchbrachte. *Jürgen Ziechmann*

Für ein deutsches Saarland

Hubert Ney führte seine Heimat in die Bundesrepublik

Bei allen parteipolitischen Unterschieden weisen Hubert Ney und sein ungleich bekannterer Zeitgenosse Kurt Schumacher einige interessante Gemeinsamkeiten auf. Die beiden Preußen waren Angehörige der selben Generation. Ney war mit seinem Geburtsdatum 12. Oktober 1892 nur drei Jahre und einen Tag älter als Schumacher. Beide wurden nahe der Grenze zu einer der kontinentalen Flügelmächte Frankreich und Rußland geboren, Schumacher in Culm und Ney am anderen Ende Preußens in Saarlouis. Beide waren Patrioten, was mit ihrem Geburtsort in einer potentiell gefährdeten Grenzregion zusammenhängen mag. Beide verloren als Soldaten im Ersten Weltkrieg einen Arm. Und beide waren promovierte Juristen.

Anders als Schumacher machte Ney sich jedoch selbständig und ließ sich als Rechtsanwalt in Saarlouis nieder. In dieser Funktion verteidigte er 1933 den Völklinger Industriellen Hermann Röchling, der sich vehement für den Verbleib des Saargebietes beim Deutschen Reich einsetzte, gegen das Besatzungsregime. Als die Saarländer 1935 über ihr weiteres Schicksal abstimmen durften, warb Ney für die Wiedervereinigung, auch wenn im Reich die Nationalsozialisten herrschten und er seit 1920 dem Zentrum angehörte.

Wie nach dem Ersten setzte sich Ney auch nach dem Zweiten Weltkrieg für den Verbleib seiner Heimat bei seinem Vaterlande ein. 1946 gründete er mit Johannes Hoffmann und anderen die Christliche Volkspartei (CVP). Als Hoffmann jedoch in der CVP eine Politik der Kollaboration mit der französischen Besatzungsmacht durchsetzte, trat er aus und gründete mit anderen eine neue, patriotische Partei, die CDU-Saar, zu deren Vorsitzenden er 1952 einstimmig gewählt wurde. Als die


Hubert Ney — Bild: Archiv

Bevölkerung 1955 wie 1935 über ihr weiteres Schicksal abstimmen durfte, gründete Ney mit seinen Parteifreunden sowie der SPD und der FDP-nahen Demokratischen Partei Saar (DPS) den prodeutschen Heimatbund. Entsprechend dessen Empfehlung stimmten die Saarländer gegen das Statut. Noch im selben Jahr fanden daraufhin Landtagswahlen statt, aus denen die CDU als stärkste Partei hervorging. Mit den beiden anderen Heimatbund-Parteien bildeten die Christdemokraten eine Koalition. Am 10. Januar 1956 wurde Ney von der Heimatbund-Koalition zum Ministerpräsidenten des Saarlandes gewählt. Unter seiner Verantwortung als Regierungschef wurde am 1. Januar 1957 seine Heimat in die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

Nach dem Rückzug Frankreichs wollte Ney die dunkle Vergangenheit aufarbeiten, statt die Kollaborateure mit der Besatzungsmacht in die CDU aufzunehmen. Doch mit diesem Ansinnen scheiterte Ney in der Partei des frankophilen Bundeskanzlers und CDU-Bundesvorsitzenden Konrad Adenauer. Am 19. Mai 1957 wurde er als Vorsitzender der saarländischen CDU von Egon Reinert abgelöst, vier Wochen später auch als Ministerpräsident. Fortan war er nur noch einfacher Minister. 1959 kam es zum offenen Bruch. Tief enttäuscht kehrte er Kabinett wie Partei den Rücken.

Er schloß sich der DPS als Hospitant an, gründete dann 1960 mit der Christlich-Nationalen Gemeinschaft eine eigene Partei, die noch im selben Jahr bei der Landtagswahl mit 2,6 Prozent der Stimmen kläglich scheiterte, und warb schließlich 1969 als fast 77jähriger anläßlich der Bundestagswahl für die NPD. Weitgehend vergessen starb Hubert Ney am 3. Februar 1984 in seinem Geburtsort Saarlouis. Heute erinnert in ganz Deutschland nicht einmal mehr ein Straßenname an ihn. *M. R.*

Deutsche Menschenleben hatten keinen Wert

Zu: „Das bitterste Erbe“ (Nr. 3)

Als (knapp) vierjähriges Mädchen habe ich 1945 den Einmarsch der Roten Armee in meiner Heimat Ostbrandenburg und die anschließende Vertreibung der deutschen Bewohner durch polnische Milizen miterlebt. Während ich selbst und meine damals 20 Tage alte Schwester – wohl mehr aus Zufall – überlebten, sind zwei meiner Cousinen bei der Vertreibung verhungert. Deutsche Menschenleben – insbesondere die der Frauen – hatten damals weder bei den Sowjettruppen noch bei den Polen irgendeinen Wert.

Obwohl ich mich selbst nur sehr eingeschränkt an die Ereignisse erinnern kann, wurde ich doch von meiner Mutter, zahlreichen Freunden und auch aus Büchern über die Greuel der damaligen Zeit gut informiert.

Daher verfolge ich die derzeit aus Marienburg eintreffenden Meldungen über die Freilegung eines Massengrabes mit mehr als 2000 Deutschen (hauptsächlich Frauen und Kindern) mit hoher Aufmerksamkeit.

Was mich an der Berichterstattung stört, ist die ungeprüfte Schuldzuweisung für die dortigen Verbrechen an die Rote Armee.

Karin Zimmermann, Neunkirchen-Seelscheid

Trotz Fehlentwicklungen leben wir nicht schlecht

Zu: „Schlucht“ (Nr. 1)

Die Geschichte zeigt ein Auf und Ab von Völkern, aber auch ihren Untergang. Wir glauben zu wissen, daß wir im eigenen Land Mitbürger haben, die den Untergang der Deutschen wollen, während andere, zu denen wir uns zählen, unser Land und seine deutschen Menschen erhalten sehen wollen. Gegenwärtig scheint das linke Lager, das sich wohl auch im gewissen Sinne als antideutsch bezeichnen läßt, die Mehrheit zu haben. Darum sehen wir auch mit Unverständnis schwarz-grüne Bündnisse, da die antinationalen Grünen für eine Union, die wieder einmal wagt, an eine Leitkultur zu denken, nun wirklich keine Partner sein können.

Für Sorgen gibt es wirklich Anlaß, nicht nur über linksgestrickte Medien, eine eingeschränkte Meinungsfreiheit oder eine öfter auf dem linken Auge blinde Rechtsprechung und Polizei. Nur sollten wir uns mit ihnen nicht unser Leben eintrüben lassen. Wir haben es nur einmal! Und wir leben doch trotz aller vermeidbaren Fehlentwicklungen nicht schlecht. Zu Schluchten gehören auch Berge. Gehen wir beide mit Mut und Zuversicht an.

Marita und Rolf Zöhrer, Saarbrücken

Fürsorgepflicht

Zu: „Das bitterste Erbe“ (Nr. 3)

Deutschland hat 1945 nicht aufgehört. Deutschland hatte damals eine Regierung, und es hat auch heute eine. Die Deutschen von damals sind keine anderen als die von heute. Ihre Regierungen hatten immer die Pflicht, sich um die Belange ihrer Bürger zu sorgen. Die deutschen Regierungen von heute vernachlässigen das sträflichst. Die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges gehören in die Fürsorge des Staates, seiner Regierungen. Die jetzt aufgefundenen deutschen Toten von Marienburg sind selbstverständlich Teil von ihnen! Daß einfachste Fürsorgepflicht nicht wahrgenommen wird, ist eine Schande für jedes Regierungsmitglied und für den ganzen deutschen Staat.

Eva-Maria Klotsche, Recklinghausen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Marienburg, hier als Aquarell von Adolph Menzel (1855): Geschah hier 1945 ein Massaker an rund 1800 Zivilisten? Bild: BpK

Schweigekammer

Zu: „Das bitterste Erbe“ (Nr. 3)

Ihre schnelle und offenbar auch detaillierte Darstellung der Todesumstände von etwa 1800 Deutschen in Marienburg im Jahre 1945 ist sehr wichtig und verdient Dank, besonders der noch lebenden Vertriebenen. Wir Westpreußen, zu denen die Marienburger gehören, standen leider bisher in der dunkelsten Ecke der politischen Schweigekammer. Dabei sind gerade wir wegen unserer geschichtlichen Berührungen und Erfahrungen Vorreiter in Sachen Verständigung mit den Polen gewesen.

Die *PAZ* ist mutig, daß sie auch nicht versäumt, unsere derzeitige politische Elite unverblümt anzugreifen wegen des auch jetzt wieder sich zeigenden Desinteresses. Es geht nicht ohne die Wahrheit, und deshalb muß unseren Marienburger Toten und möglichst vielen der in gewiß existierenden weiteren Massengräbern ruhenden Menschen endlich ihr Name zurückgegeben werden.

Dietmar Neumann, Neu Wulmstorf

Niederschlesische Oberlausitz existiert weiter

Zu: „Erinnerung wird ausgelöscht“ (Nr. 3)

Ich finde es ebenfalls sehr bedauerlich, ja empörend, daß im Zuge der jüngsten Kreisreform in Sachsen der Niederschlesische Oberlausitzkreis aufgelöst und sein Name getilgt wurde. Der Name „Schlesische Oberlausitz“ lebt aber in einem Kirchennamen fort. Die kleine (restschlesische) Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz mußte 2004 ihre Selbständigkeit aufgeben, da durch den leider massiven Schwund an Gemeindegliedern ihre Überlebensfähigkeit nicht mehr gesichert war. Sie schloß sich mit der Nachbarkirche – der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg – zusammen. Diese trägt seitdem den Namen: Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz. Im Gebiet der früheren Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz gibt es auch einen Kirchenkreis Niederschlesische Oberlausitz mit Sitz in Görlitz. So ist im ev.-kirchlichen Bereich ein Rest von Schlesien erhalten geblieben.

Eine gute Nachricht aus Sachsen-Anhalt und Thüringen. Nicht wenige Medien bezeichnen nach wie vor das Gesamtgebiet der sogenannten neuen Länder (früher DDR) als Ostdeutschland. Dies ist ganz abwegig. Seit bald 20 Jahren existiert aber der Mitteldeutsche Rundfunk, und es gibt zahlreiche Firmen und Zeitungen, die den Namen „Mitteldeutsch ...“ führen. Zum 1. Januar haben sich nun die beiden ev. Landeskirchen – Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg) und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen (Eisenach) – zur Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) zusammengeschlossen. Es gibt also ein echtes Mitteldeutschland!

Bernhard Hartz, Salzhemmendorf

Kohl, Gorbatschow und Bush sen. waren Helden

Zum Leserbrief „Kohl war der Held der Einheit“ (Nr. 50)

Die Polen meinen ja, sie hätten in Danzig die Befreiung erwirkt, und die evangelische Kirche neigt dazu, sich mit Leipzig dieses Verdienst zuzuschreiben. Aber ohne Gorbatschow wäre die deutsche Einung (und die Befreiung des Ostblocks) nicht möglich gewesen. Gorbatschow war zwar Kommunist, aber er glaubte an Menschenrechte (wie sein Besuch in Peking und sein weiteres Verhalten zeigte), er wollte die Sowjetunion von der Korruption heilen (Glasnost, Perestroika), und er ist ein Humanist und will Zusammenarbeit, also im Vergleich zu Breschnew (der die Panzer nach Prag gesandt hatte) ein Engel. Wie kam es zu dieser Änderung, die selbstverständlich kein Zufall war? Sie war eine Folge des Scheiterns der Breschnew'schen Erpressung durch Raketen, also eine Wirkung der Raketenstationierung durch Helmut Kohl. Die Sowjetunion brauchte nun bessere Handelsbeziehungen mit dem Westen und dazu einen freundlichen Chef.

Der Dritte im Bunde dieser historisch einmaligen Traumkonstellation mit Kohl war George Bush (sen.), ein echter Amerikaner und mit Weitblick, das war in der Tat ein glücklicher Zufall, ein Franklin D. Roosevelt hätte anders reagiert. Bush erlaubte die deutsche Einung – und wurde deshalb nicht wieder gewählt.

Diese Zeiten der Macht des großen Geldes sind nun, wenigstens teilweise, zum Glück vorbei: Obama wurde mit der Unterstützung nur mäßig bemittelter, aber idealistischer Bürger gewählt, – mit vielen kleinen Beträgen dank Internet, aber auch infolge des Ansehensverlustes der USA wegen der Folterpraktik.

Prof. Hans Helmut Kornhuber, Blaubeuren

Die Hamas muß vernichtet werden

Zu: „Ohnmächtige Appelle der Uno“ (Nr. 3)

Israel muß das Leben seiner Bürger schützen. Die Hamas hat zum Inhalt ihrer Politik die Vernichtung Israels gemacht. Da spielt es dann überhaupt keine Rolle, wer bei einer neuerlichen Auseinandersetzung den direkten Anlaß gegeben hat.

Da die Hamas den Partisanenkrieg gewählt hat, der aus der Mitte der Bevölkerung geführt wird und den Gegner zwingt, den Tod von Unbeteiligten in Kauf zu nehmen, kann man mit ihr weder verhandeln noch Verträge schließen. Sie muß entwaffnet werden und es bleiben. Wenn dies nicht möglich ist, muß Israel sie vernichten. Da können Appelle von außen nichts bewirken. Israel selbst verantwortet sein Schicksal.

Bertold Meißner, Friedrichshafen

Linke Taten verpuffen

Zu: „Terrornacht – Berliner Polizeiwache heftig attackiert“ (Nr. 2)

Solche Meldungen, in denen über die Untaten von Linksextremisten (auch linke Autonome genannt) berichtet wird, sind nicht neu. Und es sind auch viele Meldungen, die alle miteinander ohne Echo bleiben. Während das zweifelhafte Geschehen um den Passauer Polizeichef sozusagen die Republik erschüttert hat, verpuffen die linksextremen Gewalttaten im Nichts. In der nächsten Statistik lesen wir wieder von der bedrohlichen Zunahme rechtsextremistischer Straftaten, die linksextremen Genossen scheinen weggetaucht. Aber dringlich sind angeblich neue Initiativen gegen Rechts.

Ich habe mich schon häufig gefragt, was denn alles zu den sogenannten rechtsextremistischen Straftaten gezählt wird.

Eva-Irene Schmeling, Berlin

Balten litten unter den Russen

Zu: „Sprachenstreit lebt auf“ (Nr. 3)

Es wäre zu bequem, den Esten einfach die Rote Karte auszuhändigen. Die sowjetische Besetzung Estlands dürfte unauslöschliche Spuren hinterlassen haben. Wir erinnern uns, daß Hitler 1939 die baltischen Staaten sozusagen an Stalin verkauft hat, der sie dann auch gleich unter seine Fittiche nahm. Tod und Vertreibungen waren seine Begleiter. Viele Balten wurden umgebracht oder ausgesiedelt. An ihre Stelle rückten sowjetische Staatsbürger, darunter auch viele entlassene Soldaten. In den vergangenen 70 Jahren sind diese Russen in den baltischen Staaten zu Hause und fordern ihre Bürgerrechte ein. Sie waren auch nur Geschobene, vielleicht sogar auch Opfer. Doch es bleibt natürlich der sehr böse Hintergrund ihrer Anwesenheit.

H. Sprenger, Braunschweig

Schwerer Gang

Zu: „Der Niedergang als Erbe“ (Nr. 3)

Obama dürfte einen sehr schweren Gang vor sich haben, von dem wohl niemand wissen kann, wie er endet und was von Obamas Zielen und Versprechungen auch Wirklichkeit werden wird.

Er wird nicht allen Erwartungen entsprechen können, hoffentlich aber doch vielen. Nur leicht wird das nicht. Und es wird sich sicher auch bald zeigen, was wirklich in ihm steckt.

Franz Hinz, Bad Homburg

Zwei Seiten einer Medaille

Zu: „50 Jahre auf Verbrecherjagd“ (Nr. 49)

Es gereicht unserem Land zur Ehre, daß die Verbrechen derjenigen Deutschen verfolgt worden sind, die das Ansehen unseres Volkes beschmutzt und die Niederlage unseres Landes gegen eine Übermacht von Feinden erst zur wirklichen Katastrophe gemacht haben. Nicht die Niederlage hat uns entehrt, es waren die Verbrechen an Menschen, die ob ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Eigenart vogelfrei geworden waren.

Leider aber hatten diese 50 Jahre Verbrecherjagd auch die Folge, daß die Verbrechen von Deutschen alle anderen überragten, so daß die heutigen Deutschen zwar vom Holocaust immer wieder gehört haben, aber von den Opfern der Gewalttaten der Sieger, des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung, den Opfern der Vertreibungen kaum oder gar nichts wissen. Da zudem die Kriegsschuld sehr „großzügig“ allein unserem Land zugeschoben wird, gibt es in unserem Land kein zutreffendes historisches Wissen.

Im Zweifelsfalle sind wir immer die zu Verurteilenden.

Philipp Wanke, Wolfsburg

Lüge als Kunstfreiheit getarnt

Zu: „Wahrheit“ (Nr. 3)

Es dürfte kaum einen Menschen geben, der nicht schon um die Wahrheit einen Bogen gemacht hat. Es gibt ja auch die fromme Lüge, die sich von guten Absichten leiten läßt.

Wir leben in einer verlogenen Welt und haben es schwer, im öffentlichen Leben zu vertrauen, das bezieht sich besonders auf Politiker und Medien, gehört aber auch in unsere nähere Umwelt; nur die Familie würde ich in der Regel ausnehmen wollen.

Wie das verbindende Wissen manipuliert und verändert werden kann, ist bei uns hervorragend zu belegen. Die Geschichtsbetrachtung wird von den Medien produziert, denken wir nur mal an Herrn Knopp, der uns beibringt, wie wir unsere Geschichte zu sehen haben. Wir sind nahezu wehrlos, zumal wenn wir keine eigenen Erfahrungen haben, und auch von den Eltern oder Großeltern nichts hören.

Unsere Gerichte leisten häufig der Lüge Beistand, wenn sie ihr Kunstfreiheit zugestehen. Frau Ponto hat es bitter erfahren müssen.

Hans Wildermuth, Erlangen

Alle sind Preußen

Zu: „Preußen war größer“ (Nr. 3)

Als ich den genannten Artikel gelesen habe, dachte ich mir: Na, endlich, sag ich schon lange! Ist jetzt aber nur ein kleiner Anfang. Zu Preußen gehören ja auch Westpreußen, Danzig, Pommern, der Ostteil der Mark Brandenburg und auch der Teil Sachsens, der rechts bzw. östlich der Neiße liegt sowie Schlesien. Alle sind doch Preußen. Daß sich viele der Deutschen aus dem Baltikum als Preußen sehen, könnte ich mir gut vorstellen.

Ich bin ja auch Preuße und sehe mich als Wahlostpreuße.

Erhard Frömmig, Haar

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 31. Januar 2009

MELDUNGEN

AdM-Medaille für Botschafter

Memel/Wilna/Berlin – Anläßlich der Verabschiedung des litauischen Botschafters in Berlin, Evaldas Ignatavicius, hat die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e. V. (AdM) dem baltischen Diplomaten die Verdienstmedaille der AdM in Silber verliehen. In seiner Laudatio brachte der Kreisvertreter von Memel-Stadt, Hans-Jörg Froese, zum Ausdruck, daß Ignatavicius in den über vier Jahren seines Wirkens als Botschafter der Republik Litauen in Deutschland sich stets den Belangen der Memelländer angenommen, bei mehreren Veranstaltungen der Memelländer referiert und vielfach auf das Memelland Bezug genommen habe. Bei Veranstaltungen und Projekten in der Botschaft habe er immer auch die Memelländer mit einbezogen und namentlich begrüßt. Als Beispiele nannte der Kreisvertreter das Staatsjubiläum 90 Jahre Republik Litauen, die Ausstellung „Das vergessene Kurische Haff“ sowie die Veranstaltung im vergangenen Herbst zum Schicksal der Wolfskinder und das entsprechende Filmprojekt. *PAZ*



Evaldas Ignatavicius Bild: privat

Feierlichkeiten eingeläutet

Lötzen – Mit einem gesamtpolnischen ökumenischen Gottesdienst haben in Lötzen die Feierlichkeiten zum 1000. Todestag des Apostels der Prußen, des Heiligen Bruno von Querfurt, begonnen. Die „Heilige Messe um Einheit“ zelebrierte der Ermländische Metropolit, Erzbischof Wojciech Ziemba, im Sanktuarium des Heiligen Bruno. Die Predigt hielt Bischof Rudolf Bazanowski, der Ordinarius der Masurischen Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche. Am Abend fand in der Evangelischen Kirche ein Ökumenischer Wortgottesdienst statt. Die Kollekte, die während der Gottesdienste eingesammelt wurde, war für die Einrichtungen eines Lötzener Rehabilitierungs-Zentrums bestimmt. Im Mai wird dem Märtyrer in Allentein ein internationaler wissenschaftlicher Kongreß gewidmet sein. Die zentrale Feier findet am 21. Juni auf dem Hügel des Heiligen Bruno (Bruno-Kreuz auf dem Tafelberg) statt. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird sich zu dieser Zeit mit einem Omnibus in der Heimat aufhalten und dabei auch Lötzen aufsuchen. *PAZ*

Traditionsreiches Fest in Königsberg

Am 19. Januar baden unerschrockene Russen im Eiswasser – Orthodoxe Variante von Epiphanias

Das Christi-Taufe-Fest ist ein bedeutender christlicher Feiertag, bei dem an die Taufe Jesu Christi durch Johannes den Täufer im Jordan erinnert wird. In Rußland treibt eine besondere orthodoxe Tradition Blüten – in vielen Gewässern werden Eislöcher in Form eines Kreuzes gebohrt, in denen die Gläubigen baden.

Das Fest der Taufe Christi ist auch als „Große Wasserweihe“ bekannt und fällt nach dem um dreizehn Tage versetzten gregorianischen Kalender auf den 19. Januar. Liturgisch entspricht es damit dem Epiphaniasfest (Heilige Drei Könige) der lateinischen Kirche am 6. Januar. Ein eigenes Fest der Taufe Christi gibt es in der westlichen Kirche ebenfalls, es wird aber kaum begangen und fällt im übrigen auf den Sonntag nach dem 6. Januar.

In Rußland ist das anders. Dort wird schon am Vortag des Festes der Taufe Christi streng gefastet, wie in der Weihnachtszeit am Heiligen Abend. Nach Vorschrift der Kirche ist nur eine Mahlzeit am Tag erlaubt – „sotschiwo“, eine besondere Fastenmahlzeit aus gekochtem Weizen, manchmal auch Reis oder Linsengerichten, gemischt mit Saft und Honig. In Rußland ist es üblich, in der Nacht dieses Festes Wasser zu weihen, die Geistlichkeit kleidet sich in weiße Meßgewänder. Das göttlich geweihte Wasser wird in der orthodoxen Welt besonders geschätzt – man hebt es das ganze Jahr über auf, bis zur nächsten Weihung. Dieses Wasser trinkt man nicht nur, man besprengt damit die Wohnung, weil die Gläubigen denken, daß das an diesem Tag geweihte Wasser vor Krankheit und Leid schützen kann.

Diesen Brauch haben orthodoxe Christen auch im gesamten Königsberger Gebiet feierlich begangen. Am Morgen des 19. Januar fanden in allen Kirchen Gottesdienste statt. In der Christi-Erlöser-Kirche, der orthodoxen Hauptkirche in Königsberg, führte Eminenz Serafim die Wasserweihe durch, am Vorabend des 18. Januar tat er dies bereits im Heiligen-Nikolskij-Frauenkloster. Hunderte Gläubige nahmen an der Liturgie teil. Die Gottesdienstbesucher hatten nach russischer Tradition mit Wasser gefüllte Behälter mitgebracht und erwarteten den Moment, in dem die Kirchendiener mit dem Ritus der Weihung des Wassers beginnen sollten. Die Gläubigen störte weder das kalte Wetter noch stundenlanges Warten. Nach der Liturgie traten die Kirchendiener zu den Menschen, die auf den Treppen vor der Kirche warteten, und weihten das von ihnen mitgebrachte Wasser. Vater Serafim führte die „Große Weihung des Wassers“ selbst durch.



Großer Andrang: Jeder möchte geweihtes Wasser. Bild: Tschernyschew

In vielen orthodoxen Kirchen des Gebiets wurde das traditionelle Fest der Taufe Christi mit einem rituellen Bad in öffentlichen Gewässern begangen. Seit einigen Jahren wird nach dem Gottesdienst das traditionelle Bad zur Erinnerung an die Taufe Christi, aber auch an die eigene Taufe, im See Pilawskij in der Nähe von Königsberg durchgeführt. Um an der fast 2000jährigen Tradition teilzunehmen, pilgern Menschen aus Königsberg und vielen anderen Orten des Gebiets dorthin. So auch in diesem Jahr. In den zugefrorenen See wurde ein Eisloch gebohrt. Nach den Gebeten ließ der Priester ein Kreuz in den See hinab, danach war das Eisloch für das traditionsreiche Bad bereit.

Obwohl das Wetter mit minus 5 Grad Celsius sehr winterlich war, waren viele Gläubige zum Baden an den See gekommen. Selbst einige Menschen mit deutlichem Übergewicht wagten sich in das eisige Wasser, womit sie den bereitstehenden Rettungskräften einige Sorgen bereiteten. Immer wieder kommt es beim Eintauchen und Heraussteigen aus dem Wasser sowie am Ufer zu Verletzungen.

Es kommt vor, daß Badende mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die sich ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit in das Eiswasser begeben, anschließend medizinische Hilfe benötigen. Die Geistlichen sowie die Gläubigen sind jedoch fest davon überzeugt, daß auch ein unvorbereiteter Mensch nach dem Bad im geheiligten Wasser nicht erkrankt, sondern im Gegenteil neue psychische und physische Kräfte sammelt.

Neben dem symbolischen Taufritual gab es auch eine orthodoxe Ausstellung in Königsberg. Das Frauenkloster zeigte unter dem Titel „Russisches Land“ Heiligtümer, die aus Jekaterinburg, Moskau, Sankt-Petersburg, Smolensk, Kursk sowie aus der Ukraine und Weißrußland zusammengetragen worden waren, außerdem Heiligenbilder aus Serpuchow, einer russischen Künstlergilde moderner Klassiker. Obwohl die Gläubigen die hochverehrte Ikone der Muttergottes „Neupiwaemaja tschascha“ (in etwa: der nicht zu leerende Becher), die von Trunkenheit und Drogenkonsum heilen soll, nicht zu sehen bekamen, konnten die Gläubigen kleine Ikonen für ihren heimischen Altar erwerben. Neben der Ikone „Neupiwaemaja tschascha“ wurden Abbilder der Ikone der Madonna „Vsetsaritsa“ (Pantanassa) angeboten, der Heilungen von Krebserkrankungen nachgesagt werden. In den vergangenen Monaten erst wurden in den Klosterbüchern, in denen Zeugnisse von Wunderheilungen festgehalten werden, viele neue Einträge hinzugefügt.

Jurij Tschernyschew / PAZ

Die Kurische Nehrung als »Weltnaturwunder«

Im Wettbewerb über die sieben größten Naturwunder der Welt hat die Nehrung die zweite Runde erreicht

Mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres hat die Verwaltung des Nationalparks „Kurische Nehrung“ die Gebühr für das Auto beim Besuch der Nehrung um ein Viertel auf 39 Rubel (89 Cent) erhöht. Für Personen bleibt der Eintritt bei 30 Rubel (69 Cent). Die Verwaltung begründet die Erhöhung damit, daß es seit drei Jahren keine Preiserhöhung mehr gegeben habe. Der Eintritt für den litauischen Teil der Kurischen Nehrung wurde dagegen seit über fünf Jahren nicht erhöht. Er beträgt 10 Litas (2,90 Euro). Vergleicht man, was einem auf beiden Seiten geboten wird, stellt man fest, daß sich auf litauischer Seite wesentlich mehr getan hat. Das wissen besonders die deutschen Touristen, die im Sommer Urlaub in Nidden, Schwarzort und anderen Orten des litauischen Teils machen.

Im Jahr 2008 nahm der Nationalpark 25 Millionen Rubel (rund 575 000 Euro) ein, sein Gesamtbudget betrug 36 Millionen Rubel (rund 828 000 Euro). Die Zuwendungen aus dem Haushalt der Föderation reichten nicht aus, deshalb versucht der Nationalpark, die fehlenden Mittel von den Touristen zu erhalten.

Es gibt einen weiteren Grund für die Erhöhung der Gebühren: Die Verwaltung des Nationalparks will die Zahl der Touristen niedrig halten, weil im Sommer mehr Besucher auf die Kurische Nehrung strömen, als deren Infrastruktur aufnehmen kann.

Wie groß das Interesse an der Kurischen Nehrung ist, beweist eine neue Meldung, die zusätzlich Reklame für den Nationalpark machen kann: Die Kurische Nehrung zählt zu den 260 Teilnehmern der zweiten Runde des Wettbewerbs „Sieben Naturweltwunder“. Die neue Abstimmungsetappe wird bis zum 7. Juli dauern, nach dieser werden 21 Finalisten übrigbleiben.

An der zweiten Runde des Wettbewerbs nehmen Naturschönheiten aller Kontinente teil, eines aus jedem Land, sowie Naturobjekte, die sich über mehrere Länder erstrecken, zu denen auch die Kurische Nehrung gehört. In der ersten Runde wurden 430 Naturlandschaften aus über 220 Ländern nominiert. Bis Ende 2008 konnte jeder per Internet eine Stimme für seine Lieblingslandschaft abgeben. Die 260 meistgewählten Naturschönheiten kommen in die zweite Runde.

Gemeinsam mit der Kurischen Nehrung haben zwei weitere Landschaften der Russischen Föderation die erste Hürde übersprungen: der Baikalsee in Sibirien und der Dnjepr, dessen Quelle sich im Smolensker Gebiet befindet, der aber auch von der Ukraine und Weißrußland nominiert wurde. Europa ist mit einzigartigen Naturerscheinungen wie dem See Loch Neß, den Felsen von Gibraltar und dem Vesuv vertreten. Auf der Liste stehen auch die Viktoria-Wasserfälle in Afrika, der Grand Canyon von Amerika.

Dieser Wettbewerb ist eine weltweite Aktion des nichtkommerziellen Fonds „New 7 Wonders“, der schon 2007 ein analoges Projekt „Sieben Weltwunder“ durchgeführt hatte. Das aktuelle Projekt begann im Jahr 2008, die Endabstimmung ist im Herbst 2010.

Jurij Tschernyschew

Polnischer Nationalismus in Schlesien

Zweisprachige Ortsschilder werden beschmiert – Pawelka: »Kräfte, die noch nicht europareif sind«

Erst vor wenigen Wochen konnten wir über die ersten zweisprachigen Ortsschilder in Oberschlesien berichten, nur kurz darauf aber auch von der ersten „Farbattacke“ auf eine der Tafeln. Diese Attacken sind leider alles andere als Einzelfälle, wie nun das „Schlesische Wochenblatt“ berichtet. Teils werden die deutschen Namen mit Sprühfarbe übermalt, teils werden die Schilder mit Hakenkreuzen beschmiert (Derschau/Suchy Bór) oder mit Symbolen der polnischen „Heimatarmee“ (AK) oder der rechtsradikalen Gruppierung „Kämpfendes Polen“ verunstaltet (Tarnau/Tarnów Opolski). Im selben Ort war auch das Gemeindeamt zweisprachig beschildert, bis im September 2008 unbekannte Täter die deutschen Buchstaben stahlen, die übrigens – die Deutschen in Oberschlesien sind vorsichtig – deutlich kleiner ausgeführt waren als die polnische Beschriftung und zudem auch unter der polnischen Bezeichnung standen.



Vandalismus: Beschmierte Tafeln Bild: E. Mis

Nach Einschätzung des „Schlesische Wochenblattes“ akzeptieren allerdings 99 Prozent der Menschen die zweisprachigen Schilder – also auch die weitaus meisten Polen. So sieht es auch Norbert Rasch, der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Schlesien. Für Einzeltäter spricht vor allem die Konzentration auf die beiden Gemeinden Tarnau und Chronstau, wo „fast jede Nacht neue ‚patriotische Tätowierungen‘ auftreten“, so das Magazin.

Das Blatt beklagt vor allem die Reaktion der polnischen Behörden. „Würde in Deutschland an einem öffentlichen Ort jemand ein Hakenkreuz hinschmieren, würden sich Polizei, Verfassungsschutz und Verwaltung ... sofort um die Ermittlung der oder des Täters kümmern.“ In der Gemeinde Chronstau sei dagegen nicht nur keine Ermittlung aufgenommen worden, vielmehr seien die Behörden vor den Rechtsradikalen praktisch eingeknickt: „Vor kurzem haben die Beamten die zweisprachigen Schilder wieder durch einsprachige ersetzt.“ Seit dem 8. Januar wurden die in 18 Jahren mit friedlichen Mitteln erstrittenen Tafeln wieder beseitigt – obwohl die Rechtsgrundlage im polnischen Minderheitengesetz eindeutig ist und sämtliche sehr hohen bürokratischen Bedingungen erfüllt waren.

Natürlich wurde die Entfernung der Schilder offiziell nicht mit den Schmierereien begründet. Vielmehr wurde von einer Verkehrsbehörde (!) offenkundig unzutreffend mit einer angeblich fehlenden Genehmigung argumentiert. Eine Sprecherin der SKGD protestierte gegen die Beseitigung als Gesetzesverstoß. „Wir protestieren gegen solche Maßnahmen ... und betrachten sie als diskriminierend gegenüber Polens nationalen Minderheiten.“ Rudi Pawelka, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, bedauert: „Daran sieht man, daß es in Polen Kräfte gibt, die längst noch nicht europareif sind.“ *K.B.*

Memel oder nur Klaipeda?

Die Memelländer sind enttäuscht über den neuen Diercke-Atlas. Seit 125 Jahren wurde dort die Stadt Memel mit ihren deutschen Namen bezeichnet – egal zu welchem Staat sie gerade gehörte. Doch in der neuen Ausgabe heißt die um 1250 gegründete Stadt nur noch „Klaipeda“. Nicht einmal in Klammern taucht der deutsche Name noch auf. Dies widerspricht aber nicht nur den Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister und den Leitlinien des Auswärtigen Amtes, sondern auch der sonstigen Praxis im Diercke-Atlas, der deutsche Namen für Städte im Ausland sonst durchaus verwendet. Das „Memeler Dampfboot“ fordert dazu auf, in einem Brief an die Schulbuchverlage Westermann, Georg-Westermann-Allee 66, 38104 Braunschweig, eine Rückkehr zur alten Bezeichnung anzumahnen. *K.B.*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

nach einer mit den Feiertage und dem Jahreswechsel verbundenen kleinen Atempause hat das große Suchen wieder begonnen. Und da will ich gleich mit einem Suchwunsch einsteigen, der vielleicht nach langen Umwegen durch uns erfüllt werden könnte. Denn Frau Heidemarie Düring aus Berlin wurde erst jetzt durch eine Urlaubsbekanntschaft auf unsere Ostpreußische Familie aufmerksam gemacht. Das Schicksal der 65jährigen Ostpreußin zeigt wieder einmal, wie Krieg und Nachkriegszeit mit der unseligen Teilung Deutschlands einen Lebensweg bestimmt haben, der voller Verlassenheit und Demütigungen als Flüchtlingskind war. Frau Düring blickt aber nicht zurück im Zorn, sondern sieht die Ereignisse jetzt als älterer Mensch differenzierter. Wenn da nicht die eine Frage wäre, die sie quält, immer gequält hat: Was wurde aus meinem Halbbruder **Hans Joachim Düring**?

Die Geschichte ihrer Familie ist durch frühe Todesfälle bestimmt. **Heidemarie Helene** Düring wurde am 11. November 1942 in Mlodzieszyn/Schröttersburg geboren. Sie entstammte der zweiten Ehe ihres Vaters **Friedrich Wilhelm** Düring, * 27. Januar 1897/98, mit **Helene** geborene **Solies**. Die erste Frau – **Utta**, wie sie genannt wurde – war nach der Geburt ihres Sohnes Hans Joachim schon Mitte der 20er Jahre verstorben. Auch Heidemarie und ihre eineinhalb Jahre ältere Schwester **Gundula** verloren früh die Mutter, und nicht nur sie: Die Eltern kamen im August 1943 gemeinsam ums Leben. Für ihre nun zu Waisen gewordenen Töchter übernahmen die jüngste Schwester ihres Vaters, **Elisabeth**, und deren Ehemann **Ernst Nehm**, Baustoffkaufmann in Lyck, die Pflege und Vormundschaft. Gemeinsam mit deren drei Kindern **Rosemarie**, **Annemarie** und **Hans** flüchtete Elisabeth Nehm nach Demmin (heute Mecklenburg-Vorpommern). Nach der Rückkehr des Pflegevaters 1947 aus russischer Gefangenschaft und dessen Tod 1963 brach die Familie auseinander. Frau Nehm siedelte zu ihren Kindern nach Bremerhaven über, die alle inzwischen verstorben sind. Heidemaries Schwester Gundula gelang die Flucht über die grüne Grenze – zurück blieb Heidemarie und mußte nun, ganz allein auf sich gestellt, ihr Leben meistern. Als der Eiserne Vorhang fiel, begann ihre Suche nach dem Halbbruder Hans Joachim, genannt „**Hanni**“. Der erheblich Ältere – * 16. August 1924 in Lyck – war Kaufmann in Goldap gewesen und hatte dort am Markt gewohnt. Daß er Krieg und Flucht überlebt hat, ist sicher, denn er meldete sich bei einer Schwester seines Vaters, „**Tante Frieda**“ in der Ziegelstraße 34 in Lübeck. Er soll damals in den Nachkriegsjahren im Ruhrgebiet gewohnt haben. Trotz der Suche über die zuständigen Organisationen blieb „Hanni“ unauffindbar. Auch die in der Bundesrepublik wohnenden Verwandten versicherten Frau Düring, daß sie vergeblich nach Hans Joachim gesucht hätten. Wer kann das Schicksal von Hans Joachim Düring klären? Lebt der heute etwa 85jährige noch, hat er Nachkommen? Seine Halbschwester wäre für jeden Hinweis dankbar. (Heidemarie Düring, Ahrenshooper Straße 49 in 13051 Berlin, Telefon 030/92371802.)



Hans Joachim Düring mit Stiefmutter und Vater (v.l.): Wer zur Klärung des Schicksals von „Hanni“ beitragen kann, wende sich an seine Halbschwester Heidemarie Düring, Ahrenshooper Straße 49 in 13051 Berlin, Telefon (030) 92371802. Bild: privat

Seine ehemaligen Kameraden von der Leistungsgruppe des Flieger-Jungvolks in Königsberg sucht unser Landsmann **Heinz Plewka**, aber er listet in seinem Schreiben nicht nur die Namen auf, sondern vermittelt zugleich viel Interessantes über den Modellflug und den hohen Stellenwert der Königsberger, denn sie standen oft auf der Rekordliste der deutschen Modellbauer. Gleich sein erster Modellfluglehrer, **Manfred Budnowski**, war vielfacher Sieger bei Deutschen Meisterschaften auf der Rhön und bis heute Inhaber eines Weltrekordes im Saalflugmodellbau, der in Königsberg erzielt wurde, in der Klasse papierbespannte Nurflügelmodelle. Sein Bruder **Gert** Budnowski war auch Deutscher Flugmodell-Rekordinhaber, zum Beispiel Motorflug eines Nurflügelmodells. Er leitete die Leistungsgruppe und wurde der beste Freund von Heinz Plewka, der an den Gebietsmeisterschaften 1942 in Deuthen bei Allenstein und 1943 in Rossitten teilnahm. Nach Gert Budnowski braucht Herr Plewa nicht zu suchen, sein Freund starb als Jagdflieger am Ärmelkanal. Aber es werden mit Sicherheit noch einige Ehemalige der Leistungsgruppe leben und – hoffentlich – diese Zeilen lesen. So gehen wir also auf die Suche nach **Manfred Bowitz**, **Werner Zelinski**, **Ullrich Reifenstein**, **Hans-Joachim Knoop**, **Jürgen Herda** und zwei Kameraden, von denen Heinz Plewka nur die Nachnamen weiß: **Domscheit** und **Moser**. Zu einigen der Gesuchten kann er nähere Angaben machen. Manfred Bowitz, * 1928, war Luftwaffenhelfer, wurde nach dem Krieg Fluglotse. Heinz Plewka hat ihn in Glückstadt und Frankfurt/Main besucht, dann aber aus den Augen verloren. Luftwaffenhelfer war auch Werner Zelinski, der in der Cranzer Allee wohnte. Ullrich Reifenstein wurde Lufthansa-Pilot und lebte nach dem Krieg im Taunus. Hans-Joachim Knoop wohnte in Königsberg am Nachtigallenstieg und wurde dort ausgebombt. Mit ihm war Heinz Plewka 1943 bei den Deutschen Modellflugmeisterschaften in Quedlinburg. Sie wurden vierter Gesamtsieger von 41 Gebieten! Jürgen Herda wollte Physik studieren. Sein Bruder **Manfred** starb leider bei einem Motorradunfall bei Walsrode. – Soweit die Angaben von Herrn Plewka, die schon weiter helfen können. Wir wünschen ihm viel Glück! (Heinz Plewka, Neuer Achterkamp 38 in 22927 Großhansdorf.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Eine E-Mail von Frau **Andrea Strixner** aus Salzburg: „Ich bin auf der Suche nach Informationen über meinen Großvater und seine Eltern, und da die entsprechenden Kirchenbücher alle nicht auffindbar sind, versuche ich es mit dem Ermitteln anderweitiger Spuren. So kam ich auf die Idee nach noch lebenden Zeitzeugen zu suchen, die sich an meine Vorfahren erinnern.“ Und die will Frau Strixner nun mit Hilfe unserer Ostpreußischen Familie finden, genauer gesagt: mit Landsleuten aus und um Gerdauen. Denn Großvater **Robert Arthur Engel** wurde am 24. August 1894 in Gerdauen geboren, sein Vater **Hermann** Engel war dort Schuhmachermeister. „Mein ostpreußischer Opa hat mir wenigstens den Gefallen getan, meine aus dem Bayerischen Wald stammende Oma **Josefa** am 30. August 1924 in Chemnitz zu heiraten. Und dort haben sich sogar noch die Aufgebotsunterlagen gefunden“, schreibt Frau Strixner weiter. So konnte auch geklärt werden, daß Großvater Robert Arthur Engel 1922 von Goldap nach Chemnitz verzog. Der Kraftfahrzeugführer verstarb am 9. März 1973 in West-Berlin. Durch Scheidung der Großeltern war der Kontakt zu Frau Strixners Großvater schon in den 50er Jahren abgebrochen, dadurch kam es zu der späten Suche. Die natürlich durch den Zeitabstand erschwert wird, denn ich glaube kaum, daß sich noch jemand an ihn und seine Eltern in Gerdauen erinnern wird, zumal Urgroßvater Hermann Engel schon vor 1924 verstarb. Urgroßmutter **Rosalie** Engel soll dagegen 1942 verstorben sein. Wahrscheinlich in Muldszen, wo sie nach dem Tod ihres Mannes gelebt hat. Vielleicht stammte die Hutmacherin auch aus dieser Gegend. „**Rosa**“, wie sie genannt wurde, war eine geborene **Lippke**. Aus den Gemeindelisten für Muldszen von 1939 ist zwar ihr Geburtsjahr 1866 ersichtlich, nicht aber der Geburtsort. Vielleicht gibt es noch entfernte Verwandte oder Bekannte, die sich an die Genannten erinnern? Frau Strixner wäre für jede Auskunft dankbar. (Andrea Strixner, Nußdorferstraße 3/6 in A 5020 Salzburg, Österreich, Telefon 43/662/8202973, Telefax +43/662/8202970.)

Immer wieder taucht in den Suchfragen das Wort „spät“ auf, so auch in dem Schreiben von Herrn **Herbert John** aus Völklingen. Seine Mutter ist auf dem Rücktransport aus einem russischen Gefangenenlager im Oktober 1946 verstorben. „Wir haben das alles leider viel zu spät erfahren, und inzwischen leben die Zeitzeugen nicht mehr“, schreibt Herr John. Oder sind nicht aufzufinden, und da ist nun die Ostpreußische Familie gefordert. Frau **Marianne** John geborene **Thurneysen**, * 5. Dezember 1897, wurde Ende Februar 1945 zusammen mit ihrer Tochter **Rosemarie** aus dem Gutshaus Moithienen bei Kobulten, Kreis Ortelsburg nach Rußland verschleppt. Sie war von April bis Oktober 1946 im Lager Nr. 463 in Tscheboksary in der Nähe von Kasan an der Wolga. Von dort muß der Heimtransport erfolgt sein. Auf diesem ist Frau John wohl schon auf russischem Gebiet verstorben, denn sie soll im Lager Kanasch bei Moskau begraben worden sein. Diese Angabe hat Herr John vom DRK-Suchdienst erhalten, sie beruht auf den Aussagen von Mitgefangenen, Frau **Hedwig Klimmek** – Adresse unbekannt – und **Josef Warzecha**. Letzterer soll in Eisenberg/Thüringen gelebt haben, aber eine Anfrage beim Einwohnermeldeamt blieb ohne Erfolg. Verstorben ist leider ein weiterer Zeitzeuge. Herrn Johns damals 24jährige Schwester Rosemarie kam 1947 aus der Gefangenschaft, zusammen mit etwa gleichaltrigen Frauen und Männern. Da sicher auf dem Rücktransport, auf dem die Mutter verstarb, auch jüngere Frauen und Männer waren, kann es sein, daß sich jemand an Marianne John und ihren Tod erinnert. Es geht Herrn John vor allem um die Grabstätte, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) konnte die angegebene nicht bestätigen. (Herbert John, Eschenweg 10 in 66333 Völklingen, Telefon/Fax 06898/82671.)

Über den Maler und Grafiker **Alexander Kolde** haben wir schon oft berichtet und einige seiner Arbeiten gezeigt, vor allem, wenn diese mit Fragen verbunden waren, nun möchte ich auf eine Ausstellung hinweisen, die zur Zeit in Elmshorn zu sehen ist: Sie ist Alexander Kolde gewidmet und zeigt im Torhaus, Probstendamm, 51 seiner Arbeiten. Die vom Kunstverein Elmshorn gestaltete Ausstellung gewährt einen guten Überblick über das Lebenswerk Koldes, von seiner frühen abstrakten Schaffensperiode über die Königsberger Jahre bis zum späten Schaffen in Flensburg, wo der 77jährige 1963 verstarb. Der Hauptteil der Ausstellung ist den Lithos aus seinen Zyklen „Wandernder Christus“ und „Der Cherub steht vor Gott“ gewidmet. Seine Liebe zu Ostpreußen zeigt sich vor allem in den Bildern von Rastenburg, wo der 1886 in Neuhaldensleben Geborene seine Kindheit und Jugend verlebte – der Vater hatte dort eine Fabrik übernommen –, in den Aquarellen von der Samlandküste und in den Pferdebildern. Kolde studierte an den Akademien in Berlin, München und Königsberg, war Schüler von Lovis Corinth in Berlin, kehrte schwer verwundet nach dem Ersten Weltkrieg nach Königsberg zurück und wurde Gründer der Künstlervereinigung „Der Ring“. Heute verwalten seine Töchter **Berta** und **Katharina Kolde** das künstlerische Erbe ihres Vaters. Der Hauptteil seines reichen Schaffens ging leider durch Krieg und Vertreibung verloren, um so erstaunlicher ist die Vielfalt der in Elmshorn gezeigten Werke. Wir freuen uns mit den unserer Ostpreußischen Familie so verbundenen Schwestern Kolde, daß die Ausstellung, die leider nur noch bis zum 8. Februar dauert, einen regen Anklang findet. (www.kunstverein-elmshorn.de.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Dennull, Meta, geb. **Ambrassat**, aus Schneckenmoor, Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, jetzt Hannoversche Straße 118, 30627 Hannover, am 2. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grundies, Hedwig, geb. **Heydasch**, aus Schwingstein, Kreis Ortelsburg, jetzt Karpendeller Weg 16, 40822 Mettmann, am 4. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Derda, Erna, geb. **Lockowandt**, aus Lyck, Bismarckstraße 32, jetzt Lerchenweg 1, 39340 Haldensleben, am 7. Februar

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Blumenstraße 19, 91489 Wilhelmsdorf, am 7. Februar

Werner, Frieda, geb. **Rieleit**, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, jetzt Spanische Allee 10-42, 14129 Berlin, am 4. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Mittelstraße 7, 46485 Wesel, am 7. Februar

Hänsel, Edith, geb. **Rinio**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 5, jetzt Grabelohstraße 31, Seniorenheim, 44892 Bochum, am 6. Februar

Huber, Auguste, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Friedenstraße 18, 06729 Tröglitz, am 8. Februar

Litzbarski, Ottilie, geb. **Rudzinski**, aus Großkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Rote Erde 4, 49525 Lengerich, am 5. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Achenbach, Paul, aus Drawen, Kreis Ebenrode, jetzt Waldhof 53, Seniorenresidenz, 34298 Helsa, am 2. Februar

Hönke, Klara, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Carl-Moltmann-Straße 37, 19059 Schwerin, am 4. Februar

Oleschkowitz, Marie, geb. **Mucha**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Grabower Weg 8, 39291 Reesen, am 8. Februar

Orlowski, Martha, geb. **Sklomeit**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Aunham 6 a, 94086 Griesbach, am 4. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Wiesenhang 18, 42859 Remscheid, am 4. Februar

Fritz, Ernst, aus Ebenrode, jetzt Elsa-Brandström-Straße 4, 35578 Wetzlar, am 5. Februar

Szammetat, Lotte, geb. **Grätsch**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Löns-Weg 14 A, 49565 Bramsche, am 5. Februar

Tillert, Franz, aus Blumental, Kreis Lyck, jetzt Schwanmanweg 3, 21614 Buxtehude, am 8. Februar

Unruh, Karl, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Narzissenhof 4, 51107 Köln, am 5. Februar

Weber, Eberhard, aus Königsberg, Markgrafenstraße 7, jetzt am Hirschweg 13, 28816 Stuhr, am 31. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Janke, Christel, geb. **Zimmermann**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Postfach 22, 19273 Stixe, am 8. Februar

Klink, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 13, 09638 Lichtenberg, am 3. Februar

Leiner, Else, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Steinstraße 5, 26441 Jever, am 2. Februar

Loke, Frieda, geb. **Minkfitz**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Querstraße 4, 21502 Geesthacht, am 8. Februar

Podufal, Robert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt Steglitzer Straße 19 H, 22045 Hamburg, am 29. Januar

Strehlau, Ursula, aus Ebenrode, jetzt Im Krontal 7, 61476 Kronberg, am 5. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Habert, Edith, aus Ebenrode, jetzt Nordstraße 2, 29308 Winsen, am 6. Februar

Hoffmann, Gertrud, geb. **Oberpichler**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Wald 5, 19217 Löwitz, am 4. Februar

Kotowski, Gustav, aus Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Erhard-Segitz-Straße 46, 90763 Fürth, am 2. Februar

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Meisenweg 11, 23843 Bad Oldesloe, am 8. Februar

Roemer, Max, aus Tilsit, jetzt Zimmererstraße 14, 77767 Appenweier, am 6. Februar

»Wir gratulieren«
auch im Internet-Archiv unter
www.preussische-allgemeine.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Altmann, Edeltraut, geb. **Feierabend**, aus Lyck, Falkstraße 1, jetzt Gorch-Fock-Straße 24, 22880 Wedel, am 3. Februar

Endrejat, Lina, geb. **Schleider**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 5, 24943 Flensburg, am 7. Februar

Fox, Helmut, aus Guttstadt, Kreis Allenstein, jetzt Joseph-Müller-Straße 21, 31139 Hildesheim, am 6. Februar

Hartwig, Gerda, geb. **Bernhard**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Großer Krug 1, 23611 Bad Schwartau, am 1. Februar

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz 1, jetzt Hölkeskampring 97, 44625 Herne, am 4. Februar

Kamutzki, Paul, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Westerfeldstraße 3, 32547 Bad Oeynhausen, am 6. Februar

Karius, Willi, aus Ebenrode, jetzt Franz-Cuisst-Straße 2 b, 38442 Wolfsburg, am 2. Februar

Katoll, Botho, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Kastanienweg 16, 24969 Großenwiehe, am 2. Februar

Kledtke, Erna, geb. **Puschnerus**, aus Ragnit, Markt 5, jetzt Hohle Gasse 4, 08547 Steinsdorf/Plauen, am 2. Februar

Rafalzik, Gertrud, geb. **Macht**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Illmenauer Weg 4, 49080 Osnabrück, am 5. Februar

Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rhinstraße 3, 7/1, 10315 Berlin, am 8. Februar

Weinert, Veronika, geb. **Szarnowski**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Leerenschen Rinne 15, 37115 Duderstadt, am 3. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, jetzt Olper Straße 115, 57548 Kirchbach, am 2. Februar

Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt bei Köhnen, Schlesierstraße 2 a, 53859 Niederkassel, am 6. Februar

Buczko, Herbert, aus Lyck, Morgenstraße 11, jetzt Am Birnbaum 5, 65191 Wiesbaden, am 7. Februar

Gehrke, Gretel, geb. **Bresslein**, aus Lötzen, jetzt Götzenmühlweg 21, 61350 Bad Homburg vor der Höhe, am 2. Februar

Gosch, Erika, geb. **Maeding**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Harbleker Chaussee 33, 25870 Oldenswort, am 8. Februar

Höft, Inge, geb. **Mathiszig**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Thornerstraße 11, 21339 Lüneburg, am 2. Februar

Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Tulpenweg 1, 33378 Rheda-Wiedenbrück, am 4. Februar

Kruppke, Maria, aus Springborn, Kreis Heilsberg, jetzt Ostendorfer Straße 174, 38838 Dingelstedt, am 28. Januar

Kubbilun, Gerhard, aus Martinsort, Kreis Ebenrode, jetzt Ewartsweg 34, 52441 Linnich, am 2. Februar

Lange, Helmut, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Freiburger Straße 61, 78048 Villingen, am 4. Februar

Loyda, Else, geb. **Kosinowski**, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Goldener Winkel 14, 32699 Extertal, am 7. Februar

Matheuszik, Ursula, aus Andreken, Kreis Lyck, jetzt Küferstraße 1, DRK-Altenheim, 47877 Willich, am 2. Februar

Mindermann, Dr. C. H., aus Bremen, jetzt Osterdeich 21, 28203 Bremen, am 7. Februar

Müller, Elly, geb. **Philipzik**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Kurt-Alder-Straße 6, 51061 Köln, am 1. Februar

Preiser, Ilse, geb. **Puppa**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Lipschitzstraße 42, 53121 Bonn, am 5. Februar

Rohde, Jürgen, aus Neidenburg, jetzt Forsthausweg 8, 37154 Northeim, am 6. Februar

Rostek, Helmuth, aus Lyck, Morgenstraße 22, jetzt Obere Walldürner Straße 40, 63897 Miltenberg, am 8. Februar

Rüder, Liesbeth, geb. **Küffel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Dr.-Gustav-Frank-Straße, 21493 Schwarzenbek, am 5. Februar

Trinker, Fritz, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt 29 Stiles Rd. New Jersey, Warren N. J. 07060, am 7. Februar

Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, jetzt Erlenweg 2, 51373 Leverkusen, am 8. Februar

Wieprecht, Ursula, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Große Gartenstraße 48, 14776 Brandenburg, am 7. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Achenbach, Irmgard, geb. **Platzek**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Königsberger Weg 1, 35041 Marburg, am 5. Februar

Baltruschat, Erich, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Weidenstraße 16, 49163 Bohmte, am 2. Februar

Bietteck, Gerhard, aus Lötzen, jetzt Am Rathaus 5, 34513 Waldeck, am 7. Februar

Bollmann, Helga, geb. **Bartz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, jetzt Erpeler Straße 18, 50939 Köln, am 3. Februar

Dallmeyer, Ruth, geb. **Nowitzki**, aus Lyck, General-Busse-Straße 9, jetzt Alte Zirkuskuppel 23, 23879 Mölln, am 4. Februar

Dombrowski, Irmgard, geb. **Blaurock**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Glückaufstraße 44, 47506 Neuenkirchen-Vluyn, am 8. Februar

Edinger, Irmgard, geb. **Rembritzki**, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Am Taeberg 24, 25436 Moorrege, am 4. Februar

Eremef, Ruth, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 21, 28876 Oyten, am 8. Februar

Fratzke, Hildegard, geb. **Konrad**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Bollstraße 64, 72793 Pfullingen, am 2. Februar

Geschwandtner, Heinz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, jetzt Ringstraße 22, 47839 Krefeld, am 2. Februar

Gudat, Gerhard, aus Hainau, Kreis Ebenrode, jetzt Weddingerstraße 30, 42389 Wuppertal, am 5. Februar

Gosdek, Lydia, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Hollenbeck 8, 45699 Herten, am 5. Februar

Husemann, Irmgard, geb. **Klein**, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Heisieker Heide 26, 33739 Bielefeld, am 4. Februar

Klein, Hildegard, aus Königsberg, Artilleriestraße 58, jetzt Jägerstraße 15, 33330 Gütersloh, am 1. Februar

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2009!

Kobialka, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Max-Reger-Straße 60, 24943 Flensburg, am 4. Februar

Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße 16, jetzt Bramfelder Chaussee 442, 22175 Hamburg, am 2. Februar

Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Theodor-Heuss-Straße 4, 63457 Hanau, am 4. Februar

Mielke, Gerda, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Bernhardstraße 20, 76467 Bietigheim, am 2. Februar

Müller, Erhard, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lehmkuhlenweg 23, 40723 Hilden, am 7. Februar

Müller, Kurt, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Georgstraße 5, 98590 Schwallungen, am 1. Februar

Peisder, Traute, geb. **Obst**, aus Lauken, Kreis Lötzen, jetzt Ernst-Wille-Straße 8, 39116 Magdeburg, am 6. Februar

Pientka, Erich, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Nelkenstraße 10, 47447 Moers, am 8. Februar

Scharfschwerdt, Rudi, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fichtenweg 9, 47652 Weeze, am 7. Februar

Scheuer, Edith, geb. **Friese**, aus Lyck, Blücherstraße 11, Alte Heerstraße 14, 49124 Georgsmarienhütte, am 5. Februar

Stankewitz, Willy, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Humperdinckstraße 20, 41564 Kaarst, am 4. Februar

Tannenberger, Irmtraut, geb. **Kraska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Schalksburgstraße 202, 72458 Albstadt, am 4. Februar

Trompell, Karl, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Karl-Schönfelder-Straße 17, 22083 Hamburg, am 4. Februar

Willwoll, Ruth, geb. **Bleyer**, aus Ebenrode, jetzt Charlottenburgstraße 26 D, 51377 Leverkusen, am 5. Februar

Woehler, Gerda, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 9, 18249 Warnow, am 4. Februar

Zandereit, Hanna, geb. **Komorowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Stedefreunder Straße 93, 33729 Bielefeld, am 4. Februar

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland.

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt *gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Einen Diavortrag hält Dr. Katharina Neufeld am Mittwoch, 11. Februar, 19.30 Uhr zum Thema: „Geschichte der Deutschen in Rußland" im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Der Eintritt beträgt 3 Euro (ermäßigt: 2 Euro). Mit der Politik Peter des Großen zur radikalen Öffnung Rußlands zum Westen hin begann bereits Anfang des 18. Jahrhunderts die Anwerbung von ausländischen Fachleuten für die Wirtschaft und das Militär. Diese Aktionen waren meistens auf die Städte beschränkt. Die späteren russischen Herrscher entschlossen sich, die mehr oder weniger menschenleeren Gegenden ihres Reiches mit ausländischen Kolonisten zu besiedeln. Die Einwanderung von Deutschen wurde vor allem durch den Erlaß der Zarin Katharina II. vom Juli 1763 in Gang gesetzt. Bis 1774 wanderten etwa 30 000 ein. Ihnen wurden zahlreiche Vergünstigungen zugesichert. Die meisten Zuwanderer wurden beiderseits der Wolga angesiedelt (Wolgadeutsche). Die Ansiedlungen der Schwarzmeerdeutschen entstanden während der zweiten Einwanderungswelle unter Alexander I. 1804 bis 1824. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Rußland rund 2,5 Millionen Deutsche. Ihre Geschichte und Kultur von den Anfängen im Zarenreich bis heute ist das Thema des Vortrags von Dr. Katharina Neufeld.
Frau Dr. Katharina Neufeld ist in einem deutschen Dorf in Rußland geboren und aufgewachsen. Sie studierte Geschichte an der Uni Samara/Kujbyschew und arbeitete als Hochschullehrerin. 1997 kam sie nach Deutschland. Seit 1999 ist sie Leiterin des Museums für rußlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Sie konzipierte unter anderem die vielbeachtete Ausstellung: „Auf Augenhöhe – Deutsche aus Rußland zwischen Hoffnung und Vorurteil".

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 31. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Planspiel Atomkrieg – Adenauers Kampf um die Bombe.

Sonnabend, 31. Januar, 21 Uhr, Arte: Der erste Kaiser von China – Geschichtsdokumentation über die Ära von Kaiser Qiun Shi Huangdi (2/2).

Sonnabend, 31. Januar, 22.10 Uhr, n-tv: Verbotener Krieg zur See.

Sonnabend, 31. Januar, 21.10 Uhr, n-tv: Der ewige Sündenbock.

Sonntag, 1. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 1. Februar, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

Montag, 2. Februar, 20.15 Uhr, ARD: Willkommen zu Hause.

Montag, 2. Februar, 23 Uhr, NDR: Meine DDR – Träume und Illusionen (1/2).

Montag, 2. Februar, 23.15 Uhr, WDR: Im Swing gegen den Gleichschritt.

Mittwoch, 4. Februar, 21 Uhr, Arte: Liebesgrüße nach Moskau – Radio Freies Europa und der Kalte Krieg.

Donnerstag, 5. Februar, 20.15 Uhr, NDR: mare TV – Estlands Inseln.

Donnerstag, 5. Februar, 22.05 Uhr, N24: The Aryan Brotherhood – Gefahr aus dem Gefängnis.

Freitag, 6. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Gräfin und die Russische Revolution – Im Ersten Weltkrieg hilft die böhmische Adlige Nora Kinsky Kriegsgefangenen in Sibirien.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

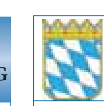
Buchen – Sonnabend, 31. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Faschingsnachmittag im „Kassacher Hof", Unterkessach. Motto: „Heut' geht es an Bord". Über die jeweiligen Busabfahrtszeiten informiert R. S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Donnerstag, 5. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der „Krone", Dinglinger Hauptstraße 4. Bitte Spenden für die Tombola mitbringen. – Sonnabend, 14. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Krone", Dinglinger Hauptstraße 4. Es gibt ein Eisbeinessen mit gemütlichem Beisammensein und eine Tombola.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 4. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Sölch, Hauffstraße, Schwäbisch Hall. Hans-Dieter Krauseneck referiert zum Thema: „Pferde in Ostpreußen".

Stuttgart – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffend der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Es steht der Faschingsnachmittag „Stint ahoi!" auf dem Programm. Für Stimmung sorgt mit Akkordeon und Gesang „Friedel Binder". Gute Laune, Gebäck und „Pappnasen" (auch Kostüme) sind bitte mitzubringen. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 12. Februar, 13 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum traditionellen Fischessen. Anmeldung bei Gerda Stegmaier, Telefon (0731) 54223.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 31. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen im „Augustiner", kleiner Saal. Bitte gute Laune mitbringen, lustige Beiträge erwünscht.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Faschingskränzchen im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen, Hotel am Kuhbogen, Marienstraße, Hof.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutscher Kaiser", Kitzingen, zum „Kappen-Nachmittag". Lustige Beiträge sind jederzeit willkommen.

Memmingen – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Fasching beim Bayernbund.

München Nord / Süd – Freitag, 13. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Noch bis Sonntag, 15. Februar, läuft im Kunstforum Ostdeutsche Galerie, Dr.-Johann-Maier-Straße 5, Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Donnerstag 10 bis 20 Uhr, die Ausstellung: „Lovis Corinth (1858–1925) – Die Geburt der Moderne".



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Wehlau – Sonntag, 1. Februar, 15 Uhr, Restaurant Linden-Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



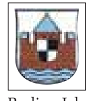
Gumbinnen – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, „Enzianstuben", Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Bartenstein – Sonnabend, 7. Februar, 12.30 Uhr, „Enzianstuben", Enzianstraße 5, 12203 Berlin, Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



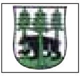
Lyck – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, Berlin, Jahreshauptversammlung. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, Berlin, Jahreshauptversammlung. Anfragen: Emil Drockner, Telefon (030) 8154564.



Rastenburg – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 11. Februar, 13.30 Uhr, „Die Wille", Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, Thema: „Ostpreußische Küche". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg – Sonnabend, 14. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Faschingsfeier mit Kostümen. Anfragen Heilsberg: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Rößel – Sonnabend, 14. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Faschingsfeier mit Kostümen. Anfragen Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr (Einlaß 14.15 Uhr), „Bremer Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen" im Konferenzzentrum Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Zum Aufwärmen gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee, Tee oder Kakao. Herr Christochowitz wird mit seiner Unterhaltungsmusik Gelegenheit zum Tanzen und Zuhören geben. Dazwischen gibt es einige Mundartdarbietungen. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Vorstandsmitglied Hans Rummel kümmert sich wieder in bewährter Weise um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, für Nichtmitglieder 23 Euro, Eintritt ohne Essen 11 Euro, darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten. Das Geld kann auch überwiesen werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Plätze rasch vergeben sind, daher wird um eine baldige Anmeldung, unter Nennung des Speisewunsches (Fleck oder Klops), in der Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718, oder bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, gebeten.

Bremerhaven – Freitag, 30. Januar, 12 Uhr (13 Uhr wird aufgetischt), Kohlwanderung und Grünkohlessen. Kohlkönig Klaus Eichholz ist für die Organisation zuständig. Die Kosten betragen 12 Euro pro Person. Verbindliche Anmeldungen bis zum 15. Januar unter Telefon 86176. Wanderfreudige treffen sich um 12 Uhr an der Kirche Am Jedutenberg zu einem kleinen Rundgang. Bitte bei der Anmeldung mit angeben. – Dienstag, 24. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Barlach-Haus" zum Fasching. Um eine baldige Anmeldung, Telefon 86176, wird dringend gebeten. – Freitag, 27. Februar, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Wahlvorschläge und Anträge müssen bis zum 13. Februar schriftlich beim Vorstand vorliegen.



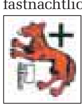
HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke und mit der U-Bahn bis Station Rödingsmarkt, und einem Fußweg von sechs Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwarten Sie wie immer eine Kaffeetafel und der Jahreszeit entsprechend ein fastnachtliches Programm.



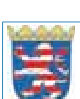
Heiligenbeil – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Wichtigste Tagesordnungspunkte: Berichte des Vorstands, Neuwahlen des gesamten Vorstands laut der Satzung der Landesgruppe Hamburg. Wahlvorschläge sind bis zum Dienstag, 10. Februar 2009, beim Ersten Vorsitzenden der Gruppe, Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, einzureichen.



Insterburg – Mittwoch, 4. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Jahreshauptversammlung und Einstimmen auf den Karneval mit lustigen Vorträgen und Liedern stehen auf dem Programm. Mehr Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr, Treffen im Bürgerthaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein. Beim „Preußischen Fasteloawend" will man gemeinsam ein paar fröhliche Stunden verbringen. Wie üblich beginnt die Gruppe mit einer Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen – jeder Beitrag aus den eigenen Reihen ist willkommen – sowie mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet.

Gießen – Freitag, 13. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Mohrunger Stube", Kongreßhalle Gießen. Erika Schmidt hält einen Vortrag über Ernst Wiechert. – Die Vorsitzende Erika Schmidt begrüßte die Mitglieder der zur Jahreshauptversammlung bei Glühwein und Schmalzbroten. In den Jahresberichten der Vorstandsmitglieder wurde noch einmal das vergangene Jahr in Erinnerung gerufen. Dem „Rechner" sowie dem gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. In ehrenden Worten gedachte der Zweite Vorsitzende Günther Fritz den vier verstorbenen Mitglieder. Zu ihrem Gedenken wurde ein Lied gesungen. Die Vorstandswahl erbrachte keine Änderungen. Somit ist Erika Schmidt weiterhin Erste Vorsitzende, Günther Fritz Zweiter Vorsitzender, Ilse Rätzel Schriftführerin, Heinz Schmidt „Rechner" und Gerti Krüger Beisitzerin. Der Jahresplan 2009 wurde vorgelegt und besprochen. Eine Besonderheit wird die für August geplante Busfahrt – zusammen mit den Schlesiern und Sudetenländern – sein.

Kassel – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Alt Süsterfeld, Eifelweg 28. Jahreshauptversammlung mit anschließendem Rückblick auf 60 Jahre Gruppe Kassel.

Wetzlar – Montag, 9. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Heinz Schmidt hält einen Vortrag über „Fischerei und Fischerkultur in Ostpreußen". Gäste sind willkommen. – Auf der Jahreshauptversammlung hielt Karl Weyland einen Vortrag über den Schriftsteller Johannes Trojan. Als „überaus erfolgreich" bezeichne der Vorsitzende Kuno Kutz die Jubiläumsausstellung im Wetzlarer Rathaus zum 60jährigen Bestehen der Gruppe, als er vor der Mitgliederversammlung das Veranstaltungsprogramm 2008 der Gruppe noch einmal Revue passieren ließ. Nicht nur Heimatvertriebene hätten den Weg zu den Exponaten über die Kultur und das politische Schicksal der Ost- und Westpreußen gefunden. Auch zahlreiche Einheimische hatten sich in der Ausstellung für die Tätigkeit der Gruppe interessiert. In einer Gedenkminute gedachte die Versammlung ihres langjährigen Vortragsreferenten Dr. Hans-Werner Rautenberg vom Herder-Institut in Marburg, der kürzlich in seinem Wohnort Schönbach verstorben ist. Schatzmeister Horst Koschinski erläuterte den Finanzetat des vergangenen Jahres mit einem Volumen von rund 2800 Euro. Die Gruppe Wetzlar erhebt keine Monatsbeiträge, sondern finanziert sich aus den Spenden ihrer 80 Mitglieder. In ihrem Rückblick auf das Leben und Werk des aus Danzig stammenden Schriftstellers Johannes Trojan (1837 bis 1915) hob Karla Wey-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

land seine Rolle als langjähriger Chefredakteur der satirischen Zeitschrift „Kladderadatsch“ in der Zeit von 1886 bis 1909 hervor. Darüber hinaus habe sich Trojan mit zahlreichen Gedichten und Geschichten um seine westpreußische Heimat verdient gemacht.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden zum „Kreppelkaffee“. Ein Nachmittag mit allerlei Lustigem zur närrischen Zeit. – Donnerstag, 12. Februar, 15.11 Uhr, Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Mit von der Partie sind wieder bekannte und beliebte „Stimmungskanonen“. Kommen Sie, und erleben Sie einen fröhlichen Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es noch'mal so viel Spaß. Kostenbeitrag 3,11 Euro.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Eine zehntägige Winterreise vom 19. bis 28. Februar 2009 in die verschneite Landschaft Masurens hat die Gruppe vorbereitet. Der Reisebus startet in Stade. Standquartier ist das Hotel Habenda in Krutinnen (Krutyn), im Herzen Masurens. Auf dem Programm stehen unter anderem der Besuch einer Eissegelveranstaltung in Lötzen (Gizycko) und eines Orgelkonzertes in der Wallfahrtskirche Heilige Linde sowie in Rastenburg (Ketrzyn) eine Führung durch die Burg und eine Glasbläserei. Die Pferdeschlittenfahrt durch die Johannesburger Heide und eine Waldwanderung mit Wintergrillen am vereisten Muckersee werden weitere Höhepunkte sein. Auch die neue Skipiste in Sensburg (Mragowo) wird bei Abendbeleuchtung besucht, ebenso die Döhnhoff-Stube in Galkowen (Galkowo). Das abendliche Kaminfeuer im Hotel lädt zu Spiel, Musik und literarischen Kostproben ein. Der Preis für Busfahrt, neun Hotelübernachtungen mit HP und Nebenkosten beträgt 535 Euro / DZ, und 590 Euro / EZ. Für die Einreise nach Polen ist ein gültiger Personalausweis erforderlich. Weitere Auskünfte und Anmeldung unter Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Sonnabend, 14. Februar, traditionelles Eisbeinessen im Hotel Thomsen. Nähere Informationen und Anmeldung bei Irmgard Lange, Telefon 50226, oder Rudi Moß, Telefon 54342.

Göttingen – Sonnabend, 31. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl im Gasthaus Zur Linde, Geismar. Im Anschluß findet das traditionelle Grützwurstessen statt.

Hannover – Freitag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Ruderclub Ihmeblick, Rosebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah), Hannover. Es stehen Neuwahlen an. Nach dem offiziellen Teil wird das Ehepaar Wolfram neues aus Königsberg (Kaliningrad) berichten.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4, Helmstedt.

Oldenburg – Mittwoch, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Dr. Jens Stüben hält einen Vortrag über Johanna Schopenhauer aus Danzig. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Osnabrück – Freitag, 30. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, großer Saal, Klosterstraße 42, Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke wird den Anwesenden den „Sternenhimmel im Winter“ nahebringen. Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (0 57 51) 30 71, oder Joachim Rebuschat, Telefon (0 57 51) 53 86.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonnabend, 14. Februar, 20 Uhr, traditioneller Winterball in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Ein Winterball mit einem bunten kulturellen Programm und einer großen Tombola. Gäste sind herzlich willkommen. – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B2. Fahrtkosten, DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Sonnabend, 31. Januar, 16 Uhr, Projektpräsentation des IKZ Mettmann: „Altes bewahren, Neues entdecken“, Eichendorff-Saal, GHH. – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 412, GHH. – Donnerstag, 5. Februar, 19 Uhr, Lesung mit Jan Cornelius „Heilige und Scheinheilige“, Konferenzraum, GHH. – Donnerstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Mittwoch, 11. Februar, 19 Uhr, Film und Vortrag „Die Gustloff“ von Heinz Schön, Eichendorff-Saal, GHH. – Donnerstag, 12. Februar, 19 Uhr, Ausstellungseröffnung: „Kinderzeichnungen aus Tschetschenien“ von Elisabeth Petersen im Eichendorff-Saal, GHH. – Freitag, 13. Februar, 18 Uhr, Stammtisch mit Erich Pätzel im Restaurant Daria, Brunnenstraße. – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr, Sonnabend, Karnevalsveranstaltung „Fröhliche Ostseewellen“, Eichendorff-Saal, GHH. Eintritt 8 Euro, Vorverkauf 6 Euro (Raum 301, GHH: Montags 10–16 Uhr, Mittwoch 15–18 Uhr). Es erwartet sie ein buntes Programm.

Haltern – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Dienstag, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apernstraße / Helenenstraße 32. Auf dem Programm stehen Plachandern, Bücher, Geburtstage und Informationen. Herr Strelau aus Danzig referiert zum Thema: „Menschliches, Allzumenschliches“. Im letzten Jahr konnte die Gruppe ihn schon mal begrüßen. Es wird um eine rege Beteiligung gebeten. Anmeldungen an Frau Taruttis, Telefon (0221) 791616.

Neuss – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl und anschließendem Grützwurstessen (nach ostpreußischem Rezept) im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Freitag, 6. Februar, 16 Uhr, Treffen zur närrischen Fastnachtsitzung im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt.

Mainz – Freitag, 6. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

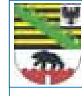
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Werner Stach zeigt den Videofilm: „Ich beschütze die ostpreußische Heimat meines Vaters“. Es gibt die neusten Aufnahmen und Eindrücke aus dem Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Sonnabend, 31. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Volkssolidarität, Clausstraße 27, 09126 Chemnitz. Thema der Zusammenkunft: „Der Elch, das ostpreußische Wappentier“. Die Gruppe ist jetzt auch im Internet zu finden, unter: www.ldow-chemnitz.de.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

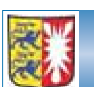
Aschersleben – Mittwoch, 4. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Heck nerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 12. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 9. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“ zum „Kappenfest“.

Halle – Sonnabend, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54. Das bekannte Seniorenkabarett „Die Oldies“ wird sein neues Programm aufführen.

Magdeburg – Dienstag, 3. Februar, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 3. Februar, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 6. Februar, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 8. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760. Reiseverlauf: 1. Tag: Tangermünde – Thorn. Stadtführung. In der Copernicus-Stadt Besichtigung der schönen Altstadt. Hierzu gehören unter anderem der Dom, das Rathaus und das Geburtshaus von Copernicus. 2. Tag: Thorn – Lötzen. Stadtbesichtigung. Historische Festung Boyen, Wasserturm, der 96 Jahre lang die Stadt mit Wasser versorgte. Es fährt ein Fahrstuhl zur Aussichtsplattform. Im Wasserturm befindet sich auch ein schönes Cafe mit einer kleinen Sammlung historischer Bilder und Dokumenten über das alte Lötzen. Eventuell Orgelkonzert in der evangelischen Kirche. 3. Tag: Masurenrundfahrt. Heilige Linde, Staken auf der Kruttinna, eventuell Wolfsschanze, Nikolaiken, in Zondern Bauernmuseum (dort gibt es selbstgebackenen Kuchen). 4. Tag: Lötzen – Kauen – Wilna. Stadtführung, Besuch der Inselburg Trakai. Es ist die einzige erhaltene gotische Wasserburg Osteuropas. Die Inselburg im Gahre-See war einst Residenz der Großfürsten und somit die mittelalterliche Hauptstadt von Litauen. 5. Tag: Auf der Fahrt nach Riga. Besichtigung des prächtigen Schlosses Rundale, das kurz hinter der lettischen Grenze im ehemaligen Herzogtum Kurland liegt. Im 18 Jahrhundert wurde die Sommerresidenz vom berühmten Baumeister Restrelli erbaut. 6. Tag: Riga. Stadtführung. Bei einem Rundgang lernt man die schöne alte Hansestadt kennen. Eine Fülle von Sehenswürdigkeiten bietet die Stadt wie den Dom, das Schwarzhäupterhaus, die Große und Kleine Gilde und zahlreiche Jugendstil-Bauwerke. Ausflug nach Jurmala, dem Badestrand an der Rigaer Bucht. 7. Tag: Riga – Reval. Bei der heutigen Weiterreise erreicht man den Ganja. Natur mit Besuch der Ruine Bischofsburg Turaida. 8. Tag: Reval. Stadtführung. Die Stadt mit ihren 26 Türmen bietet von der Seeseite her ein eindrucksvolles Panorama. Bei einem Spaziergang durch die mittelalterliche Stadt sieht man barocke Häuser, verwinkelte Gassen und viele gotische Kirchen. In der Nähe der belebten Einkaufsstraße befindet sich die im 13. Jahrhundert entstandene Nikolaikirche. Da sie außerhalb der städtischen Wehranlagen lag, hat sie ein eigenes Verteidigungssystem. Die 139 Meter hohe Olai-Kirche diente über Jahrhunderte den Seeleuten als Orientierungsmerkmal. Das Schloß befindet sich ebenfalls in der Oberstadt auf dem Domberg. Katharina die Große ließ das Schloß bauen, das heute als Parlamentssitz fungiert. Der wuchtige Geschützturm „Dicke Margarete“ und das Schloß Toompea. 9. Tag: Reval – Memel. Stadtbesichtigung. 10. Tag: Memel. 19 Uhr Abfahrt mit der Fähre in Richtung Kiel. 11. Tag: Ankunft 15 Uhr in Kiel, Weiterfahrt mit dem Bus nach Tangermünde.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Donnerstag, 12. Februar, 13.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in Wiggers Gasthof. – Ein abwechslungsreichen Nachmittag erlebten die Mitglieder bei ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr. Die Zweite Vorsitzende begrüßte die Anwesenden mit guten Wünschen und mit einem besinnlichen Text dazu. Dann wurden die Geburtstagskinder des Monats geehrt. Besonders Therese Baltrusch, die am 20. Dezember ihren 102. Geburtstag feiern konnte. Auf Wunsch eines der Geburtstagskinder wurde „Was frag ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin“ gesungen. Auf Vorschlag von Katharina Makarowski war die ostpreußische Kochkunst Thema des Nachmittages. Sie hatte sich zusammen mit Ursula Riegel auf dieses Treffen vorbereitet. Über Fischfang über Fischgerichte und die Fischfrauen in Königsberg wurde berichtet. Von Fischarten und Rezepten und wurde eifrig diskutiert, Kochen und Backen in der Heimat erwiesen sich als unerschöpfliche Themen.

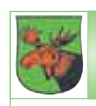
Bad Schwartau – Sonnabend, 7. Februar, Winterfest der Ostpreußen im Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, mit vielen Überraschungen. Es erwarten Sie wieder flotte Musik, Stimmung und Gesang sowie eine reichhaltige Tombola. Gäste sind wie immer herzlich willkommen sowie alle Freunde und Mitglieder der Gruppe und die Mitglieder der anderen Landsmannschaften. Karten zu 7 Euro (an der Abendkasse 8 Euro) erhalten Sie bei den bekannten Vorverkaufsstellen: Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) sowie Lotto- und Totoannahmestelle Schubert, Cleverhofer Weg 120. Nähere Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Fehmarn – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“ zur Jahreshauptversammlung. Neben Wahlen und anderweitigen Regularien hält Hubertus Hilgendorff einen Vortrag über das Ostpreußische Landesmuseum.

Kiel – Die Gruppe veranstaltete Mitte Januar ihren „Preußentag“. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner konnte 58 Teilnehmer begrüßen. Anschließend hielt er einen Vortrag über: „Die Deutsche Nationalhymne – Das Gedicht und seine Deutung (das Lied der Deutschen)“. Dann wurden Eckart Hallmann, Edith Grigo, Klaus Kuhr, Stella Metzner und Dr. Walter Rix für ihre Verdienste an der Heimat geehrt. Bis zum Mittagessen unterhielt Jochen Gawehns die Anwesenden mit Gedichten und mundartlichen Beiträgen aus Ostpreußen. Als „Dessert“ traten fünf junge Künstler im Alter von 9 bis 13 Jahren auf, die mit ihren Liedern unterhielten. Sie wurden zu Zugaben genötigt. Dr. Walther Rix wurde nach seinem Vortrag: „Heimat in der Zeit der Globalisierung“ mit viel Beifall bedacht. Zum Ausklang brachte noch Stella Metzner den mundartlichen Beitrag über das „Kropfenbaken“.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Ostpreußenreise 2009 – Nachfolgender Reiseablauf ist hierfür geplant: **Vom 5. bis 14. Juni 2009**: zehntägige Drei-Länder-Frühlingsfahrt, Reiseleiter Peter Westphal, Telefon (05324) 798228. 1. Tag: Fahrt ab Hannover über Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute (zum Beispiel an Autobahnraststätten und nach Absprache) bis nach Thorn. Zwischenübernachtung in Thorn. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die sehr schön restaurierte Altstadt von Thorn. Sie sehen unter anderem das Rathaus mit dem Nicolaus-Copernicus-Denkmal davor, die Marien- und Johanneskirche und das Copernicus-Museum. Weiterreise an der Weichsel entlang und über Marienburg mit Fotostopp an der imposanten Burganlage. Anschließend erreichen Sie den polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie bereits Ihr deutschsprachiger Betreuer erwartet. Danach Weiterfahrt nach Tilsit in das frisch renovierte zentral gelegene Hotel Rossija. 3. Tag: Fahrt in die Elchniederung nach Rauterskirch und Seckenburg an der Gilge. Hier sind ein offizieller Empfang sowie ein Treffen mit der örtlichen Bevölkerung vorgesehen. Anschließend Ortsbesichtigung mit Besuch der historischen Kirche Rauterskirch mit Gedenkfeier. Am Nachmittag Besuch der Orte Groß Friedrichsdorf, Kreuzingen, Neukirch und Heinrichswalde. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: An diesem Reisetag steht eine geführte Rundfahrt durch den Kreis Elchniederung mit Besuch der einzelnen Kirchspielorte auf dem Programm. Dabei führt die Route auch über die Sköpener Brücke in den nördlichen Teil des Kreises mit Besuch von Kuckerneese, Herdenau, Rautersdorf, Milchhof, Karkeln und Inse am Kurischen Haff und dem bekannten Jagdschloß Pait. Alternativ wird bei schönem Wetter eine Bootsfahrt von Labiau aus durch den Großen Friedrichsgraben sowie den Seckenburger Kanal und der Gilge, beziehungsweise auf Timber und Laukne – auch als ostpreußisches Venedig bekannt – angeboten (Nicht im Reisepreis enthalten). Neben dem Aufenthaltsprogramm sind natürlich auch eigene Unternehmungen möglich, unser Taxiservice steht Ihnen hierzu zur Verfügung. 5. Tag: Tag zur freien Verfügung. Unser Taxiservice bietet wieder die Möglichkeit für gezielte Einzelfahrten und Unternehmungen, einschl. des Gebietes nördlich der Gilge. Am Abend erleben Sie ein stimmungsvolles Folklorekonzert. 6. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel im nördlichen Ostpreußen. Danach passieren Sie in Tilsit auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen und fahren in das Memelland, wo Sie in Heydekrug die Kirche besichtigen. Anschließend Fahrt Richtung Kintai, wo bereits Ihr Schiff zu einem Ausflug durch das Memeldelta zum Kurischen Haff wartet. Unterwegs gibt es ein zünftiges rustikales Picknick. Anschließend Weiterfahrt durch das Memelland bis nach Memel, dem heutigen Klaipeda. Bei einer Führung sehen Sie die sehr schön restaurierte Altstadt, deren Zentrum der Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau bildet. Anschließend Fähurüberfahrt zur Kurischen Nehrung und Weiterfahrt bis nach Nidden, wo Sie Ihr Hotel für die nächsten zwei Nächte beziehen. Übernachtung in Nidden. 7. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung zu Fuß in Nidden auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl schönste Ferienort Litauens. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. 8. Tag: Rückreise über den russischen Teil der Kurischen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Nehrung mit einem Zwischenstopp an der bekannten Vogelwarte in Rossitten. Danach erreichen Sie Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab und das Königstor. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. Anschließend Weiterreise über den Grenzübergang Heiligenbeil in den westlichen Teil Ostpreußens. Unterwegs Besuch von Frauenburg mit dem imposanten Dom, der einstigen Wirkungsstätte von Nicolaus Copernicus. Abendessen und Hotelübernachtung in Elbing. 9. Tag: Nach dem Frühstück besteigen Sie Ihr Schiff zu einer Fahrt auf dem Oberländer Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Danach verlassen Sie das Ermland und fahren durch Kaschubien westlich von Danzig bis nach Pommern, wo Sie die letzte Nacht Ihrer Reise in einem stimmungsvollen Schloßhotel in der Nähe von Köslin verbringen. 10. Tag: Rückreise nach Deutschland. Vor der Grenzabfertigung wird noch der polnische Markt bei Stettin besucht (Programmänderungen vorbehalten). Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice, eine Ü/HP in Thorn, vier Ü/HP in Tilsit, Hotel Rossija, zwei Ü/HP in Nidden, Hotel Nerija, eine Ü/HP in Elbing, Hotel Elzam, eine Ü/HP im pommerschen Schloßhotel Podewils, Besichtigungsprogramm wie beschrieben, alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten, auch die Naturschutzgebühren auf der Kurischen Nehrung, deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen, in Litauen, zur Stadtführung in Thorn sowie während der Besichtigungen und Rundfahrten in Masuren. Visabeschaffung (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen), Preis 938 Euro, EZ-Zuschlag 165 Euro, Visagebühr 75 Euro (Visum zur zweimaligen Einreise).



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Brigitte Havertz-Krüger, Büchelstr. 22, 42855 Remscheid, Tel. (02191) 5923487 (ab 19 Uhr), Fax (03222) 1024277, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Neujahrsempfang unserer Patenstadt Rendsburg – Auch in diesem Jahr war die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen zum traditionellen Neujahrsempfang unserer Patenstadt Rendsburg eingeladen. Unser Ehrenvorsitzender Hans Ulrich Gettkant nahm in Vertretung für den 1. Vorsitzenden an der feierlichen Veranstaltung im großen Saal des Kulturzentrums teil, zu der 380 geladene Gäste aus Verwaltung, Politik, Verbänden und Wirtschaft erschienen. Begonnen hatte die Veranstaltung mit einer Gedenkminute für den Rendsburger Stadthistoriker Dr. Edward Hoop, den langjährigen SPD-Ratsvertreter und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas-Peter Vohs und den ehemaligen Bürgervorsteher Hellmuth Brodersen. Das Motto des Abends lieferte Bürgervorsteherin Karin Wiemer-Hinz in ihrer Begrüßungsansprache, die sie dem Kabarettisten Hans Scheibner zitierte: „Liebe Freunde, es wird grausam, es wird furchtbar. Aber wir wollen es mal positiv sehen.“ Ganz so drastisch beurteilte Karin Wiemer-Hinz die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Stadt Rendsburg nicht, deutliche Worte aber fand sie für die Ursachen: „Es ist eine Krise, die durch Gier und Maßlosigkeit, durch Unverantwortlichkeit und kriminelle Energie die Marktwirtschaft aus der Bahn geworfen hat.“

Die Stadt Rendsburg werde angesichts dieser Situation den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern durch öffentliche Aufträge ihren Beitrag zur Stützung der Konjunktur in der Region leisten, kündigte Wiemer-Hinz an. Sie nannte in diesem Zusammenhang unter anderem das Obereiderprojekt, die Sanierung der nördlichen Altstadt, die Entwicklung der Eiderkaserne, die Programme für die Stadtteile, aber auch die Investitionen in Höhe von 4,2 Millionen Euro in die zehn städtischen Schulen. Begrüßenswert sei die Ansiedlung des Windkraftkonzerns Repower, die von Tag zu Tag konkreter werde und Arbeitsplätze in die Region bringe. Darüber hinaus verhandle die Verwaltung mit zwei Unternehmen über die Investition von jeweils zweistelligen Millionenbeträgen an unterschiedlichen Standorten in Rendsburg.

Nachdem die Begrüßungsrede in den vergangenen Jahren immer vom Bürgermeister gehalten und der Bürgervorsteher für die Ehrungen zuständig gewesen war, folgte nun ein Rollentausch. Bürgermeister A. Breitner zeichnete Ruth Lücke, Vorsitzende des Rendsburger Seniorenrates, mit der Ehrennadel und die Bahnhofsmission Rendsburg mit dem Bürgerpreis aus und würdigte dabei das ehrenamtliche Engagement in der Stadt: „In einer Gesellschaft, in der man manchmal glaubt, das eigentliche Symbol sei der Ellenbogen und nicht die ausgestreckte Hand, ist nichts so wichtig wie die Zuwendung zum Anderen, der Trost im Leid und die Hilfe bei Gefahr.“ Es gebe in Rendsburg sehr viel Bereitschaft zum ehrenamtlichen Tun, aber es sei noch Platz auf der nach oben offenen Skala. Die große Zahl der ehrenamtlichen Vertreter von Verbänden, Vereinen und Institutionen sei ein Beleg für ein intaktes Gemeinwesen. „Rendsburg ist eine Stadt“, sagte Breitner, „aber wir halten zusammen wie auf dem Dorf.“



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@ t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Darmstadt / Stammtisch – Zum Stammtisch der Heimatgruppe Darmstadt, Sonnabend, 28. Februar, 11.30 Uhr, Bürgerhaus am See, Darmstadt-Wixhausen, laden wir alle Landsleute herzlich ein. Gäste sind herzlich willkommen. U. a. wird ein Film über eine Ostpreußenreise gezeigt.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstr. 91, 41063 Mönchengladbach, Tel. (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ostpreußenkalender des Landkreises Königsberg 2009 der Kreisgemeinschaft Königsberg Land – Noch immer erreichen uns Anrufe, die den schönen Kalender erwerben möchten. So sehr wir uns über den Zuspruch für „unser Werk“ freuen, so sehr bedauern wir es natürlich, daß wir Absagen erteilen müssen. Wir verfügen über kein einziges Exemplar mehr. Bei dieser Gelegenheit danken wir allen Landsleuten und Freunden unserer Heimat, die uns durch den Kauf des Kalenders beziehungsweise ihre Spende bei unserer heimatpolitischen und kulturellen Arbeit unterstützen.

Wir werden, so haben wir es jedenfalls fest vor, auch für das Jahr 2010 einen Kalender mit heimatlichen Motiven ganz Ostpreußens erstellen. Es wäre gut, wenn sich unsere Landsleute möglichst früh für den Erwerb entscheiden, wir können dann gegebenenfalls noch eine bestimmte Stückzahl nachdrucken lassen. Wir werden Sie jedenfalls frühzeitig informieren. Jetzt aber stehen Frühjahr und Sommer bevor. Wir wünschen Ihnen allen, daß Sie die Zeit genießen und, wenn irgend möglich, an den Kreis- und Ortstreffen teilnehmen. Die Verantwortlichen geben sich viel Mühe und freuen sich, wenn ihre Arbeit Früchte trägt. Und Sie gehen, bereichert von dem Zusammensein mit vertrauten Menschen, wieder nach Hause.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Anzeigen

Befiel dem Herrn deine Wege
und hoffe auf ihn;
Er wird's wohl machen
Psalm 37,5

Nach einem erfüllten Leben ist unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma, Schwester, Schwägerin und Tante fern der geliebten Heimat Ostpreußen verstorben.

Käthe Eva Koschinat
geb. Schimkat

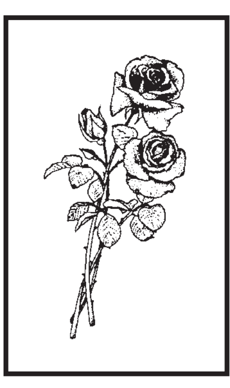
∗ 4. September 1919 † 13. Januar 2009
in Kekorischken/Auerbach,
später Ripkeim/Kr. Wehlau

1993 konnte sie mit Ehemann Ernst († 2007) und Kindern die Heimat in Ripkeim/Kr. Wehlau und den letzten ostpreußischen Wohnsitz Königsberg (Tipoltstraße 18) nochmals besuchen, was beiden sehr viel bedeutete.

Wir danken für ihre Fürsorge und Liebe, die sie uns allen geschenkt hat.

Im Namen aller Angehörigen
Wolfgang Koschinat

56112 Lahnstein, Am Allerheiligenberg 55, Tel.: 0 26 21/72 26



Im Meer des Lebens,
im Meer des Sterbens,
in beidem müde geworden,
ruht meine Seele an jenem Ufer,
an dem jede Flut verebbt.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder und Onkel

Dr. Jörg-Peter Brasch

∗ 19. 5. 1927 † 4. 1. 2009

Ursula Brasch, geb. Fleischmann
Jörg-Hartwig Brasch und Familie
Jost-Peter Brasch und Familie
Dr. Daniela Bielert, geb. Brasch **und Familie**
Ingrid Segert, geb. Brasch **und Familie**

31535 Neustadt a. Rbge., Suttorfer Straße 22

Die Seebestattung findet in der Ostsee im engsten Familienkreis statt.

Alle Bücher, die ich gelesen habe, haben mir den Trost nicht gegeben, den mir die Worte der Bibel gab: „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.“
Immanuel Kant

Nur 10 Monate nach dem Tode seiner geliebten Frau mussten wir Abschied nehmen von meinem herzensguten Vater, meinem geliebten Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel

Jürgen Schneidereit

∗ 20. 11. 1932 in Tilsit † 19. 1. 2009 in Nürnberg

90473 Nürnberg, Jauerstr. 14

In Liebe und Dankbarkeit:
Sven Schneidereit
Hannelore und Winfried Robertz-Melzer
und alle Angehörigen

Unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

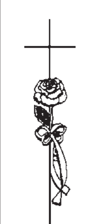
Ilse Thiering

∗ 15. September 1934 † 31. Dezember 2008
aus Königsberg (Pr.), Sarkauer Straße 9

hat uns für immer verlassen.

In stiller Trauer
Gerhard und Christian Thiering
und Familien

22547 Hamburg, Morgenröteweg 9



Nach langem, erfülltem Leben heimgegangen!

Wilhelm Tiburczy
Drosselwalde
8. 8. 1915 – 13. 1. 2009

Es trauern:
Irmgard Oberger, Harry und Ursula Tiburczy
Gaby, Torsten und Fabian Freund
Markus, Philipp-Pascal und Emely Tiburczy

Wichte, im Januar 2009

Zum 15. Todestag, ein herzliches Gedenken

Therese Funk
geb. Bodschewski
geb. 7. 9. 1905 in Kl. Sobrost (Ostpr.)
gest. 9. 2. 1994 in Stühlingen

Deine Tochter Ursel mit Familie
Pflegetochter Ingrid Sabine Heise

Früher: Königsberg, Speicherdorferstraße 121 B
Jetzt: Ingrid Hartlehnert, geb. Heise, Hebelweg 7, 79771 Erzingen

Unser Herz will dich halten
Unsere Liebe dich umfangen
Unser Verstand muss dich gehen lassen
Denn deine Kraft war zu Ende
Und deine Erlösung eine Gnade.

Renate Degering
geb. Ogilvie
10. 10. 1913 – 19. 1. 2009

So wie sie es sich immer gewünscht hat, ist sie in Frieden eingeschlafen.

Im Namen aller Anverwandten
Burkhart Ogilvie

Lanker Straße 35, 40545 Düsseldorf

Ihren Gottesdienst hielten wir am Donnerstag, dem 29. Januar 2009, um 16.00 Uhr in der Kapelle im Augustinum zu Aumühle.



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit
Elche stehen und lauschen
in die Ewigkeit.

Nach einem erfüllten Leben wurde unser Vater in die Ewigkeit gerufen.

Karl-Heinz Weinberg

∗ 1. Juli 1920 † 16. Januar 2009
in Memel/Ostpreußen in Döbeln/Sachsen

In stiller Trauer
Christa Hummitzsch, geb. Weinberg
Bärbel Wolf, geb. Weinberg
Sabine Birnbaum, geb. Weinberg

Die Beisetzung findet am 4. Februar 2009 in Döbeln statt.

Februar 2009 – Naußlitz, München, Glottertal

Fortsetzung von Seite 19



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Mittlere Generation – Der Arbeitskreis „Mittlere Generation" ist eine lose Vereinigung von Nachkriegsgeborenen der Kreisgemeinschaft Lyck. Der Arbeitskreis tagt in der Regel zweimal im Jahr. Die nächste Zusammenkunft findet am 28. Februar und 1. März 2009 im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Der Arbeitskreis tagt diesmal zusammen mit dem Kreistag. Es soll über die Zukunft der Kreisgemeinschaft Lyck beraten werden. An der Tagung Interessierte melden sich bitte bei Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797. Bei Teilnahme erfolgt Fahrtkosten-Ersatz.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Wahlaufruf für die Wahl der Bezirks- und Ortsvertreter nach § 6 der Satzung der Heimatkreisgemeinschaft Rastenburg – Gewählt werden die Vertreter der einzelnen Bezirke der Stadt und des Kreises Rastenburg. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die in der Heimatkartei aufgenommen sind. Die Wahl der Kandidaten ist erfolgt, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen nach Veröffentlichung des Wahlaufrufes beim Wahlausschuß Widerspruch oder Gegenstimmen eingehen. **Bezirk Rastenburg-Stadt** – Stadtvertreter Lothar Grabowski. Bezirksvertreter: Erna Domnick, Marlies Kummer, Dorothea Korff, Lothar Grabowski, Knut Gritzki, Frank Krawolitzki. **Bezirk Rastenburg-Land** – Bezirksvertreter: Siegfried Domnick. Ortsvertreter: Groß Galbuhnen Irmgard Hoffmeister. Groß Neuhof Heinz Grossmann. Bürgersdorf zur Zeit kein Kandidat. Krausendorf Heinz Trojan. Für die Orte Muhlak, Groß Köskeim, Weischnuren, Weitzdorf, Neuendorf und Kotittlack gibt es zur Zeit keine Kandidaten. **Kirchspiel Bäslack** – Bezirksvertreter: Edith Kaes. Ortsvertreter: Bäslack Edith Kaes. Pötschendorf Christa Staschko. Püls, Spiegels und Widrinnen Margarete Ginger. Scharfs Bruno Behrend. Wilkendorf, Laxdoyen und Pragenau Maria Bludau. **Kirchspiel Barten** – Bezirksvertreter: Kurt Windt. Ortsvertreter: Barten Gerda Schumacher. Baumgarten Bernd Kazperowski. Freudenberg Hildegard Behrendt. Jankenwalde Lore Pawlowski. Meistersfelde und Sansgarben Manfred Perbandt. Sausgörken und Skandlack Renate Rohlfing. Taberwiese Dr. Regina Vogel. **Kirchspiel Dönhofstädt** – Bezirksvertreter: Horst Kuhnke. Ortsvertreter: Dönhofstädt, Gr. Wolfsdorf, Kl. Wolfsdorf und Krimlack Helga Kemper. Plehnen Dorothea Neumann. Modgarben Horst Lambrecht. Kamplack Walter Jonialis. **Kirchspiel Drengfurth** – Bezirksvertreter: Alfred Bendzuck. Ortsvertreter: Drengfurth Alfred Bendzuck. Fürstenau Christel Behling. Jäglack Rudi Schmidt. Marienthal Elli Heise. Salzbach und Schülzen Kurt Schawohl. Wolfshagen Albert Schiller. **Kirchspiel Korschen** – Bezirksvertreter: Peter Perzel. Ortsvertreter: Korschen Peter Perzel. Helmut Preuß. **Kirchspiel Leunenburg** – Bezirksvertreter: Kurt Pehl. Ortsvertreter: Gelbsch und Karschau Erna Herbergs. Kaltwangen Ingeborg Donning. Leunenburg Kurt Pehl. Schlömpen, Schrankheim und Wormen Alfred Zachau. **Kirchspiel Lamgarben** – Bezirksvertreter: Winfried Link. Ortsvertreter: Bannaskeim, Godocken und Lamgarben Winfried Link. Borschehnen und Podlacken Helmuth Weiss. **Kirchspiel Langheim** – Bezirksvertreter: Waltraud Franken. Ortsvertreter: Glaubitten und Kremitten zur Zeit kein Kandidat. Gudnick Frieda Blank. Lablack zur Zeit kein Kandidat. Langheim Minna Scheiba. Sußnick Helga Landini. Wendehnen und Zandersdorf zur Zeit kein Kandidat. **Kirchspiel Paaris** – Bezirksvertreter: Dorothea Neumann. Ortsvertreter: Paaris, Seeligenfeld und Gr. Winkeldorf Elisabeth Roggatz. **Kirchspiel Schönfließ** – Bezirksvertreter: Ursula Paehr. Ortsvertreter: Babziens, Schönfließ und Tolksdorf Alice Schlemmert. **Kirchspiel Schwarzstein** – Bezirksvertreter: Gerhard Gawrisch. Ortsvertreter: Blaustein und Neu Rosenthal zur Zeit kein Kandidat. Partsch und Pohiebels Dietrich May. Schwarzstein Gertrud Diertrich. **Kirchspiel Wenden** – Bezirksvertreter: Günther Klein. Ortsvertreter: Kemlack Erich Brückmann. Stettenbruch Günther Klein. Wehlack Hubertus Hilgendorff. Wenden Lieselotte Siegmann. Elisenthal Günther Klein. Dommbehnen Dr. Siegfried Plaumann. Platlack und Hermannshof Renate Ipsen. Wir bitten um weitere Vorschläge für die nicht besetzten Orte. Schriftverkehr bitte an: Christel Klein, Fuchsbreite 6, 37181 Hardegsen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstr. 21, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 695727, Fax: (04402) 972237. Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 (Anrufbeantworter), Diedrichstr. 2, 24143 Kiel.

Realgymnasium / Oberschule für Jungen – Das nächste Treffen findet am 10. / 11. Mai in der Lutherstadt Wittenberg statt. Offizieller Beginn ist am Sonntag, 10. Mai, 15 Uhr, mit der traditionellen Kaffeetafel. Nach den üblichen Regularien stehen der Nachmittag und Abend im Zeichen von Informationen, Gesprächen und Begegnungen. Am Montag um 10 Uhr begeben wir uns an Bord der MS „Wittenberg". Während einer zweistündigen Panoramafahrt erleben wir die Flußlandschaft der mittleren Elbe. Um 16 Uhr besuchen wir die Stadtkirche St. Marien mit dem weltberühmten Cranach-Altar. Die Kirchenbesichtigung klingt aus mit einem halbstündigen Orgelkonzert. Abends ab 19 Uhr lassen wir bei Abendessen und gemütlichem Beisammensein die Erlebnisse der beiden Tage Revue passieren. Am Dienstag nach dem Frühstück schlägt die Stunde des Abschiedes. Das Hotel befindet sich inmitten der historischen Altstadt in unmittelbarer Nähe zum Lutherhaus. Unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen" ist bis zum 31. März ein Zimmerkontingent reserviert. Anmeldungen sind möglichst bald zu richten an Best Western Hotel Stadtpalais, Collegienstr. 56 / 57, 08886 Lutherstadt Wittenberg, Telefon (03491) 4250, Fax (03491) 425100.

Asche auf das Haupt der Redaktion – Bei der Auflistung der ostpreußischen Heimatbriefe fehlte der „Angerburger Heimatbrief". Dieser erscheint zweimal jährlich, jeweils in einer Auflage von 3300 Stück. Zuständige Schriftleiterin ist Susanne Hagen, E-Mail: hagen.eydelstedt@googlemail.com. Wir bitten diese „Unterlassungssünde" zu entschuldigen. **Ihr Florian Möbius**

TORheiten in Königsberg

Erfolgreiche Ausstellung zum orthodoxen Weihnachtsfest

Die Ausstellung „Weihnachtliche TORheiten" im Museum Friedländer Tor in Königsberg ist auf großes Interesse gestoßen. Die ungewöhnliche Ausstellung geht auf eine gemeinsame Initiative der Museumsmitarbeiter und von Menschen aus Stadt und Land zurück.

Jeder war aufgerufen, an der Sammlung alten Spielzeuges mitzuwirken, was viele begeistert taten. Sie lieferten dem Museum – meist als Spende – soviel Material, daß am Ende nur ein kleiner Teil der Gegenstände gezeigt werden konnte. Die meisten der eingesammelten Sachen überließen die Spender dem Museum als Geschenk.

Der erste bekannte Baumschmuck bestand aus Konditorwaren wie Lebkuchen, Gebäck oder Mandarinen. Erst zu Beginn des 17. Jahrhunderts begann man, Weihnachtsbäume mit Spielzeug zu schmücken, meist mit Kugeln und Girlanden. Experten gehen davon aus, daß die ersten Weihnachtskugeln in Deutschland aufgetaucht sind. Dies soll damit zusammenhängen, daß einmal nach einer Mißernte in Deutschland die traditionellen Äpfel durch Kugeln ersetzt wurden. Den Durchbruch schafften Kugeln als Baumschmuck jedoch erst im 19. Jahrhundert.

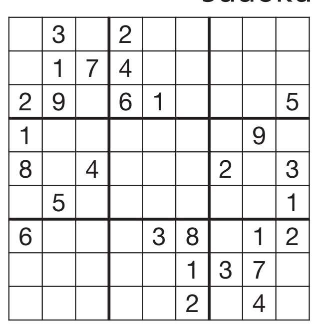
Die ersten Tannenbaumkugeln in Rußland wurden aus gepreßter Watte und Pappmaché hergestellt. Bis in die 1930er Jahre gab es in der Sowjetunion keine eigene Baumschmuckherstellung. Erst in den 40er Jahren begann sich der Weihnachtsbaumschmuck zu verbreiten. Besonders beliebt waren hier Glas- und Plastikfiguren in der Gestalt von Märchenhelden. Zurück zur Ausstellung: Im Museum „Friedländer Tor" wurden Hunderte Schmuckgegenstände und Weihnachtskarten gezeigt. Ungefähr 200 Figuren zierten die drei Meter hohe Tanne des Museums. Es gab Weihnachtsporzellan zu sehen sowie Rezepte für die Weihnachtstafel, die im Königsberg der Vorkriegszeit populär waren. Die Museumsmitarbeiter erklärten den Besuchern die Weihnachts- und Neujahrsbräuche in verschiedenen Ländern.

Die in der Ausstellung gezeigten Exponate sowjetischer Herstellung wurden bis in die 70er Jahre hinein in Heimarbeit hergestellt. Die ältesten Gegenstände stammen aus den 20er und 30er Jahren. Die Besucher hatten die Möglichkeit, sich mit Exponaten aus der deutschen und der sowjetischen Zeit bekannt zu machen und sie zu vergleichen. An den Ausstellungsständen konnten sie neben Spielzeug auch Weihnachtskarten und Fotos aus privaten Sammlungen betrachten. Bei vielen Besuchern weckte die Ausstellung nostalgische Erinnerungen, sie fühlten sich in ihre Kindheit zurückversetzt. Die Ausstellung blieb während der gesamten Winterferien bis zum 18. Januar geöffnet. *Jurij Tschernyschew*



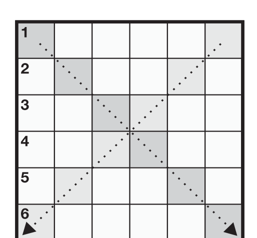
Stadtgeschichte: Die deutsche Vergangenheit ist auch aus aktuellen Ausstellungen nicht wegzudenken. Bild: Tschernyschew

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



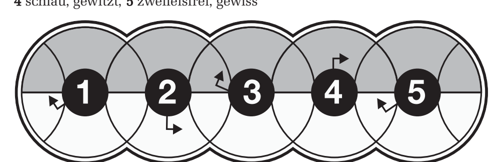
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Begriffe für sofort.

1 frech, unverschämt
2 Horngebilde an Tierzehen
3 Wechseltierchen
4 Klassenerster
5 Haarbüschel
6 Geburtsland

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gewöhnlich, üblich.

1 Stoffrolle, **2** Jugendlicher mit Pilzkopffrisur, **3** Schutz, Obhut (griechisch), **4** schlau, gewitzt, **5** zweifelsfrei, gewiss



Kreuzworträtsel (Fragen): europäischer Staat – spanischer Fluss – Fahrt mit einem Luftfahrzeug – Dynastie im alten Peru – reimen, Verse schreiben – dt. Schauspieler (Mario) – italienisch: vorwärts! – keimfrei – netzartiges Gewebe – zugunsten einer Person, Sache – Auszug aus einem Buch oder Bericht – unbestimmter Artikel – unecht wirkendes Verhalten – griechische Göttin – unterwürfig; demütig – eine Luftreise antreten – französischer Weinbrand – Lichtspieltheater – trainieren – metallhaltiges Mineral – „Langfinger" in Geschäften – Hab-, Raffsucht – Soldat in der Ausbildung – Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch) – Lobrede – wichtig, grundlegend – berufl. Arbeit; Gefälligkeit – Berg bei Innsbruck – Gespenster treiben – Backmasse – griechischer Buchstabe – kleinere Glaubensgemeinschaft – Gebirge zwischen Europa u. Asien – günstige Gelegenheit – Kummer, Seelenschmerz – Kugelstoßspiel – Teil eines Ganzen – einfach – feiner Spott – unwissender Mensch – schläfrig; erschöpft – schlank und geschmeidig – zu sprießen beginnen – verschmutzte Stelle – verschiedener Ansicht – amerik. Autor (Edgar Allan) – Gartenzierpflanze – polnische Stadt an der Weichsel – spitzer Pflanzenteil – Großkatze, Jagdleopard – Begabung – elektronischer Speicherort – Schwermetall – kleiner Rhododendron – Arbeitsentgelt zahlen – Papstkrone – dänische Stadt auf Fünen – Kochgefäß – Last-, Reittier der Wüste – Zwiesprache mit Gott – Hauserrichtungsabschnitt – norddt.: ungezogenes Kind – Klavierteil; Druckhebel – Ackergrenze – Apfelsine – Kleiderverzierung – Zwirn aus verschiedenfarbigen Garnen – Göttertrank; Blütensaft – Drehpunkt – Beweisstück; Quittung – Baumteil – aufbewahren – italienischer Geigenbauer – zeitlich später, hinterher – ringförmige Koralleninsel – italienische Weinstadt – Brauch, Sitte (lateinisch) – Strauchfrucht – Ruhelosigkeit – Ausruf der Verwunderung – Opernsologesang – Stadt u. Kanton in der Schweiz – Turngerät – Schnuller – Senkblei – landschaftlich: bügeln – Abk. für Auswärtiges Amt – Kfz-Zeichen Trier – himmelblaue Farbe – Ringelwurm – Fähigkeit zur Wahrnehmung – chem. Zeichen für Kobalt – an der Weiterfahrt hindern – Zauberwurzel – Auswirkung, Ergebnis

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. patzig, 2. Kralle, 3. Amoebe, 4. Primus, 5. Schopf, 6. Heimat – prompt, gleich

Kreiskette: 1. Ballen, 2. Beatle, 3. Aegide, 4. listig, 5. sicher – alltaeglich

Sudoku:

4	3	6	2	9	5	1	8	7
5	1	7	4	8	3	6	2	9
2	9	8	6	1	7	4	3	5
1	2	3	8	5	6	7	9	4
8	6	4	1	7	9	2	5	3
7	5	9	3	2	4	8	6	1
6	4	5	7	3	8	9	1	2
9	8	2	5	4	1	3	7	6
3	7	1	9	6	2	5	4	8

»Ihr Lachen ist uns Dank«

Hermann Gmeiners Idee der SOS-Kinderdörfer umspannt die Welt – Weiterer Ausbau geplant

Helfen, wo die Not am größten ist, diejenigen unterstützen, die sich selbst nicht helfen können, das ist die Maxime der vor 60 Jahren von Hermann Gmeiner ins Leben gerufenen SOS-Kinderdörfer.

Weit aufgerissene Kinderaugen blicken geradezu vorwurfsvoll in die Fernsehkameras, so als wollten die Mädchen und Jungen fragen: Warum tut ihr uns das an? Ob im Kosovo, in Georgien, im Irak und Afghanistan oder jetzt in Gaza – bei den Auseinandersetzungen der Mächtigen sind es die

Eine Zuflucht in mißlicher Lage finden

Schwachen, die Kinder, Alten und Kranken, die am meisten leiden und der Willkür ausgeliefert sind. So sind auch zahlreiche Familien, die im Rahmen der Familienhilfe des seit zehn Jahren bestehenden SOS-Kinderdorfs Rafah im südlichen Gaza-Streifen unterstützt werden, vom neuerlichen Ausbruch der Gewalt stark betroffen. Sehr viele Häuser sind von Luftangriffen zerstört worden, bei der Lebensmittelbeschaffung gibt es große Probleme. Im Rahmen der Familienhilfe unterstützt SOS-Kinderdorf Rafah derzeit 900 Kinder aus 187 Familien.

Auch in Israel gibt es zwei SOS-Kinderdörfer. Die Einrichtungen Neradim bei Arad und Megadim bei Migdal Ha'Emekhaben jetzt Räumlichkeiten für Kinder aus der Grenzregion bereitgestellt. Die Mädchen und Jungen sollen in den Kinderdörfern Zuflucht finden, bis sich die Lage wieder entspannt.

Als der Österreicher Hermann Gmeiner (1919–1986), der selbst früh die Mutter verlor, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf das Elend der verlassenen Kinder, der Kriegswaisen und entwurzelten Jugendlichen aufmerksam wurde, begann er, eine Idee zu verwirklichen, die heute mit ihren segensreichen Einrichtungen die ganze Welt umspannt: das SOS-Kinderdorf. Mädchen und Jungen, die aus verschiedenen Gründen nicht in der eigenen Familie aufwachsen können, finden dort eine neue Heimstatt. Eine pädagogisch ausgebildete Kinderdorfmutter, die von Therapeuten unterstützt wird, betreut in einem eigenen Haus bis zu sechs Kinder. Und da geht's zu wie in einer „richtigen“ Familie. SOS-Kinderdorfmutter Alexandra erzählt im Internet von ihren Erlebnissen: „Wenn man sechs Kinder hat, tauchen solche Tage unvermeidlich auf: Alles passiert zur gleichen Zeit, jeder hat an so einem Tag einen wichtigen Termin und garantiert ist nichts zu verschieben.“

„Sebastian, mein leiblicher Sohn“, erzählt Alexandra weiter, „war nie eifersüchtig. Als wir damals ins Kinderdorf gezogen sind, war er zweieinhalb Jahre alt und er hatte nie ein Problem damit, seine Mutter teilen zu müssen, vielmehr hat er es immer genossen, mit anderen Jungen und Mädchen zusammen aufzuwachsen.“

Als Hermann Gmeiner vor 60 Jahren in Imst / Tirol sein erstes SOS-Kinderdorf errichtete, wird er kaum geahnt haben, welche Auswirkungen diese Idee einst haben würde. 473 SOS-Kinderdörfer gibt es inzwischen weltweit. Dort und in den SOS-Jugendeinrichtungen wachsen momentan 72 523 Kinder und Jugendliche heran. Eine Zahl, die ständig wächst: Schon jetzt wird an 27 weiteren Dörfern gebaut.

Die Ziele sind weit gesteckt. So will man bis zum Jahr 2016 die Hilfe für die Schwächsten der Gesellschaft deutlich ausbauen. Eine Million Kinder sollen bis 2016 – vor allem im Rahmen der SOS-Familienhilfe – betreut und dabei unterstützt werden, den Weg aus der Armut zu finden.

Denn es sind nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen, die den Kindern die Zukunft verbauen, auch Armut und Krankheiten wie Aids zersetzen die Familien und lassen sie zerbrechen. Die SOS-Kinderdörfer helfen auch in solchen Situationen, damit die Kinder gar nicht erst auf der Straße landen.

Über 250 000 Kinder und Eltern auf der ganzen Welt finden derzeit Unterstützung in ihrer Not durch die Programme zur Familienstärkung. Es sind vor allem auch alleinerziehende Mütter, die auf Hilfe angewiesen sind, Mütter wie die 33jährige verwitwete Malancha in Bangladesch, die jetzt als Schneiderin ihren Lebensunterhalt verdient und ihre beiden Söhne endlich auf eine Schule schicken kann, oder die 25jährige Maria in Bolivien, deren zwei Töchter in der Kindertagesstätte der SOS-Kinderdörfer in Sucre betreut werden, während sie kochen und schneidern lernt. Auch sie hat von dem Ziel der SOS-Kinderdörfer weltweit profitiert, die Menschen zu befähigen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. „Wenn es den Müttern gut geht, dann geht's auch den Kindern gut.“

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich die Bandbreite der Hilfsangebote erheblich erweitert. Zu den klassischen Kinderdörfern kommen 1450 Einrichtungen, die sich in sieben Gruppen gliedern lassen: 383 SOS-Jugendeinrichtungen, 226 SOS-Kindergärten, 185 SOS-Hermann-Gmeiner-Schulen, 104 SOS-Berufsbildungszentren, 499 SOS-Sozialzentren mit Familienstärkungsprogrammen, 60 SOS-medizinische Zentren, zehn SOS-Nothilfeprogramme. In allen SOS-Kinderdorf-Einrichtungen werden 1 154 241 Kinder, Jugendliche und Familien betreut.

„Wir machen Niemandskinder zu Glückskindern. Ihr Lachen, ihre Lebensbejahung ist uns Dank! Die Kinder dieser Welt sind unsere einzige Hoffnung“, hat Hermann Gmeiner einmal gesagt. Worte – und Taten, die überzeugten, denn Millionen SOS-Kinderdorf-Freunde helfen heute weltweit, das Werk Hermann Gmeiners fortzuführen.

„So viel sich im Kinderdorf geändert hat, eines ist in 60 Jahren immer gleich und unantastbar geblieben“, betont Kinderdorfmutter Alexandra, „im Mittelpunkt stehen die Kinder. Es ist großartig zu erleben, wenn ein Kind zu sich selbst findet, seine Talente entdeckt, Spaß am Leben hat. Dafür arbeiten wir, damals wie heute.“ *Silke Osman*





Unbeschwertes Leben: Im SOS-Kinderdorf Imst / Tirol geht alles seinen natürlichen Gang. Bild: A. Gabriel



Theaterfestival geplant

Der Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT) / Bundesarbeitskreis Seniorentheater im BDAT veranstaltet in Kooperation mit dem Landesverband Amateurtheater Baden-Württemberg das 3. Europäische Seniorentheater Festival vom 2. bis 5. Juli in Pforzheim. Verschiedene Gruppen aus Österreich, Südtirol, der Schweiz und Deutschland treffen sich, um Erfahrungen auszutauschen. „Ziel ist es, die internationale Seniorentheaterarbeit zu stärken und ihre Bedeutung im gesellschafts- und kulturpolitischen Kontext in der Öffentlichkeit herauszustellen. Im Rahmen des Festivals werden Impulse aufgenommen und gemeinsam reflektiert, der internationale Dialog und die Vernetzung sollen nachhaltig ausgebaut werden“, so die Veranstalter.

„Für die Bühne gibt es keine Altersgrenze“, sagt Jochen Wietershofer, stellvertretender Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Seniorentheater im BDAT. Die ein-

Keine Vorkenntnisse erforderlich

zelnen Gruppen sind so unterschiedlich wie die Voraussetzungen, um mitspielen zu können. „Oft sind gar keine Vorkenntnisse erforderlich“, sagt der Theaterpädagoge. Unter Anleitung oder allein erarbeite sich das Ensemble dann die Grundlagen des Schauspielens, erschließe sich eine literarische Vorlage oder bringe eine experimentelle Produktion auf die Bühne.

„Während in manchen Projekten das künstlerische Produkt im Vordergrund steht, haben andere eher einen sozialen Hintergrund und möchten zum Beispiel demenzkranke Menschen integrieren“, erläutert Wietershofer. Immer aber sei der Ensemble-Gedanke wichtig. Die Amateur-Schauspieler probten und spielten zusammen und wüchsen schließlich auch als Gruppe zusammen. Nicht zuletzt bleibe man auch geistig beweglich und könne noch im Alter etwas bewirken. *os*

Unbeugsam und sich selbst treu geblieben

Der amerikanische Filmschauspieler Gary Cooper verkörperte in seinen Rollen den schweigsamen Helden

Er war beliebt als Westernheld, der für Werte wie Freiheit, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit eintrat. In seiner Rolle als unbeugsamer Marshal in „12 Uhr mittags“ begeisterte Gary Cooper Millionen Zuschauer in aller Welt.

Im Jahr 1939 ist Cooper die erste Wahl für eine Hauptrolle. Als er David O. Selznick folgende Absage erteilt: „Dieser Film wird der größte Flop in der Geschichte Hollywoods. Ich bin froh, daß Clark Gable auf die Nase fällt, und nicht ich“, ist der Produzent am Boden zerstört. Doch „Vom Winde verweht“ wurde zu einem Kassenschlager, der bis heute nichts von seinem Charme, seiner Anziehungs- und Aussagekraft verloren hat. Gary Cooper hat seine Entscheidung dennoch nicht bereut.

Gary Cooper wählte seine Rollen stets nach seiner politischen Überzeugung sowie seiner jeweiligen Gemütslage aus. Nicht immer konnte er damit das Publikum überzeugen, nicht immer stand die amerikanische Politik hinter ihm, aber stets blieb er sich treu. Es gibt eine Ausnahme: 1947 mußte der Schauspieler wie viele seiner Kollegen vor dem House on Un-American Activities Committee (HUAC) aussagen. Ursprünglich sollte das Komitee nationalsozialistische Unterwanderungen von US-Behörden verhindern. Zu Beginn des Kalten Krieges widmete sich die Behörde dann der Bekämpfung vermeintlicher kommunistischer Einflüsse auf die Filmbranche.

Dieses Ereignis prägte Gary Cooper und markiert gleichzeitig einen Wendepunkt in seiner Karriere. So galt er ab den 1950er Jahren als alternder Westernheld. In diese Zeit fiel sein Oscar für die Rolle von Marshal Will im Westernklassiker „12 Uhr mittags“. Je älter Cooper wurde, desto mehr wurde sein Charakter mit seinen Rollen gleichgesetzt. Gut zwei Drittel seiner Filme waren Western und spielten in der Pionierzeit der US-Geschichte. Cooper verkörperte meist den schweigsamen Helden. In dieser Zeit strebte er einen Imagewechsel an. Das Publikum hat diesen jedoch nie angenommen. In seinem letzten Film „Ein Mann geht seinen Weg“ spielte Cooper einen potentiellen Mörder. Da er noch vor der Premiere verstarb, erlebte er den Mißerfolg des Films nicht mehr. Für seine Fans verkörperte der smarte Westernheld auch über seinen Tod am 13. Mai 1961 hinaus das Idealbild des heldenhaften und integeren Amerikaners.

Das positive Bild des Helden Cooper drohte 1950 zu zerbröckeln, als er seine Affäre mit Patricia Neal hatte und diese angeblich zu einer Abtreibung zwang.



Spielte nicht immer den einsamen Cowboy: Gary Cooper mit Audrey Hepburn in „Ariane – Liebe am Nachmittag“ Bild: Internet

Gary Cooper war nie ein Kind von Traurigkeit gewesen. Zwar heiratete der aus gutbürgerlichem Hause stammende Schauspieler 1933 die streng katholische Veronica Balfe aus der New Yorker High Society. Doch vor und auch in der Ehe hatte er immer wieder Affären mit Schauspielkolleginnen wie Marlene Dietrich, Grace Kelly und eben oben genannter Patricia Neal. Ein uneheliches Kind hätte sogar seine bis dahin unantastbare Karriere in große Schwierigkeiten gebracht. Ganz ohne Folgen war die Affäre denn auch nicht. In den Jahren 1951 bis 1954 lebte der Schauspieler von seiner Frau getrennt. Drei Jahre vor seinem Tod im Jahr 1961 konvertierte er zum katholischen Glauben. Dies wird vor allem Veronica zugeschrieben.

Coopers Frau arbeitete ebenfalls kurzzeitig als Schauspielerin. Ihr großer, gutaussehender, dunkelhaariger Ehemann machte diesen Schritt in den frühen 1920er Jahren – und blieb dabei.

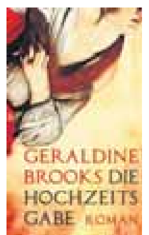
Coop – wie er von seinen Eltern und engsten Freunden genannt wurde – entdeckte seine Leidenschaft als Stuntman und Komparse. Damit verdiente er schon gutes Geld.

Filmemacher und Produzenten besetzten ihn bald auch für größere Rollen. In Hollywood wurde er mit offenen Armen empfangen. Die wild gestikulierenden und in ihrer Mimik stark übertreibenden Stummfilm-Kollegen kamen mit der Einführung des Tonfilms schnell außer Mode.

Cooper zeichnete sich schon damals durch sein minimalistisches, ruhiges und manchmal gar stoisches Spiel aus. Wie im Film war er auch privat unauffällig, stets gut gekleidet und zurückhaltend in Bezug auf seine Gefühle.

Schauspielerkollege Clint Eastwood beschreibt den Westernheld Cooper als jemanden, in dessen Gesicht die Geschichte Amerikas zu lesen sei.

Als Cooper 1961 mit dem Ehrenoscar für sein Lebenswerk ausgezeichnet wurde, konnte er den Preis nicht mehr selbst entgegennehmen. Sein Freund James Stewart tat es für den schwer Krebskranken. Gary Cooper wurde nur 60 Jahre alt, seine Filme aber finden noch heute begeisterte Zuschauer. *Andrea Niederfriniger*



Im Bann der Geschichte

Archäologin entdeckt Pergament

Anläßlich der Publikation ihres neuen Buches gab die Australierin Geraldine Brooks in einem Interview bekannt, warum sie eine Vorliebe gerade für das Genre des historischen Romans hege: „Es macht mir großen Spaß, diejenigen Geschichten aus der Vergangenheit auszugraben, über die wir zwar einiges wissen, aber bei weitem nicht alles; über die wir gerade so viele historische Aufzeichnungen besitzen, daß sie uns ein spannendes Gerüst aus Fakten liefern, aber auch genügend unbekannte Lücken lassen. Und damit der Phantasie ausreichend Raum bieten, um mit ihnen zu arbeiten.“ Schon ihre vorherigen Romane „Das Pesttuch“ und „Auf freiem Feld“, beide internationale Bestseller, entstanden vor dem geschichtlichen Hintergrund der Pestepidemie in Europa beziehungsweise des Bürgerkriegs in den USA.

In „Die Hochzeitsgabe“ verarbeitet die Autorin nun ihre Erlebnisse und Eindrücke während des Bosnienkrieges Anfang der 1990er Jahre. Als Auslandskorrespondentin des „Wall Street Journal“ reiste sie damals mehrfach nach Sarajewo, um über die Arbeit der UN-Soldaten vor Ort zu berichten. Dabei stößt sie im bosnischen Nationalmuseum auf ein unscheinbares Büchlein, das zwei muslimische Mitarbeiter 1994 aus dem schwer beschädigten Gebäude unter Lebensgefahr bergen konnten. Es handelt sich um die Haggadah, eine kostbare jüdische Schrift, die etwa um 1350 in Spanien teils in aramäischer, teils in hebräischer Sprache verfaßt wurde. Das reich bebilderte Manuskript ist eine Art Gebrauchsanweisung für das Passahmahl. Bei diesem traditionellen jüdischen Fest wird des Auszugs der Israeliten aus Ägypten und ihrer Flucht durch das Rote Meer gedacht.

Brooks wird Zeugin der komplizierten Restaurierung des Werkes, die unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen stattfand. An diesen Beobachtungen inspiriert sich die Hauptfigur aus ihrem Roman „Die Hochzeitsgabe“: Die junge Wissenschaftlerin Hanna Heath wird eines Tages nach Sarajewo gerufen, um das Pergament der Haggadah zu restaurieren. Durch die genaue Analyse der Illustrationen und Farben soll die Restaurierung dem Original so ähnlich wie möglich werden. Dabei entdeckt Hannah winzige Gebrauchsspuren, die sie schon bald in den Bann der über 600jährigen Geschichte der Schrift ziehen. Ein Weinfleck, ein kurzes weißes Haar, ein geheimnisvoller Flügel eines Insekts – jedes dieser Details erzählt eine Episode aus der abenteuerlichen Odyssee des Buches durch ganz Europa. Einst als Hochzeitsgeschenk gefertigt, gelangt es zur Zeit der Spanischen Inquisition von der Iberischen Halbinsel über Italien zum Balkan. Hanna trifft zum Beispiel die dunkelhäutige Malerin aus Sevilla, die 1490 die wunderschönen Bilder zeichnet, um einen kleinen taubstummen Jungen zu erfreuen. Ausgerechnet eine Frau und dazu noch eine Sklavin soll also die Illustratorin der heiligen Schrift sein. Sie taucht ein in ganz unterschiedliche Epochen und Orte, etwa in die Kulturstadt Venedig zu Beginn des 17. Jahrhunderts oder in das aufgewühlte Sarajewo während des Zweiten Weltkriegs. Die Geschichten über Liebe, Heimat, Glaubenskriege und politische Intrigen regen Hanna schließlich dazu an, sich auch mit ihrer eigenen Vergangenheit und ihren Gefühlen auseinanderzusetzen.

Abenteuerliche Odyssee eines Buches

„Die Hochzeitsgabe“ ist nicht nur ein sehr intelligentes und unterhaltsames Buch, sondern ebenso ein Plädoyer für religiöse Toleranz und interkulturellen Dialog. *Sophia E. Gerber*

***Geraldine Brooks: „Die Hochzeitsgabe“**, Btb, München 2008, kartoniert, 446 Seiten, 19,95 Euro*



Bewegung ohne Masse

»Himmlers letztes Aufgebot« beleuchtet die NS-Organisation Werwolf

Die NS-Organisation Werwolf ist wohl vor allem deswegen heute noch vielen ein Begriff, weil nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eine riesige Angst vor zumeist jugendlichen NS-Anhängern bestand, die Attentate begehen könnten. Unzählige junge Menschen landeten in den Gefängnissen der SBZ, da man ihnen unterstellte, ein Werwolf zu sein. Was genau ein Werwolf war, wußte kaum einer, doch gerade deshalb war die Furcht besonders groß.

Volker Koop, der mit seiner Reihe „Besetzt“ über die Lage in den vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt wurde, entlarvt nun in seinem neuesten Buch „Himmlers letztes Aufgebot – Die NS-Organisation ‚Werwolf‘“ den Mythos der geheimen NS-Organisation.

Bei seinen Nachforschungen profitierte der Autor davon, daß ihm Dokumente zugänglich waren, die noch bis vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit verschlossen waren. „Sie lassen Zweifel daran aufkommen, ob Aktionen, für die bisher der Werwolf verantwortlich gemacht wurde, wie der Mord an Aachens Oberbürgermeister Franz Oppenhoff und die sogenannte ‚Prenzenberger Mordnacht‘ überhaupt dem Werwolf zuzuordnen sind.“ Hier war eher die SS federführend.

Spannend liest sich aber auch die Entstehung der Werwolf-Organisation, die gern mit dem Wehrwolf aus der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges verwechselt wird.

Bei den Nürnberger Prozessen konnte nicht nachhaltig ermittelt werden, wer denn eigentlich in Sachen Werwolf die Fäden in der Hand hatte. Bormann sei an der Spitze gewesen, sagten mehrere aus, und Himmler wäre es gern gewesen, hätte sogar die Gründungsidee für sich in Anspruch genommen, sei aber bei der Umsetzung nicht beteiligt gewesen.

Volker Koop zeigt auf, daß sich die Nationalsozialisten bei der Umsetzung der Werwolf-Idee keineswegs mit Ruhm bekleckert haben. Zu viele Unklarheiten darüber, wer was wann zu entscheiden hat, führten dazu, daß die Werwölfe nie die angestrebte straff organisierte Untergrundorganisation wurden, die in bereits besetzten Gebiete Attentate verüben sollte.

„Hier spricht der Sender Werwolf, der Sender der deutschen Freiheitsbewegung in den vom Feind besetzten Gebieten. Wir sind die Stimme der deutschen Freiheitskämpfer. Wir senden jeden Abend ab 19 Uhr wichtige Nachrichten vom deutschen Freiheitskampf auf der Welle 1339 Meter, 224 Kilohertz. Wir brachten Meldungen vom Kampf unserer Werwölfe. Neue Meldungen im weiteren Verlauf unserer Sendung. Bis dahin Musik.“ Allerdings gab es, wie Volker Koop nachweist, keineswegs viele „Heldentaten“ zu vermelden, daher sah sich die NS-Propaganda genötigt, einige Attentate von Einzeltätern zur Werwolf-Aktion hochzustilisieren. Bis heute werden einige dieser Fälle noch in den Geschichtsbüchern als das geführt, als das die Nationalsozialisten sie zu verkaufen versuchten, doch der Autor belegt, daß diese Taten keineswegs in die Muster der Werwolf-Pläne paßten.

Als »Freiheitsbewegung« in den vom Feind besetzten Gebieten gegründet

Einige individuelle Erlebnisse von Zeitzeugen beleben die sehr sachlich gehaltenen Ausführungen. Daß es noch wenige Wochen vor Kriegsende zweiwöchige Kurse zum „Freiheitskämpfer“ gab, in denen Jungs und Mädchen lernten, wie sich ein Untergrundkämpfer zu verhalten hat, verdeutlicht den Wahnsinn, der damals das Denken des NS-Regimes bestimmte.

Aber auch die Reaktionen der deutschen Kriegsgegner grenzen an Wahnsinn. „In der sowjetischen Besatzungszone reichte bloße Denunzation, um als Werwolf verhaftet zu werden. So war der Polizei in Chemnitz am 19. Juli 1945 mitgeteilt worden, die Tochter von Otto H. sei nach Hitlers Tod tagelang mit verweinten Augen herumgelaufen.“ Immerhin kamen in diesem Fall Vater und Tochter nach unangenehmen Vernehmungen wieder frei. Erinnert sei hier auch an Erika Riemann, die als 14jährige mit Lippenstift eine Schleife um den Bart eines Stalin-Porträts malte und dafür von 1945 bis 1954 wegen „antisowjetischer Aktivitäten“ und angeblicher Werwolf-Mitgliedschaft in verschiedenen sowjetischen Speziallagern inhaftiert war.

Die Massenverhaftungen in der SBZ stehen in keinem Verhältnis zu der wirklichen Zahl der Werwolf-Mitglieder. Der Werwolf wurde, wie Volker Koop darlegt, selbst in der NS-Propaganda nie zu der Massenbewegung, die das NS-Regime noch in den letzten Stunden seines Bestehens schaffen wollte. *Rebecca Bellano*

***Volker Koop: „Himmlers letztes Aufgebot – Die NS-Organisation ‚Werwolf‘“**, Böhlau, Köln 2008, geb., 305 Seiten, 24,90 Euro*



Hunger, Tod und keine Hoffnung

Wolfskind erinnert sich an den Überlebenskampf im zerstörten Ostpreußen

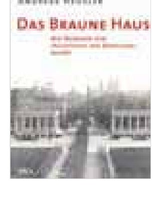
Was muß das für ein Gefühl sein, wenn man vor lauter Hunger genötigt ist, einen vor einer Haustür angebundenen Hund zu stehlen, um ihn zu schlachten, damit man den kleineren Geschwistern endlich etwas zu essen geben kann? Ursula Dorn hat es erlebt, doch auf ihre Gefühle geht die 1935 in Königsberg geborene Ostpreußin in ihrem Buch „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“ kaum ein. Nur selten schreibt sie über ihre Emotionen. In kurzen, knappen Sätzen, so als erzähle das Kind von früher und nicht die Seniorin, die sie heute ist.

Schon während des Krieges hatte Ursula Dorn nicht die beste Beziehung zu ihrer Mutter. Das jüngste der vier Geschwister, stammt nicht von dem im Zweiten Weltkrieg als Soldat kämpfenden Vater, sondern von einer Bekanntschaft der Mutter bei einem Tanzfest. Der Zorn des Kindes spricht aus den Zeilen, wenn die Autorin den Schmerz des Vaters schildert, als er nach fast zwei Jahren an der Front auf Heimaturlaub heimkehrt und dann das Kind eines Fremden vorfindet. Doch der „Stein des Anstoßes“ lebt nicht lange: Der kleine Junge ist das erste Kriegsopfer der Familie. Auch die Tatsache, daß sich die Mutter gegen die Flucht aus Ostpreußen entscheidet, trägt die Tochter ihr nach. Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit und Vergewaltigung von Mutter und Tanten sind die Folgen des Bleibens. Die Oma wird zu Tode vergewaltigt und verwesend in ihrem Gartenhäuschen gefunden. Ein Anblick, den Ursula Dorn nie vergessen wird, genauso wenig wie den ihrer hungernden jüngeren Geschwister. Als sogenanntes Wolfskind zieht die knapp Elfjährige alleine Richtung Litauen. Erst geht es ihr nur um ihr eigenes Überleben, doch nachdem eine litauische Familie sie aufgepäppelt hat, kehrt sie mit Nahrung heim zu ihren Geschwistern, die in einer Ruine leben.

Das Kind bietet den Heimgebliebenen an, mit nach Litauen zu kommen, wo es hilfsbereite Menschen gibt. Die Mutter fährt mit, läßt die kranken Kinder bei einer Bekannten zurück – auch das ist eine Entscheidung, die die Autorin ihrer Mutter nie verzeihen wird.

Wer sich für die Lektüre von „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“ entscheidet, muß sich auf viele Grausamkeiten gefaßt machen, die sachlich ohne literarische Verharmlosung dargestellt werden. Doch da es sich um einen authentischen Zeitzeugenbericht handelt, sollten geschichtlich Interessierte sich dieses Buch zu Gemüte führen, denn hier erfährt der Leser Details, die anderswo in dieser extremen Offenheit selten zu finden sind. *Bel*

***Ursula Dorn: „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“**, edition riedenburg, Salzburg 2008, broschiert, 171 Seiten, 19,90 Euro*



Quellen wurden einseitig ausgewertet

»Das Braune Haus – Wie München zur ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde« weist trotz vieler Informationen Schwächen auf

In der Einleitung des Buches „Das Braune Haus – Wie München zur ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde“ stößt der Leser auf den Satz: „Gescholten als ‚Hauptstadt der Verdrängung‘ hat sich die bayerische Landeshauptstadt lange Zeit nur widerstrebend, vielfach zähneknirschend mit der eigenen historischen Schuld und Verantwortung befaßt.“

Mag ja sein, daß Vordringlicheres oder auch ein schlechtes Gewissen die Aufarbeitung der Vergangenheit zurückgedrängt hat, aber weder abendländische Ethik noch abendländisches Recht kennt eine Schuld von Kollektiven, auch nicht eines Volkes, auch nicht einer Stadt. Und wer dem widerspricht, steht, ohne es zu wollen, jenen nahe, die zu wissen vorgaben: Die Juden sind an allem schuld.

„Das Braune Haus“ ist informativ. Insbesondere der Untertitel gibt den Inhalt recht treffend wieder. Das Braune Haus hatte in der NS-Bewegung keine Schlüsselrolle. Als es 1930 erworben wurde, war der erste Höhepunkt schon überschritten. Und nach dem Beginn von Hitlers Kanzlerschaft, drei Jahre später, verlagerte sich das Machtzentrum immer mehr in die Reichshauptstadt. Diese und andere wichtige Abschnitte der Stadtgeschichte werden ansprechend herausgearbeitet.

Dennoch muß dem Autor Andreas Heusler vorgehalten werden, daß seine Arbeit gegen das Gebot einer umfassenden, ausgewogenen Berücksichtigung der Quellen verstößt. Warum bleiben die Bekundungen der Juden, die zwischen 1900 und 1945 in der Stadt lebten, nahezu unberücksichtigt?

Else Behrend darf zwar ihre schlimme Situation als von Deportation Bedrohte schildern: „Mein Leben ist zur Hölle geworden.“ Aber das, was sie bedrückt, sind keine Schicksalsschläge, die irgendwelche Rückschlüsse auf München oder die Münchner zuließen. Ihre zahlreichen wunderbaren Begegnungen mit Menschen der Stadt bleiben gänzlich unerwähnt. Wir finden in „Das Braune Haus“ ein Foto, auf dem zu lesen steht: „An Juden und Polen wird Kuchen nicht abgegeben.“ Schlimm! Wie gut hätten folgende Sätze von Behrend hierher gepaßt: „An jedem Geschäft der Stadt (mit ganz geringen Ausnahmen) prangten große Schilder: ‚Juden ist der Zutritt verboten!‘, von sämtlichen öffentlichen Gebäuden, Cafés und Lokalen gar nicht zu reden ... Wenn übrigens durch die Inschriften von der Partei bezweckt worden war, den Juden den Einkauf unmöglich zu machen, sie an den dringendsten Bedürfnissen des täglichen Lebens Not leiden zu lassen, so ist dieser Zweck nicht nur nicht erreicht, sondern beinahe in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Nachbarn und Bekannten, ja in vielen Fällen die Inhaber der Geschäfte, die jüdische Familien zu Kunden hatten, beeilten sich, ihnen alles, was sie brauchten, oft in Fülle und Überfülle, in die Wohnungen zu bringen.“

Zeitzeugen werden unterschlagen

Und dieses Manko ist typisch für „Das Braune Haus“. Alle diese Defizite nachzuweisen, wäre zwar reizvoll, würde aber den vorgegebenen Rahmen sprengen. Doch fühlt sich der Leser auf den Arm genommen, wenn er sich daran erinnert, wie der Autor in der Einleitung „das unaufhaltsame Verstummen der Zeitzeugen“ beklagt und gleichzeitig deren vorhandene Bekundungen unterschlägt.

Das Vorwort stammt von dem früheren Oberbürgermeister Jochen Vogel. Als solcher ist er dafür bestens qualifiziert. Wenn er aber Vorwürfe erhebt: „Warum schwiegen so viele, als sie gerade auch ihr christlicher Glaube dazu hätte bringen müssen, zu protestieren“, so kommt dem Kundigen das Sprichwort in den Sinn: „Wer selbst im Glashaus sitzt ...“

Wie nach dem Gesagten nicht anders zu erwarten, fehlen in dem Buch auch jüdische Zeugnisse, die das Verhalten der Kirchen und der Christen den Juden gegenüber betreffen, so Karl Sterns Feststellung: „Die Christen in München, die in der Nacht der Vernichtung für uns und mit uns gelitten hatten ... – sie scheinen mir zu winken, ich solle sie nicht verraten. In jenem Erlebnis lag eine Verpflichtung. Ich wußte, daß Pfarrer und Priester in Konzentrationslagern waren. Ich wußte, daß, trotz feiger Brutalität ringsum, kostbare Opfer gebracht wurden.“ Und Carl Oestreich, ein jüdischer Amtswalter, schwärmte vom „immer hilfsbereiten katholischen Ordinariat München“.

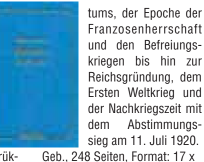
Zu Beginn des Buches wird Lion Feuchtwangers Häme auf seine Vaterstadt München zitiert: Anziehungspunkt für „alles, was faul und schlecht war“. Gänzlich unerwähnt bleibt allerdings, daß derselbe von Stalins Sowjetreich geschwärmt hat. Verdient es das Urteil eines solchen Irrlichts wirklich, den Leser gegen München voreingenommen zu stimmen? *Konrad Löw*

***Andreas Heusler: „Das Braune Haus – Wie München zur ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde“**, DVA, München 2008, 384 Seiten, 22,95 Euro*

Wulf Dietrich Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen
Nicht allein mit den Gütern im Kreis Gerdauen beschäftigt sich dieser Band. Wulf Wagner hat in seiner Chronik über den Kreis vielmehr großen Wert auf die Menschen und ihre Geschichten gelegt. Mit dem ersten Teil des Buches über die geschichtliche Entwicklung liegt somit die zurzeit genaueste, umfangreichste und auch anschaulichste Darstellung des Kreises Gerdauen vor. Vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert konnten dabei die Besitzerfolgen vieler Güter lückenlos rekonstruiert werden. Bei den Recherchen traten auch zahlreiche kulturgeschichtlich interessante und spannende Geschichten zutage. Besonders für das 20. Jahrhundert hat Wagner – neben der Nutzung archivarische Angaben – eng mit den Menschen des Landkreises Gerdauen zusammengearbeitet. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten aus ihrem Besitz macht das Buch lebendig und facettenreich zugleich. Ein wichtiges Stück Geschichte wurde so vor dem Vergessen bewahrt.
Geb., 715 S., zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 6747



Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen



Ostpreußen kann auf eine bwechslungsreiche Geschichte und lange Kulturentwicklung zurückblicken. Überaus interessant wird in diesem beeindruckenden Buch die Heimatgeschichte der deutschen Provinz geschildert. Von der vorgeschichtlichen Zeit, der heidnischen Zeit, der Glanzzeit des Ordens, der Ära der Herzöge und Kurfürsten, der des preußischen Königtums, der Epoche der Franzosenherrschaft und den Befreiungskriegen bis hin zur Reichsgründung, dem Ersten Weltkrieg und dem Abstimmungssieg am 11. Juli 1920.
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925, Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812

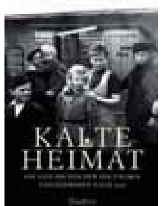


Das Ostpreußen- Lyrik- Paket- exklusiv für die Leser der PAZ

Silke Steinberg
…steigt im Ost empor
Ostpreußen in seiner Lyrik
Geb., 256 Seiten,
Format: 19 x 12 cm
ehemaliger Verkaufpreis: € 8,60

Ostpreußischer Sommer
In Bildern und Gedichten
Geb., 72 Seiten,
34 farbige Abbildungen,
Format: 24 x 21,3 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 9,95
Best.-Nr.: 6751





Andreas Kossert
Kalte Heimat
Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945
Geb. Buch, 432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95



Der redliche Ostpreuße 2009
Kart., 128 Seiten,
ca. 20 Abb., 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 6697, € 9,95



Hans- Jörg Koch
Wunschkonzert
Geb., 280 Seiten
Best.-Nr.: 5812, € 19,90



Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939
Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00



Peter Scholl-Latour
Der Weg in den neuen Kalten Krieg
Geb., 340 Seiten
Best.-Nr.: 6719, € 24,90

Arno Surminiski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Das ostpreußische Platt ist ein traditionsreicher Dialekt, der heute allerdings kaum noch gesprochen wird. Arno Surminski hat es sich zur Aufgabe gemacht, die unverwechselbaren Eigenheiten dieser Mundart und der Menschen, die sich ihrer bedienten, in einem sprachlichen „Erinnerungsbuch" festzuhalten. In der Sprache seiner Kindheit erzählt er davon, wie es früher so war in dem alten Land zwischen Memel und Masuren: Da soll die neue Lehrerin, ein „Berlinsches Freeileein", den Kindern Hochdeutsch beibringen, muß aber selber erst einmal Ostpreußisch lernen. Wir erfahren, wie die „Feschwiever schabberten", der „Diewel" am Sonntagmorgen „enne Kerk" ging und ein feiner Herr, den den „Berkhoahn joage" wollte, einen erlegte, der wundersamerweise in einem Rucksack steckte. In den Geschichten von den beiden Kriegen wird berichtet, wie es „underm Rus" war und die Menschen im Winter „emmer Rechtung Dietschland" zogen ... „Gruschelke und Engelmannke" ist ein unterhaltsames, vergnügliches und manchmal auch ernstes Lesebuch, dessen Erzählungen, Gedichte und Anekdoten zum Schmökern einladen.
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990,
€ 16,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Kenntnisse von der neuen Region waren lückenhaft, und die Bevölkerung zweifelte an einer sowjetischen Zukunft Kaliningrads. Um die Normalität aufrechtzuerhalten und Kaliningrad auf Dauer zu einer sowjetischen Stadt zu machen, musste die Gebietsführung eine besondere Identitätspolitik entwickeln. Wie aber ging der schleichende Bevölkerungsaustausch vor sich? Womit wurde die Lücke gefüllt, die der Verlust der deutschen Bevölkerung hinterließ? Per Brodersen hat bislang unentdeckte Dokumente aus Kaliningrader und Moskauer Archiven ausgewertet und entwirft ein detailliertes Bild vom Selbstverständnis dieser ungewöhnlichen sowjetischen Stadt und ihrem schwierigen Verhältnis zu Moskau.

Per Brodersen
Die Stadt im Westen
Wie Königsberg Kaliningrad wurde.
Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das nördliche Ostpreußen unter die Verwaltung der Sowjetunion gestellt. Auch Königsberg gehörte dazu. Es wurde mit einer sowjetischen Verwaltungs- und Verkehrsinfrastruktur versehen, bekam einen neuen Namen, Sowjetbürger wurden an- und die verbliebene deutsche Bevölkerung ausgesiedelt. Kaliningrad – wie Königsberg nun hieß – wurde mit einer Geschichte und mit einer Gegenwart ausgestattet, die es fortan begleiten sollten. Moskaus

Geb., 367 Seiten
mit 30 Abb.,
gebunden
Best.-Nr.: 6752





Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl
1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



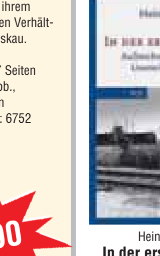
Björn Schumacher
Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg
Geb., 344 Seiten,
ca. 30 S/W-Abbildungen
Best.-Nr.: 6714, € 19,90

Ostpreußen und seine Maler 2009
Ostpreußen wies vor dem Krieg eine bedeutende Malerschule mit Zentren in Königsberg und Nidden auf. Die hier gezeigten Bilder dieses Jahrhunderts lassen die Samlandküste, die masurischen Seen, die Landschaft aus dem Oberland, die Frische Nehrung und Nidden zur lebhaften Erinnerung an eineverzauberte Welt aufleuchten.
13-farbige Blätter,
Format 35 x 50 cm
Best.-Nr.: 6696

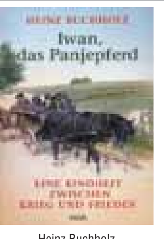


Kalender 2009 + Gratis Zugabe*
Bestellen Sie den Kalender "Ostpreußen und seine Maler 2009" und Sie erhalten kostenlos die 43-seitige Broschüre "Nidden und seine Maler" dazu.

*Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht



Heinz Dürr
In der ersten Reihe
Geb., 367 Seiten
mit zahlr. SW-Fotos
Best.-Nr.: 6750, € 24,90



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten,
schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

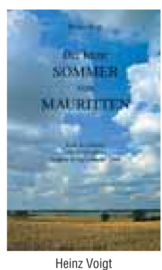
DVD
Sonderangebot!
statt € 25,80
nur € 19,95

ANDREAS KOSSERT
Damals in Ostpreußen
Der Untergang einer deutschen Provinz
Das Begleitbuch zum ARD- Film
Andreas Kossert erzählt die Geschichte dieses faszinierenden und widersprüchlichen Landes zwischen Weichsel und Memel, seiner Ursprünge und Mythen. Der Autor beschreibt das Leben, die Hoffnungen und Ängste der Menschen in Ostpreußen in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs. Wie wurde der Kriegsbeginn erlebt, wie das bedrohliche Heranrücken der Ostfront? Inwieweit war die Bevölkerung Spielball deutscher, sowjetischer, britischer und amerikanischer Politik? Wie kam es im Frühjahr 1945 innerhalb weniger Wochen zur dramatischen Flucht von etwa 2,5 Millionen Menschen in Richtung Westen? Und schließlich: Wie lebt die Heimat in der Erinnerung vieler Ostpreußen weiter? Indem Kossert die historischen Zusammenhänge erklärt und gleichzeitig die Menschen zu Wort kommen lässt, zeichnet er ein eindrucksvolles Bild dieser einst östlichsten Provinz des Deutschen Reichs und fragt, was davon in unserem Gedächtnis geblieben ist. Ein hoch emotionales Thema, von dem viele deutsche Familien betroffen sind.






Andreas Vonderach
Anthropologie Europas
Völker, Typen und Gene vom Neandertaler bis zur Gegenwart
Geb., 448 Seiten
Best.-Nr.: 6730, € 39,90



Heinz Voigt
Der letzte Sommer von Mauritten
Ein Roman aus Ostpreußens heißem Kriegssommer 1944
Kart., 379 Seiten
Best.-Nr.: 3641, € 14,80

Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box
CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • Es blies ein Jäger wohl in sein Horn • u.a.
CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heißa Kathreinerle • Hopsa, Schwabenliesel • Wenn alle Brünnlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Ännchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • Loreley • Und in dem Schneegebirge • u.a.
CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist´s möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenröslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.
Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95



Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pilharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95



Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Meine Blümchen haben Durst • Zeigt her eure Füße • Dornröschen war ein schönes Kind • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN
und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95



Dr. Henning von Löwis of Menar
Königsberg – Geschichte und Geschichten
Als die Festung Königsberg 1945 fiel, war die Stadt eine einzige Trümmerwüste. Britische Bomber hatten bereits 1944 das Stadtzentrum in Schutt und Asche gelegt. Aus Königsberg wurde 1946 Kaliningrad – eine gesichtslose und vermeintlich geschichtslose Sowjetstadt. Als nach dem Fall des eisernen Vorhangs die UdSSR unterging, kehrte die Geschichte zurück – erwachte Königsberg aus seinem Dornröschenschlaf. Dank eines russischen Dombaumeisters wurde aus der Domruine wieder ein Dom – heute wie einst Wahrzeichen der Metropole am Pregel. Auch das Königstor erstrahlt heute in alter neuer Pracht und lässt Königsberg weiter leben: als Stadt der vielen Gesichter, die stolz ist auf ihr preußisches Erbe und niemanden so verehrt wie den Königsberger Immanuel Kant.
Acht spannende Reportagen von Deutschlandfunk-Redakteur Henning von Löwis of Menar lassen das alte Königsberg wieder lebendig werden – und gewähren einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft.
Laufzeit: 79 Minuten,
Umfang: 1 Audio-CD
Best.-Nr.: 6748

CD
Königsberg
€ 9,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 05/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Rußland lockt deutsche Bauern

Moskau / Berlin – Rußland wirbt intensiv um den Zuzug deutscher Bauern. Agrarminister Alexej Gordejew nutzte die jüngste Grüne Woche in Berlin dazu, deutsche Landwirte von den großen Chancen einer Neuansiedlung in seinem Land zu überzeugen. Schätzungen zufolge liegt über eine halbe Million Quadratkilometer russischen Ackerlandes brach, der Rest wird oft nur unzureichend genutzt. Deutsche Fachkenntnis soll da Abhilfe schaffen. *H.H.*

Bayern gegen »Zeitungszeugen«

München – Unter Berufung auf Urheberrechte versucht das bayerische Finanzministerium, das Projekt „Zeitungszeugen“ vom Markt verbieten zu lassen. „Zeitungszeugen“ veröffentlichte ungekürzte Nachdrucke von drei Originalzeitungen des 30. Januar 1933 mit Kommentaren heutiger Historiker. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein Kopf der Konservativen

Eine der wichtigsten Stimmen des deutschen Konservatismus ist verstummt: **Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing** ist am 25. Januar im Alter von 81 Jahren verstorben.

Der Ruf des Publizisten und Historikers als wertkonservativer Vordenker auf höchstem sprachlichen und intellektuellen Niveau gründete sich zunächst auf seinem 1965 erschienenen Werk „Charakterwäsche“, in dem er – wozu damals eine gehörige Portion Zivilcourage gehörte – die unseligen Auswirkungen der sogenannten „reeducation“ auf die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft geißelte.

1970 gründete er die Zweimonatsschrift „criticón“, die sich schnell zur führenden Theorie-Publikation der demokratischen Rechten entwickelte. Für konservative Autoren war es in jenen Jahren eine Ehre, in der von ihm persönlich sorgfältig redigierten Zeitschrift zu publizieren.

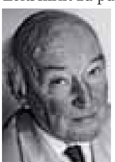


Bild: Junge Freiheit

Leider mußte von Schrenck-Notzing 1998 aus gesundheitlichen Gründen das Blatt in andere Hände übergeben; dessen Absinken in die politische Bedeutungslosigkeit hat ihn bis zuletzt belastet.

Im Jahre 2000 gründete er gemeinsam mit seiner Frau die Münchner „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“, deren „Winterakademie“ sich großer Beliebtheit erfreut und die seit 2004 die Zeitschrift „Unsere Agenda“ herausgibt, welche allerdings nicht an die Erfolge von „criticón“ anknüpfen konnte.

Der Freiherr, der einem der ältesten Münchner Adelsgeschlechter entstammt, zählt auch zu den Gründungsmitgliedern des Autorenverbands „Stimme der Mehrheit“; 2005 wurde er für sein publizistisches Lebenswerk mit dem Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis geehrt. Und dem Autor dieser Zeilen bleibt er als kluger und wahrhaft wegweisender Gesprächspartner in dankbarer Erinnerung. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Verlorene Rettung Zeichnung: Mohr

Unpassend

Was Wissenschaft anrichten kann, wie die Vietnamesen alles durcheinanderbringen, und warum Rassismus nur richtig verpackt sein muß / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Sobald die Rede auf ihn kommt, huscht ein warmes Lächeln über jedes TV-Gesicht. Alle trüben Sorgen scheinen auf einmal weit weg, wenn sein Licht auf uns herabfällt. Glasig-versonnen Blickes hauchen wir seinen Namen: Barack Obaaama ...

Der kritische Mensch verfolgt solche Verklärungswogen mit routinierter Distanz, denn Skepsis heißt sein steter Begleiter: Wo dermaßen fett aufgetragen wird, stinkt's ihm irgendwie. Und wenn dazu noch praktisch alle bei dem Zirkus mitmachen, wird ihm die Schau sogar unheimlich.

Die für ihre kritische Routine bekannte Sendung „Kulturzeit“ hat den Sozialpsychologen Klaus Ottomeyer gebeten, uns solche Wellen der bedingungslosen Begeisterung einmal ganz grundsätzlich, wissenschaftlich zu erklären, und Ottomeyer hat geliefert: „Das hat Freud sehr schön beschrieben in ‚Massenpsychologie und Ich', daß, wenn die Menschen sich in einen Star oder einen Führer verlieben, sie ihn dann völlig idealisieren. Daß sie sozusagen auch das Gewissen bei ihm abgeben wie an einer Garderobe. Er ist das Gewissen. Er darf die Gesetze machen. Das ist im Grunde die Sehnsucht nach so etwas wie einem guten, zuverlässigen, warmherzigen Vater.“

Da haben wir's. Klingt ganz schön gefährlich, wenn man es aus demokratischer Sicht betrachtet, diese blinde Gefolgschaft. Genau diese Gefahr wollte uns Herr Ottomeyer auch vor Augen führen, wie die geschickte Einfügung des Wortes „Führer“ signalisiert, einer Vokabel, die bei uns Deutschen zuverlässig eine gruselige Gedankenfolge in Gang setzt. Lobenswert, daß uns „Kulturzeit“ solche Abgründe der staatsbürgerlichen Selbstbetäubung schonungslos auseinandersetzen läßt. Aber auch ungewöhnlich, nicht wahr? Gehörte das auf 3sat ausgestrahlte Magazin doch von Anfang an zu den entschiedensten Obama-Anhängern.

Des Rätsels Lösung: Ottomeyers stringente Analyse bezog sich gar nicht auf Obama und die Deutschen, sondern auf Jörg Haider und die Kärntner. Die Parallelen sieht man nur durchs Guckloch der Ketzer. Und da blicken fortschrittliche Menschen nicht hindurch. Sie stützen ihr Wissen auf politisch-korrekte Wissenschaft. Die achtet nämlich pietätvoll darauf, daß ihre Ergebnisse auch zur richtigen Weltanschauung passen.

So haben die Migrationsexperten unter unseren Sozialwissenschaftlern jahrzehntelang bis ins Detail nachgewiesen, daß der unterschiedliche Erfolg von Zuwanderern nichts, aber auch gar nichts mit ihrer Kultur zu tun hat. Wenn Zuwanderer schlecht abschnitten bei den Bildungs- und Berufskarriere, dann seien allein Diskriminierung und „mangelnde Integrationsangebote“ daran schuld, sprich: die rassistischen, geizigen Deutschen.

> Der Erfolg der Ostasiaten ist aus Sicht der seriösen Migrationsforschung völlig inakzeptabel

Rassistische Diskriminierung läuft, wie könnte es anders sein, von „oben“ nach „unten“. Ganz oben haben sich die Deutschen hingesetzt, denen alles geschenkt wird auf Kosten der zurückgestoßenen ethnischen Minderheiten. Richtig?

Falsch! An der Spitze stehen die Vietnamesen, wie aus der Studie des Berlin-Instituts hervorgeht. Man kann sich kaum vorstellen, wie diese Asiaten privilegiert wurden zum Schaden aller anderen: Ihre Nachkommenschaft macht sogar häufiger Abitur als die Kinder einheimischer Eltern. Das, obwohl sie in ihrer großen Mehrzahl entweder vor 30 Jahren als völlig mittellose Bootsflüchtlinge ins Land geholt wurden oder vor knapp 20 Jahren als abgewickelte DDR-„Vertragsarbeiter“ in ein rabenschwarzes Loch fielen.

Neoliberale Kulturfaschisten wollen uns den gefährlichen Schluß unterjubeln, daß die Vietnamesen deshalb erfolgreicher abschneiden, weil sie ein bißchen bildungsbeflissener seien als andere. Weil sie der Kultur der „Scheiß-Deutschen“ aufgeschlossener gegenüberstünden und sich daher in deren Regeln fügten, und weil sie obendrein den Unterschied von Stolz und aggressivem Selbstmitleid kennten, weshalb sie weniger oft Zoff hätten mit Mitschülern, U-Bahn-Passagieren und der Polizei. Aber das zur Ursache ihres Erfolgs zu erklären, ist aus Sicht der „seriösen Migrationsforschung“ völlig inakzeptabel, da es den Diskriminierungsvorwurf gegen die Deutschen ja als Stuß erscheinen ließe! Und die Deutschen aus der Rolle des Schuldigen zu entlassen hieße, fast alles zum Altpapier zu geben, was Scharen fortschrittlicher Wissenschaftler mit Hilfe von Steuerzahlergeld in Jahrzehnten einwandfrei bewiesen haben, also das mit der rassistischen Diskriminierung von Zuwanderern als Ursache ihres sozialen Scheiterns.

Somit schieben wir das energisch beiseite und machen lieber noch mehr Integrationsangebote für die „benachteiligten Minderheiten“. Wir werden mit noch mehr schnödem Geld und süßem Gefasel versuchen, die Schlösser der Ghettos von außen aufzukriegen, selbst wenn der Schlüssel erkanntermaßen von innen steckt.

Ob Integration dabei herauskommt? Egal. Auf jeden Fall wird es sehr viel Geld kosten, und wo Geld ausgegeben wird, da wird es an anderer Stelle verdient, beispielsweise in der Migrationsforschung.

Außerdem machen wir nichts so gern wie den gleichen Fehler zweimal, ganz gleich in welchem Gebiet. Voller Verachtung blicken wir auf die Finanzakrobaten in den USA und halten ihnen ihre gewissenlose Schuldenmacherei mit ihren ungedeckten „Wert“-Papieren vor. Letztlich haben die doch nur aller Welt und den eigenen Bürgern wertlosen Mist angedreht, damit einige Banken und Finanzgauner ordentlich einstreichen konnten. Und Schande über die Deutschen, die da mitgemacht haben!

Nun hat uns dieser unglaubliche Nepp in die globale Wirtschaftskrise geschubst, und wonach rufen wir? Na klar: Daß man uns den wertlosen Mist in die Staats-, also Steuerzahlerkasse stopft („Bad Bank“) und Schulden macht wie noch nie mit ungedecktem Geld. Ein Glück, daß (unseres Wissens jedenfalls) weit und breit keine mit dem Menschen vergleichbare intelligente Lebensform existiert. Es wäre keine leichte Aufgabe, denen unser Verhalten schlüssig zu erklären, ohne unseren Ruf als intelligente Lebensform aufs Spiel zu setzen.

Aber das Wiederholen liegt uns in den Genen. An den Hängen der Anden wird gerade der Neuaufguß eines Desasters durchgezogen, dessen erster Durchlauf noch gar nicht ganz abgetropft ist. Der Kopf der Aufführung heißt Evo Morales, Morales mit „M“ wie Mugabe. Wie sein afrikanisches Vorbild setzt Morales die Masse seines Volkes in Marsch, um sein Land in einen gurgelnden Strudel aus Rassismus und Sozialismus zu stürzen.

Wie in Simbabwe folgt ihm die zurückgesetzte Mehrheit in frenetischer Verehrung. Mit ihr marschieren deutsche Medien, die an der Gerechtigkeit von Morales' Sache nicht den geringsten Zweifel hegen. Im Schatten ihres Jubels hat Morales mal so eben die Unabhängigkeit der Justiz geschlachtet, die Verfassung gebrochen und schickt sich an, seine Herrschaft per Notverordnung auf die erste Stufe zur Ewigkeit zu heben.

Die Freundlichkeit, die ihm hierzulande entgegenspringt, ist ein Phänomen der besonderen Art: Morales begründet sein ungestümes Aushebeln der demokratischen Ordnung damit, daß er die „Befreiung“ der Ureinwohner durchsetzen wolle. Die Nachfahren europäischer Einwanderer und „Mischlinge“ werden unter seinem Regime zu Leuten, die eigentlich gar nicht zum Land gehören und sich damit zu begnügen haben, von den eigentlichen Besitzern Boliviens, den Indios, geduldet zu werden.

Man stelle sich so etwas mal in Deutschland vor: Wer nicht nachweisen kann, „reinblütiger“ Nachfahre von Bewohnern zu sein, die seit mindestens dem 16. Jahrhundert hierzulande verwurzelt sind, dem würde abgesprochen, in Deutschland wirklich heimisch zu sein! Wie würden wir das wohl nennen? Aber so ist das: Linksherum eingewickelt gelangen selbst die finstersten Irrungen als Schlager zurück auf die Bühne.

ZITATE

Die deutsch-türkische Autorin **Necla Kelek** *(„Die fremde Braut“) kommentiert im „Hamburger Abendblatt“ (27. Januar) die* **Integrationsstudie** *des Berlin-Instituts, nach der* **Türkischstämmige** *besonders schlecht integriert sind:*

„Wir dürfen nicht sagen: Die Integration der Türken ist an den Deutschen gescheitert. Das mache ich nicht mit. Andere Migrantengruppen hatten doch genau dieselben Chancen. Warum geht es bei denen besser? Das ist, aus meiner Sicht, die entscheidende Frage.“

Auch die SPD-Politikerin **Lale Akgün**, *die ebenfalls aus der Türkei stammt, sieht in der „Welt“ (27. Januar) jetzt vor allem die* **Migranten in der Pflicht**:

„Es kann nicht sein, daß Migranten immer erwarten, daß Deutschland etwas für sie tut, und sie selbst tun gar nichts außer dazusitzen und zu jammern, wie schlimm es ihnen geht.“

Berlins Finanzsenator **Thilo Sarrazin** *(SPD) glaubt, daß die* **Abwrackprämie** *der* **deutschen Autoindustrie** *eher* **schaden** *als nützen wird, wie er der „Wirtschaftswoche“ (24. Januar) sagte:*

„In schlechten Zeiten werden die Menschen rationaler. Die Abwrackprämie schadet sogar den deutschen Autoherstellern, weil die Leute in dieser Krisenzeit umso mehr kleine Wagen aus dem Ausland kaufen und damit die Nachfrage nach deutschen Luxusautos in den Folgejahren umso geringer ausfällt.“

Der Vorsitzende der **CSU-Gruppe** *im* **Europaparlament**, **Markus Ferber**, *hat sich im „Deutschlandradio“ strikt* **gegen** *die Aufnahme von* **Guantánamo-Häftlingen** *durch Deutschland ausgesprochen:*

„Es kann doch nicht die Aufgabe der Europäer sein, immer dann, wenn die Amerikaner etwas falsch gemacht haben, hinterher die Scherben zusammenzukehren ... Wenn es hier (im Lager von Guantánamo) Fälle gibt, die auch nicht mehr zurückkehren können, weil ihnen Folter im eigenen Land droht, dann müssen die Amerikaner entsprechend Asyl gewähren. Die (deutsche) Regierung sollte sagen, wir sind froh, daß Guantánamo aufgelöst wird, aber bitte löst eure Probleme selber.“

Glaubenspflichten

Vom Osten kommen Lug und Trug,
im Westen wohnt das Wahre –
so formten uns mit Recht und Fug
die Umerziehungsjahre.

Zwar wirkte manches sonderbar,
mitunter fast schon peinlich,
doch freies Wort ist immer wahr
– wer wäre da noch kleinlich?

Das Reich des Bösen ist vorbei,
und daß nicht Zweifel wachsen,
gibt's Schurkenstaaten als Arznei
und schrecklich böse Achsen.

Wir werden jede Lehre
treu
und ewig büßend glauben –
selbst wenn manch andre stets aufs
neu
schier alles sich erlauben ...

Pannonicus